



Protokoll

Parteitag Bonn

12. April 1999

Verantwortung



SPD

Rednerverzeichnis, Personen- und Sachregister
am Schluß des Protokolls.

Herausgeber:
Vorstand der SPD, Bonn

Konzeption und Gestaltung:
Claudia Dahremöller, Peter Hinrichs

Fotos:
Marc Darchinger, Bonn

Gesamtherstellung:
Union-Druckerei, Frankfurt am Main

5-99-A 1-1,8 Bestell-Nr. 380 0490

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Tagesordnung	5
Geschäftsordnung	6

Montag, 12. April 1999

Eröffnung	
Rüdiger Fikentscher	9
Rede	
Ottmar Schreiner	15
Grußwort	
Gyula Horn	28
Rede	
Gerhard Schröder	34
Bericht der Mandatsprüfungskommission	
Petra Heß	56
Aussprache	68
Gastrede Arbana Vidishiqi	81
Fortsetzung Aussprache	85
Wahlen	68
Wahl des Parteivorsitzenden	122
Wahl des Bundesgeschäftsführers	124
Wahlergebnis Parteivorsitzender	124
Wahlergebnis Bundesgeschäftsführer	135
Schlußwort	137

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Anhang	
Grußwort Hans Koschnick	140
Leitantrag zum Kosovo-Konflikt	141
Resolution zur Europawahl	145
Delegiertenliste	149
Delegierte mit beratender Stimme	159
Rednerverzeichnis	163
Personen- und Sachregister	164

Tagesordnung

Montag, 12. April 1999

1. Begrüßung und Konstituierung
Rüdiger Fikentscher
Vorsitzender des Parteirats
2. Rede **Ottmar Schreiner**
Bundesgeschäftsführer
3. Grußwort **Gyula Horn**
Ministerpräsident der Republik Ungarn a. D.
4. Rede **Gerhard Schröder**
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
5. Beratung und Beschlußfassung zum Antrag
zum Kosovo-Konflikt
Einführung: **Rudolf Scharping**, Vorsitzender der
Antragskommission
6. Wahlen
 - a) Parteivorsitzender
 - b) Bundesgeschäftsführer
7. Beratung und Beschlußfassung einer Resolution
zur Europawahl
Einführung: **Klaus Hänsch**, Spitzenkandidat zur
Europawahl
8. Schlußwort

Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind laut § 15 Organisationsstatut die von den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Gewerkschaftsrates haben auf dem Parteitag Rederecht.
2. Der Parteitag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist.
3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt, soweit das Statut der Partei nichts anderes vorschreibt.
4. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt fünf Minuten.
5. Die Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
6. Berichterstatter/Berichterstatterinnen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
7. Die Berichterstatter/Berichterstatterinnen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Erhält der Sprecher/die Sprecherin der Antragskommission nach Schluß der Debatte nochmals das Wort, und äußert er/sie sich zur Sache, ist damit die Debatte erneut eröffnet.
8. Anträge aus der Mitte des Parteitages (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Anträge müssen von 40 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken unterstützt werden.
9. Wesentliche und umfangreiche Änderungen vorliegender Anträge müssen schriftlich rechtzeitig vor der Abstimmung eingebracht werden. Die Entscheidung darüber, welcher Änderungsantrag als wesentlich und umfangreich zu qualifizieren ist, trifft das Parteitagspräsidium.
10. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt fünf Minuten.
11. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner/eine Rednerin für und gegen den Antrag gesprochen hat.
12. Persönliche Anmerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.
13. Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen während einer Rede oder eines Debattenbeitrags sollen kurz und präzise sein und von einem Saalmikrofon gestellt werden, wenn der Redner/die Rednerin dies zugelassen hat. Der amtierende Präsident kann im Anschluß an einen Debattenbeitrag eine Zwischenbemerkung von höchstens zwei Minuten zulassen, auf die der Redner/die Rednerin kurz antworten darf.

Parteitag Bonn

Montag,
12. April 1999

Beginn: 11.13 Uhr

Eröffnung

Rüdiger Fikentscher, Vorsitzender des Parteirates: Verehrte Gäste! Meine Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde! Genossinnen und Genossen! Herzlich willkommen auf unserem Parteitag in Bonn. Es ist kaum ein halbes Jahr her, seit wir uns in diesem Saal zu unserem letzten Parteitag zusammengefunden haben. Es war zugleich unser erster Parteitag als gesamtdeutsche Regierungspartei. Wir trafen uns voller berechtigter Freude und Stolz über den glänzenden Wahlsieg und schickten uns an, die Hauptverantwortung für unser Land, für die Bundesrepublik Deutschland, zu übernehmen. Nun haben wir diese Verantwortung und wollen und werden ihr gerecht werden.

Damals, vor knapp sechs Monaten, dachte niemand daran, daß wir uns schon so bald wieder treffen würden. Die Umstände machen es erforderlich, heute einen neuen Vorsitzenden zu wählen. Wir hoffen auf eine klare Entscheidung.

Als der heutige Termin beschlossen wurde, dachte kaum jemand daran, daß uns ein anderes Thema, nämlich das Kosovo-Problem, so beschäftigen würde, wie es nun unvermeidlich der Fall ist. Der Parteitag hat sich dieses politische Hauptthema nicht gewünscht und hat es auch nicht gesucht. Ich halte es jedoch für ein günstiges Zusammentreffen der Termine, daß wir diese große und für viele Zukunftsfragen mitentscheidende Problematik hier miteinander diskutieren können und daß wir auch darüber abstimmen werden. Angesichts dessen, was sich auf dem Balkan, in Jugoslawien und im Kosovo, abspielt – durch uns mitbeeinflußt und auf uns zurückwirkend –, relativieren sich zahlreiche Fragen ganz außerordentlich, die uns sonst bewegen.

Ich eröffne diesen Parteitag mit der Zuversicht, daß es uns gelingt, auf die neuen Fragen überzeugende neue Antworten zu geben.

Liebe Genossinnen und Genossen, viele Freunde begleiten uns auf unserem Weg. Viele von ihnen sind unter unseren Gästen, die wir alle herzlich begrüßen und willkommen heißen. Ich nenne als ersten Dr. Gyula Horn, Ministerpräsident der Republik Ungarn von 1994 bis 1998.

(Beifall)

ERÖFFNUNG

Er wird heute noch zu uns sprechen.

Unter unseren Gästen sind auch noch viele andere, die uns begleitet haben und mit uns Politik gestalten. Ich nenne Dieter Schulte, den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes,

(Beifall)

und mit ihm andere führende Gewerkschafter. Unter ihnen sind: Willi Arens, ehemaliger Vorsitzender der Gewerkschaft Textil-Bekleidung; Günter Dickhausen, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB; Erhard Geyer, Vorsitzender des Beamtenbundes; Detlef Hensche, Vorsitzender der IG Medien; Roland Issen, Vorsitzender der Deutschen Angestelltengewerkschaft; Herbert Mai, Vorsitzender der ÖTV; Franz-Josef Möllenberg, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten; Margret Mönig-Raane, Vorsitzende der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen; Jürgen Schatter, zweiter Vorsitzender eben dieser Gewerkschaft. Ich nenne ferner Norbert Spinrath, den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, und Klaus Wiesehügel, den Vorsitzenden der IG Bauen-Agrar-Umwelt.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, unter uns sind auch zahlreiche Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die in den vergangenen Jahren in hoher Verantwortung gestanden haben.

Wir begrüßen Holger Börner, den jetzigen Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung und ehemaligen Ministerpräsidenten von Hessen.

(Beifall)

Wir begrüßen die ehemalige Bundesministerin Antje Huber und die ehemaligen Bundesminister Horst Ehmke, Herbert Ehrenberg, Erhard Eppler, Volker Hauff, Karl Ravens, Helmut Rohde und Hans-Jürgen Wischniewski.

(Beifall)

Wir begrüßen auch Hermann Buschfort, den ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretär, und Christine Hohmann-Dennhardt, Richterin am Bundesverfassungsgericht.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, viele konnten heute nicht zu uns kommen und mußten absagen. Von denen, die hierzu gehören, möchte ich nur einen erwähnen: Es ist Hans Koschnick, der in Sarajevo eine verantwortliche Arbeit übernommen hat. Er befindet sich dort. Er hat an die Delegierten des Parteitages einen Brief geschrieben, der euch allen vorliegt.

(Vereinzelter Beifall)

Von hier aus auch ihm herzliche Grüße!

Konstituierung

Rüdiger Fikentscher, Vorsitzender des Parteirates: Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen nun zur Beschlußfassung über das Parteitagspräsidium. Die Vorschläge für die Besetzung des Präsidiums liegen euch vor. Es sind: Richard Dewes, Landesverband Thüringen; Bärbel Dieckmann, Bezirk Mittelrhein; Walter Momper, Landesverband Berlin; Henning Scherf, Landesorganisation Bremen; Monika Wulf-Mathies, Bezirk Mittelrhein. Als Schriftführerin beziehungsweise Schriftführer sind vorgeschlagen: Gisela Gebauer-Nehring, Bezirk Mittelrhein; Ellen Mangold, Landesverband Schleswig-Holstein; Martin Dulig, Landesverband Sachsen. Weitere Vorschläge sind mir nicht bekannt. – Ich sehe dazu auch keine weiteren Wortmeldungen. Deswegen können wir darüber insgesamt abstimmen. Wer diesem Vorschlag folgt, den bitte ich um das Zeichen mit der Delegiertenkarte. – Das ist ganz offensichtlich die Mehrheit. Ich bitte diejenigen, die somit gewählt sind, ihren Platz ein- und ihre Arbeit im Präsidium aufzunehmen.

Während das geschieht, möchte ich zum Verlauf und zum äußeren Bild unseres Parteitages zwei kurze Bitten, Hoffnungen und Wünsche aussprechen.

Erstens. Möge sein ursprünglich alleiniger Zweck, die Wahl eines neuen Vorsitzenden, nicht durch das große neue Thema unangemessen zurückgedrängt werden. Denn diese Entscheidung ist nicht nur für unser Innenleben, sondern vor allem auch für unsere Handlungsfähigkeit nach außen wichtig.

Zweitens. Möge die Aussprache über die Kosovo-Fragen mit all den eventuell zu erwartenden Folgen in jedem Punkt der Größe und Ernsthaftigkeit des Problems entsprechen und gegenseitig den Respekt, den wir uns schulden, nicht in Frage stellen, so wie es bisher auch bei der Diskussion im Parteirat der Fall war, denn viele schauen auf uns.

Ich bedanke mich bei euch.

(Vereinzelter Beifall)



Ich möchte noch eine technische Ansage machen. Entgegen der ursprünglichen Planung trifft sich die Antragskommission sofort und nicht erst um 12.15 Uhr, wie ursprünglich vorgesehen. Sie trifft sich im Saal „Liszt“. Er befindet sich von hier aus gesehen auf der linken Seite, hintere Tür. Die Antragskommission möge bitte sofort zusammenkommen!

Vorsitzende Bärbel Dieckmann: Liebe Genossen und Genossinnen! Meine Damen und Herren! Ich darf euch auch im Namen des Präsidiums ganz herzlich zu unserem außerordentlichen Parteitag in Bonn begrüßen. Wie immer am Anfang eines Parteitages sind noch Formalia zu erledigen.

Ich beginne mit der Tagesordnung. Sie liegt euch vor; es ist die Vorlage 2. Gibt es Anmerkungen oder Ergänzung zur Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Ich gehe davon aus, daß sie damit so angenommen ist.

Euch liegt ebenfalls – das ist die Vorlage 3 – die Geschäftsordnung vor. Gibt es Änderungen, Ergänzungen oder Anmerkungen zur Geschäfts-

KONSTITUIERUNG

ordnung? – Das ist nicht der Fall. Dann gehe ich davon aus, daß die Geschäftsordnung in der vorliegenden Form akzeptiert ist.

(Alfred Schulz [Schleswig-Holstein]: Rauchverbot!)

– Es wird darauf hingewiesen, daß das Rauchverbot in der Geschäftsordnung fehlt. Ich bitte die Delegierten, wenig zu rauchen bzw. zum Rauchen herauszugehen. Dann brauchen wir kein formales Verbot.

Wir kommen zur Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Das ist die Vorlage 4. Gibt es dazu Ergänzungen? – Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann ist die Mandatsprüfungs- und Zählkommission so festgelegt.

Wir schlagen vor, daß der Antragsschluß für die Initiativanträge um 12 Uhr ist. Gibt es dagegen Einwände? – Das ist nicht der Fall.

Ich habe noch zwei Hinweise zu Initiativanträgen.

Initiativanträge sind nur zum Kosovo-Konflikt und zur Resolution zur Europawahl möglich, weil wir einen außerordentlichen Parteitag haben. Die Antragskommission – wir werden das dann aber noch einmal sagen – wird sich mittags treffen.

Bevor ich das Wort an Ottmar Schreiner zu seiner Rede gebe, habe ich noch eine schöne Pflicht zu erfüllen. Es gibt nämlich heute drei Geburtstagskinder hier im Saal. Es sind Sigrid Skarpelis-Sperk, die im Parteivorstand ist,

(Beifall)

Petra Scherer aus dem Saarland

(Beifall)

und Wolfgang Baasch aus Schleswig-Holstein.

(Beifall)

Ich bitte alle drei, einmal ganz schnell nach vorne zu kommen, da wir ein paar Blümchen für euch haben.

Jetzt hat der Geschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Ottmar Schreiner, das Wort.



Rede Ottmar Schreiner

Ottmar Schreiner, komm. Bundesgeschäftsführer der SPD: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir sind heute hier in Bonn zusammengetreten, um Gerhard Schröder zum neuen Vorsitzenden unserer Partei zu wählen. Oskar Lafontaine ist zurückgetreten. Sein Rücktritt traf uns völlig unvorbereitet und mit aller Wucht. Wir, Oskars Freunde und Gefährten, konnten nicht mit ihm diskutieren; er hat dies nicht gewollt. Aber was ihn auch immer bewogen hat, aus der politischen Führung unserer Partei auszusteigen – wir haben seine Gründe zu respektieren. Vor allem aber haben wir Grund zur Dankbarkeit. Oskar hat über drei Jahrzehnte an herausragender Stelle und mit großem persönlichen Einsatz für die Sozialdemokratie gewirkt.

(Beifall)

Die Vision einer gerechten Gesellschaft leitet sein Denken und Handeln. Er hat zahlreiche Anstöße zu neuem Denken gegeben. Die pro-

grammatische Erneuerung der SPD, unser Berliner Programm, ist wesentlich auch sein Werk. Die Umbrüche der Zeit zu erkennen und daraus Schlußfolgerungen für eine innovative und gerechte Politik zu ziehen, das war sein Ziel in allen Funktionen, die ihm übertragen wurden. Oskar hat unserer Partei Profil gegeben, und er hat sie zusammengeführt. Er und Gerhard Schröder – und übrigens auch Franz Müntefering – sind die Architekten des Sieges vom September 1998.

(Beifall)

Noch nie wurde in der Geschichte der Bundesrepublik eine Partei aus der Opposition heraus von den Wählerinnen und Wählern mit der Regierungsverantwortung betraut. Und mehr noch: Wir haben zum ersten Mal in der fast 140jährigen Geschichte unserer Partei eine deutliche parlamentarische Mehrheit diesseits des konservativ-liberalen Parteienspektrums. Das ist unser aller gemeinsamer Erfolg.

Die Fragen, die Oskar Lafontaine aufgeworfen, und die politischen Entwürfe, die er beigesteuert hat, bleiben auf der politischen Tagesordnung. Das gilt für die Eindämmung eines ruinösen Wettlaufs um die niedrigsten Sozialstandards, die schlechtesten Löhne und die ungerechtesten Steuern; das gilt für die Bekämpfung von Umwelt- und Sozialdumping; das gilt auch für die Eingrenzung der exzessiven Macht internationaler Spekulanten, und das gilt vor allem für die Verknüpfung von sozialer Demokratie und Globalisierung.

Dabei liegt es auf der Hand, daß das Festhalten an überkommenen Strukturen keine Antwort sein kann. Es ist heute und in Zukunft die Aufgabe der Sozialdemokratie, auch unter veränderten Bedingungen und angesichts großer Umbrüche Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität politisch zu verwirklichen.

Nun gilt es für uns alle, nach vorne zu blicken. Wir alle tragen Verantwortung für unsere Partei. Mehr noch: Wir alle tragen Verantwortung für unser Land. Die Menschen haben uns bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag, aber auch bei vielen Landtags- und Kommunalwahlen mit einem großen Vertrauenskapital ausgestattet. Dem wollen wir gerecht werden, und dem werden wir auch gerecht werden.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die abgewählte Regierung von CDU/CSU und F.D.P. hatte ihren politischen Kredit in Deutschland restlos verspielt. Sie hat uns einen Scherbenhaufen hinterlassen. Ferdinand Lassalle wird der Satz zugesprochen: „Am Beginn jeder Veränderung steht, auszusprechen, was ist.“ Wir haben vielleicht in den letzten Monaten zuwenig ausgesprochen, welche Erblast der Vorgängerregierung uns aufgebürdet wurde:

(Beifall)

- die höchste Arbeitslosigkeit in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland,
- über eine halbe Million junge Menschen ohne Ausbildung oder Arbeit,
- eine gänzlich gescheiterte neoliberale Wirtschaftspolitik, die unser Land gespalten und zu tiefer Ungerechtigkeit geführt hat,

(vereinzelt Beifall)

– eine Verschuldung des staatlichen Haushaltes in bisher nicht gekanntem Ausmaß, die die politischen Handlungsspielräume jeder Regierung stark einschränkt. Es ist schon erstaunlich, in welchem raschem Tempo sich die politischen Bankrotteure der Unionsparteien heute, wenige Monate nach der Wahl, wieder als Retter des Abendlandes aufspielen wollen.

(Beifall)

Ein Altmeister der deutschen Sprache, Norbert Blüm, hatte übrigens schon vor gut anderthalb Jahren den Grund für die von ihm schon damals befürchtete Wahlniederlage auf den Punkt gebracht. Er sagte: Wir haben in Deutschland ein Problem; das Problem heißt Gerechtigkeit.

Die Erfahrung in Deutschland, aber auch in den allermeisten anderen Ländern Europas, lehrt uns: Eine Regierung, die jedes Gespür für soziale Gerechtigkeit missen läßt, wird von den Bürgerinnen und Bürgern gnadenlos abgewählt. Soziale Gerechtigkeit und, wichtiger noch, die Teilhabe an der Erwerbsarbeit sind der entscheidende Kitt, der moderne Gesellschaften zusammenhält.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir können mit großem Selbstbewußtsein auf die Leistungen unserer von Gerhard Schröder geführten Bundesregierung hinweisen. Sie hat das „Bündnis für Arbeit“ als Kern-

projekt wieder zusammengeführt. Das mutwillige Auseinanderjagen ebendieses Bündnisses zugunsten einer neoliberalen Ideologie durch die Kohl-Regierung im Jahre 1996 war übrigens der Anfang vom Ende ebendieser Regierung, und dies völlig zu Recht. Das neue „Bündnis für Arbeit“ ist auf einem guten Weg, auch wenn es seine Zeit braucht.

Die Bundesregierung hat in ersten kräftigen Schritten die Jugendarbeitslosigkeit deutlich zurückgeführt. Wir geben hunderttausend jungen Menschen, die vielfach schon resigniert hatten, eine neue Chance, neue Ausbildung und neue Arbeit. Darauf können wir zu Recht sehr stolz sein.

(Beifall)

Im übrigen gilt: Das wichtigste Kapital einer Gesellschaft ist nicht der Shareholder value; das wichtigste Kapital jeder Gesellschaft ist ihre junge Generation.

(Beifall)

Wir haben die jahre- und jahrzehntelange Umverteilung von unten nach oben gestoppt und einen neuen Kurs in der Steuerpolitik eingeschlagen. Schon im Wahlkampf und auch vorher war es unser erklärtes Ziel, diejenigen deutlich zu entlasten, die über die ganze Zeit vorher am stärksten belastet und manchmal geradezu unter die Räder gekommen waren. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch die mittelständische Wirtschaft werden entlastet. Es war kaum noch zu ertragen, wenn führende Vertreter der deutschen Großwirtschaft sich damit brüsteten, ihre Unternehmen zahlten so gut wie keine Steuern mehr. Noch weniger hinnehmbar ist, wenn ein Spitzenmanager in Deutschland ankündigt, sein knapp bemessenes Jahreseinkommen von 20 Millionen DM wegen angeblich unzumutbarer Belastungen in Deutschland zukünftig im Ausland versteuern zu wollen.

Wir haben das Kindergeld erhöht. Eine durchgreifende Verbesserung des Familienlastenausgleichs steht auf der Tagesordnung. Das Bundesverfassungsgericht hat unsere Auffassung bestätigt: Es kann nicht weiter hingenommen werden, daß in einem der reichsten Länder der Erde Kinder zum Armutsrisiko werden.

(Beifall)

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik wird der Verbrauch der knappen Ressource Umwelt stärker belastet und der produktive Faktor menschliche Arbeit entlastet. Auch dies hat es über lange Zeit nicht mehr gegeben. Die Lohnnebenkosten sinken. Das nützt Arbeitnehmern und Arbeitgebern gleichermaßen. Die ökologische Steuerreform, langfristig berechenbar und schrittweise angelegt, setzt eine Dynamik in Gang, die sich für Wertschöpfung, Beschäftigung und Umwelt gleichermaßen auszahlt.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind die erste Bundesregierung, die innerhalb kürzester Zeit ihre Wahlversprechen einlöst. Wir haben die Politik sozialer Demontage zurückgenommen. Das gilt insbesondere für die beabsichtigte Abschmelzung des Nettorentenniveaus, für die Verschlechterungen des Kündigungsschutzes, die zu keinem zusätzlichen Arbeitsplatz geführt haben, sowie für die gesetzlichen Eingriffe in die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Die Bundesregierung modernisiert das antiquierte, in seinen Grundzügen aus dem Jahre 1913 stammende Staatsangehörigkeitsrecht; sicherlich nicht in dem Umfang, wie wir es wollten, aber auch das jetzige Ergebnis ist gut vorzeigbar. Zu einer zeitgemäßen sozialdemokratischen Gesellschaftspolitik gehört unabdingbar auch die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

(Beifall)

Nicht zuletzt hat Gerhard Schröder als Ratspräsident den Berliner Gipfel der Europäischen Union zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht und damit Meilensteine für eine weitere gute Entwicklung in Europa gesetzt.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die neue Bundesregierung und die sie tragende SPD-Fraktion haben in wenigen Monaten mehr Reformen durchgesetzt, als die abgewählte Bundesregierung in den letzten vier Jahren zustande gebracht hatte.

(Beifall)

Es waren wirkliche Reformen, so, wie Willy Brandt es verstanden hatte. Reform verdient nur genannt zu werden, was die Arbeits- und Lebensbedingungen der breiten Schichten unseres Volkes verbessert.

Es gibt also nicht den allergeringsten Grund für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, in Sack und Asche einherzugehen. Ganz im Gegenteil: Wir müssen die bisherige Leistungsbilanz unserer Regierung offensiv darstellen. Dafür haben wir mehr als gute Argumente.

Noch eines: Geradezu peinlich und einem demokratischen Gemeinwesen in hohem Maße abträglich ist die Mischung aus Drohgebärden und Freudengeheul einiger Wirtschaftsfunktionäre, die häufig das CDU- oder F.D.P.-Parteibuch in der Tasche tragen. Es tat gut, daß sich der parteilose Bundeswirtschaftsminister Werner Müller dazu auch im Deutschen Bundestag sehr entschieden und klar geäußert hat. Er nannte es substanzlos und schlicht unanständig, wie Funktionäre von Wirtschaftsverbänden in der letzten Zeit getönt hatten. Der Eindruck, so Werner Müller, dränge sich auf, daß diese Herrschaften das demokratische Ergebnis von Bundestagswahlen nicht akzeptieren wollten.

(Vereinzelt Beifall)

Werner Müller hat recht. Es stellt sich schon die Frage nach dem Primat der Politik, oder anders: Wer regiert unser Land? Bei der Bundestagswahl haben zwar CDU/CSU und F.D.P. ihre Mehrheit verloren. Aber selbsternannte Interessenverbände versuchen immer noch, die Inhalte von Politik zu definieren. Ihnen geht es zuallerletzt um die Ausrichtung politischer Entscheidungen am Allgemeinwohl, sondern ihnen geht es um das schnelle Ende einer Politik sozialer und ökologischer Reformen, und dies manchmal mit Schaum vor dem Mund.

Wir als Partei werden vor diesen Lobbyisten nicht in die Knie gehen.

(Beifall)

Wir wissen, liebe Genossinnen und Genossen: Reformregierungen werden an der Umsetzung ihres Programmes gemessen. Die Bundesregierung wird nur dann dauerhaft Erfolg haben, wenn die Partei sie stützt und unterstützt. Das werden wir tun, in guten wie in schlechten Zeiten.

(Beifall)

Ich bin in dieser Frage völlig unbefangen, liebe Genossinnen und Genossen. Ich habe 16 Jahre auf den Oppositionsbänken des Deutschen Bundestages gesessen, 16 Jahre einflußlos Reden halten dürfen und



nichts bewegen können. Ich habe nicht die geringste Lust, irgendwann in meiner parlamentarischen Arbeit wieder auf die Oppositionsbänke des Deutschen Bundestages zurückzukehren.

(Beifall)

Ich sehe im wesentlichen drei Aufgaben für die Partei: Gerade als Regierungspartei muß die SPD aktions- und kampagnenfähig bleiben, um den notwendigen Erneuerungen den gesellschaftlichen Boden zu bereiten. Auch in diesem Jahr bedarf es einer großen gemeinsamen Anstrengung unserer Partei.

In vielen Bundesländern finden Wahlen zu den kommunalen Parlamenten statt, im Juni die Wahlen zum Europäischen Parlament. Wir begrüßen nachdrücklich, daß gerade die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament sich unbeirrt dafür eingesetzt haben, daß das Europäische Parlament die demokratische Kontrolle über die Europäische Kommission verstärkt.

Wir haben sodann eine Reihe von Landtagswahlen: in Bremen, in Brandenburg, im Saarland, in Thüringen, Sachsen und in Berlin. Bei allen

regionalen Unterschieden gibt es ein gemeinsames starkes Band: Wir wollen in den folgenden Monaten die Reformmehrheit, die zur Abwahl der Konservativen führte, wieder auf eine sichere Grundlage stellen.

Wir bereiten als Partei für Ende Mai einen Aktionstag vor. Die SPD soll dann in der Breite ihrer Mitgliedschaft, in jedem Dorf und in jedem Stadtteil präsent sein, um für ihre Ziele zu werben. Dazu laden wir für Ende dieses Monats alle Unterbezirkvorsitzenden und Unterbezirksgeschäftsführer zu einer Konferenz mit Gerhard Schröder nach Bonn ein.

Eine Kernaufgabe ist und bleibt ein Zuwachs an Mitgliedern. Es wäre schön, wenn wir bald wieder das 800 000. Mitglied in unseren Reihen begrüßen könnten. Ich werde im übrigen alles tun, um bei diesem Ziel besonders den ostdeutschen Gliederungen unserer Partei zu helfen. Die ostdeutschen Parteigliederungen können jeder Solidarität gewiß sein.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, mich hat die Unterschriftenkampagne von CDU und CSU sehr nachdenklich gemacht. Ihre Inhalte waren unanständig und schäbig. Die haben rassistische Vorurteile und ausländerfeindliche Ressentiments zumindest billigend in Kauf genommen.

(Beifall)

Wir müssen gleichwohl aus dieser Kampagne auch Lehren ziehen. Eine davon ist, daß die in den vergangenen Jahren immer wieder geführten Diskussionen, ob Mitgliederparteien in der Mediendemokratie überhaupt noch eine Zukunft haben, schierer Unfug ist. Die Kampagne ist gegen die überwiegende Meinung selbst konservativer Medien durchgezogen worden. Gleichwohl führte die Mobilisierung der eigenen Mitglieder und Anhänger dazu, daß die CDU in Hessen ihr Wählerpotential deutlich besser ausschöpfen konnte als alle anderen Parteien. Nochmals: Gerade als Regierungspartei müssen wir kampagnenfähig bleiben, allerdings zum Wohle der Menschen und nicht zur Spaltung der Gesellschaft.

(Beifall)

Kampagnenfähigkeit erschöpft sich nicht im Reagieren. Wir selbst müssen die Themen setzen und gute Emotionen wecken. Dafür müssen wir unsere Partei mobilisieren. Dazu gehört auch, die Popularität des

Bundeskanzlers und neuen Vorsitzenden über die Parteigrenzen hinweg zu nutzen.

Eng damit zusammen hängt die zweite Aufgabe, die ich für die SPD als Regierungspartei sehe: Wir müssen stärker als bislang die eigenen Mitglieder sprach- und argumentationsfähig machen. Nur dann können wir die notwendige Überzeugungsarbeit leisten. Gezielte Falschmeldungen, Drohgebärden interessierter Kreise, die Komplexität mancher Themen, überhastetes Vorgehen – um nur einige Ursachen zu nennen – haben häufig dazu geführt, daß trotz aller guten Inhalte auch Teile unserer eigenen Mitgliedschaft eher verwirrt als motiviert waren. Das müssen wir schleunigst ändern.

(Vereinzelt Beifall)

Wichtig ist drittens aber auch, daß die SPD über die Regierungsarbeit hinaus mit eigenem programmatischem Profil erkennbar bleiben muß.

(Beifall)

Willy Brandt hat das in seiner großen Abschiedsrede als Vorsitzender unserer Partei auf dem außerordentlichen Parteitag am 14. Juni 1987 hier in Bonn folgendermaßen formuliert:

„Das Feuer der Begeisterung erlischt, und die Quellen der Kraft versiegen, wenn die Grundlagen unseres politischen Wirkens nicht mehr im Ringen der Meinungen erarbeitet, sondern nur noch irgendwo eingekauft und irgendwo zugeliefert würden.“

Recht hat Willy Brandt gehabt – wie in vielen anderen Dingen auch.

(Beifall)

Ebenso wie die Partei auf eine gut arbeitende Bundesregierung angewiesen ist, ebenso ist die Regierung auch auf eine konzeptionell rege und anregende Partei angewiesen. Es liegt gerade auch im Interesse der regierenden Sozialdemokraten, wenn die SPD als stimulierende, kreative und kontrollierende Kraft funktionsfähig und funktionswillig ist.

Vor kurzem hat der Parteivorstand drei Projektgruppen beschlossen: Neben den vom letzten ordentlichen Parteitag eingesetzten Kommissionen und Foren sollen Antworten und Perspektive zu folgenden Themenbereichen diskutiert und entwickelt werden: Zukunft der Arbeit im

Spannungsfeld von Flexibilität und Sicherheit, Familie und sozialer Zusammenhalt; sowie Probleme neuer Selbständigkeit und des Mittelstandes. Ich bin gewiß, daß wir uns mit diesen Themen mitten im gesellschaftlichen Leben bewegen.

Die Arbeit an diesen Themen legt einen noch weiter reichenden Gedanken nahe. Tony Blair, der weiß, daß ein Wahlsieg kein Ruhekitzen ist, hat kürzlich dazu aufgerufen, eine grenzübergreifende Debatte über eine langfristig tragfähige Erneuerung der Sozialdemokratie in einer globalen Welt zu beginnen. Wir wollen an diesem gemeinsamen Projekt der europäischen Sozialdemokratie auch als SPD sehr gerne mitarbeiten.

An unseren Grundwerten einer solidarischen freien und gleichen Gesellschaft werden wir festhalten. Aber wir sind offen für neue Wege ihrer Verwirklichung auf wichtigen Politikfeldern. Wir sind offen für eine Neubestimmung der politischen Arbeitsteilung von Staat und Gesellschaft. Wir wollen die Demokratie stärken, das ist ein sozialdemokratischer Grundwert. Aber das heißt nicht automatisch, den Staat auszuweiten, im Gegenteil. Mehr Politik ist etwas anderes als mehr Staat.

(Vereinzelt Beifall)

Zu zeigen, wie der Staat seine für Sozialdemokraten unaufgebbare Gesamtverantwortung künftig am wirkungsvollsten erfüllen kann, das ist gerade eine der neuen Herausforderungen.

Ich sage aber ebenso klar, liebe Genossinnen und Genossen: Wie hoch das Maß an Flexibilität auch sein mag, das neue Antworten verlangt, wie tief die Veränderungen auch reichen werden, die Innovationen erfordern: Die Grundlagen und das Ziel, eben die Grundwerte, stehen für uns als Sozialdemokratische Partei nicht zur Disposition. Soziale Sicherheit und demokratische Selbstbestimmung der Menschen, das sind die eigentlichen Ziele. Jeder neue Weg, der unsere Zustimmung finden kann, muß ein Weg zu diesem Ziel sein.

Laßt uns in diesem Sinne einen Aufbruch wagen, damit Sozialdemokraten mehr als nur eine Legislaturperiode regieren und die Partei mit ihren Ideen, ihrer politisch-moralischen Substanz, ihrem Engagement auf neuen Wegen die Kraft bleibt, die dazu einen unverzichtbaren Beitrag leistet.

(Beifall)



Wir wollen den Impuls des dritten Weges zum Anlaß nehmen, das sozialdemokratische Projekt über eine Legislaturperiode hinauszuführen. Das kann und muß der unverwechselbare Beitrag der Partei zur Regierungsarbeit sein.

Liebe Genossinnen und Genossen, der Regierungswechsel muß auch zu einem atmosphärischen Wechsel in der Gesellschaft führen.

(Beifall)

Er kann und sollte in der Perspektive auch den Umgang der Menschen mit- und untereinander verändern. Da wäre in Deutschland einiges zu tun: Anders, freundlicher und menschlicher, nachbarschaftlich und rücksichtsvoll miteinander umgehen, das kostet nichts und bringt uns allen und den Menschen sehr viel.

Da könnte dann sehr bald das aufscheinen, was einer früher gefordert und nie verwirklicht hat: die geistig-moralische Erneuerung – wie er das damals nannte. Es muß ja nicht so hochtrabend formuliert sein. Bescheidener und nüchterner geht es auch: Geht vernünftig, geht wie Menschen miteinander um! Wir wollen keine Ellenbogengesellschaft,

sondern wir wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen solidarisch und gelassen miteinander umgehen und in der jeder und jede eine faire Chance hat.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, lassen Sie mich zum Schluß noch einige wenige Bemerkungen zum Kosovo-Konflikt machen. Ich sehe zu dem, was die Bundesregierung bislang getan hat und tut, keine realistische Alternative.

(Vereinzelt Beifall)

Hans Koschnick, den ich vor gut drei Jahren in Mostar besucht hatte, hat uns anläßlich des heutigen Sonderparteitages aus Sarajevo eine Grußadresse zukommen lassen. Er schreibt unter anderem:

„Ich habe nur einen Wunsch: Mögen alle, die heute in Verantwortung stehen, das Leid und das Elend der gejagten und verjagten Bevölkerung aus dem Kosovo vor Augen haben.

Eine Politik, die versucht, Gewalttätern und Mordbrennern in den Arm zu fallen, ist die notwendige Konsequenz aus dem Versagen der internationalen Gemeinschaft in den frühen 90er Jahren. Es gilt zudem, die Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen in ihre Heimat zu ermöglichen. Eine neue Vertreibungsorgie in Europa darf nicht mehr hingenommen werden.“

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wohl wissend, daß es keinen moralischen Alleinvertretungsanspruch, weder in dieser Sache noch in anderen Dingen, gibt: Die Leitplanke, an der ich mich festhalte, läßt sich auf einen Satz bringen, der vor wenigen Tagen ebenfalls von Hans Koschnick formuliert worden ist: „Wo immer wir können“, sagte er, „wollen wir dazu beitragen, daß Menschen nie wieder gebrochen werden, so wie sie in Auschwitz und anderswo gebrochen worden sind.“

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, dies hat dann auch Folgen: Vor allem zu brechen mit einer Politik des Wegschauens und Schönredens, die Europa mehrfach in diesem Jahrhundert zur Schande gereicht hat.

Niemand von uns macht es sich leicht, manche haben sich viele Stunden, Tage und auch Nächte geprüft und die Argumente gegeneinander abgewogen. Es geht ums Äußerste, um Krieg und Frieden, um menschliches Leben.

Ich begegne mit großem Respekt auch jenen, die zu einem anderen Ergebnis gelangen.

Wir alle wollen, daß auch weiterhin politische Bemühungen zur Lösung des Konflikts von größter Bedeutung bleiben. Notwendiger denn je ist dabei, was Sozialdemokraten in den 60er und 70er Jahren in die internationale Politik eingeführt haben: das Bemühen, sich auch immer wieder in die Lage der anderen zu versetzen, um so eine weitere Eskalation zu vermeiden.

Aus meiner Sicht wird auch nach Ende des Ost-West-Konfliktes eine Friedenspolitik notwendig bleiben, die diese von Willy Brandt in die internationale Politik so konsequent eingeführte Tugend immer wieder aufs neue belebt.

Herzlichen Dank und Glückauf.

(Anhaltender Beifall)

Vorsitzende Bärbel Dieckmann: Vielen Dank, Ottmar Schreiner, für deine engagierte Rede. Es war sicher wichtig, noch einmal die Erfolge sozialdemokratischer Politik seit dem 27. September 1998 zu rekapitulieren.

Ich darf noch eine Begrüßung nachholen. Ich begrüße ganz herzlich die ehemalige Bundestagspräsidentin Annemarie Renger. Herzlich willkommen! Schön, daß du da bist.

(Beifall)

Ein Hinweis: Die Mandatsprüfungs- und Zählkommission trifft sich jetzt sofort im Restaurant „La Marée“ gegenüber dem Empfangscounter am Eingang.

Ich darf jetzt Gyula Horn, den ehemaligen Ministerpräsidenten der Republik Ungarn, um sein Grußwort bitten. Du bist eben schon begrüßt worden. Wir freuen uns sehr auf dein Grußwort.

(Beifall)



Grußwort Gyula Horn

Gyula Horn (Übersetzung): Liebe Freunde, es ist eine Ehre für mich, hier sprechen zu dürfen. Seit 25 Jahren stehe ich in lebendiger, freundschaftlicher Beziehung zur SPD. In dieser Zeit hatte ich Gelegenheit, zahlreiche deutsche sozialdemokratische Politiker, von Willy Brandt bis Gerhard Schröder, persönlich kennenzulernen, mich mit ihren Gedanken und ihrem Schaffen vertraut zu machen.

Ich bin stolz darauf, daß die SPD es mir ermöglicht hat, durch die Schule der Sozialdemokratie zu gehen. Ich konnte mich davon überzeugen, daß die deutsche Sozialdemokratie im Leben beweisen konnte: Wirtschaftlicher Fortschritt, Demokratie, Wohlstand und Solidarität sind nur als wechselseitige Voraussetzungen und einander fördernd zu schaffen.

Ich begrüße die Partei, die mich gelehrt hat, daran zu glauben, daß Freiheit und Gleichheit in Einklang gebracht werden können.

(Beifall)

Ich begrüße die Partei, die die Politik einer neuen Qualität der Ost-West-Beziehungen, die Entspannung in die Wege geleitet hat. Damit hat die SPD ihren Namen für immer in die Geschichte Europas eingetragen.

(Beifall)

Ich begrüße die Partei, die neben ihren Erfolgen mitunter auch Talsohlen verzeichnen mußte, ihr Engagement für ihr Volk und für ihr Land jedoch nie aufgab. Die Sozialdemokratie hat unvergängliche Verdienste an der Schaffung der Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft Deutschlands, an der Stabilisierung der Freiheit.

Ich begrüße die Partei, die weitgehend dazu beigetragen hat, daß in Ungarn die demokratische Linke, die Partei der Sozialisten zustande kommen und sich zur starken politischen Kraft entwickeln konnte.

Möge eure Bundesregierung die Bundesrepublik Deutschland nach 16 Jahren Opposition erfolgreich durch die nächsten 16 Jahre führen.

(Beifall)

Bewahrt und hegt das Europäertum, in dessen Geist euer Bundeskanzler die historische Rolle seines Amtsvorgängers Helmut Kohl bei der Wiedervereinigung Deutschlands gewürdigt hat. Dies ist die politische Kultur der europäischen Linken.

(Vereinzelt Beifall)

Wir alle tragen eine gewaltige Verantwortung. Die Völker Europas wollen Sicherheit, Entwicklung und Zusammenhalt. Wir müssen ein Europa, eine Welt schaffen, wo man nicht nur geboren werden und sterben kann, sondern wo es sich auch lohnt zu leben. Würden wir diese Chance nicht wahrnehmen, könnten wir es uns nie verzeihen, und auch unsere Kinder und Enkelkinder würden es uns nicht vergeben.

Die Kraft des europäischen Zusammenhalts besteht vor allem darin, Konfrontationen vorzubeugen. Er ist ein Instrument dazu, das zu erzielen, was die Staaten einzeln nicht erreichen können. Ist es erforderlich, müssen wir mit gemeinsamer Kraft für die Abwendung der die ganze Menschheit bedrohenden Gefahren auf dem Balkan, im Nahen Osten und anderswo kämpfen.

Wir unterstützen die militärische Aktion der NATO im Rahmen der Bekämpfung der Kosovo-Krise. Denn wir dürfen auch dann nicht tatenlos bleiben, wenn die politischen Mittel erschöpft sind. Wir sind der NATO beigetreten, um uns, die Menschheit gemeinsam, vor den Gefahren zu schützen, die ihre Existenz bedrohen. Darum geht es jetzt am südlichen Zipfel des Balkans.

Mit extremistischen Erscheinungen auf unserem Kontinent – von welcher Seite auch immer sie kommen – können wir uns nicht abfinden. Ich rufe euch auf, gemeinsam gegen sie anzugehen. Denn sollten die Extremisten überhandnehmen, geht in Europa alles zugrunde.

(Beifall)

Letzten Endes liegt es auch an uns Europäern, keine Ausgrenzung und keine nationale, rassistische oder religiöse Diskriminierung zu dulden. Die Wertordnung und der Stil der anderen müssen nicht akzeptiert, sondern verstanden und ertragen werden.

Es gilt, auf dazu geeigneten Foren und zu dazu geeigneten Zeiten miteinander zu diskutieren. Einander zu beschuldigen, einzelne Völker zu brandmarken, dies kann zum Verhängnis des Kontinents werden. Das deutsche Volk und der deutsche Charakter sind europäisch, und nicht die Deutschen verursachen die jetzt auftretenden nationalen und Minderheitenkonflikte.

Deutschland spielt eine Schlüsselrolle in der europäischen Entwicklung. Die deutsche Wiedervereinigung hat sich nicht mit Blut und Eisen, sondern auf demokratischem Wege mit Zustimmung der anderen Staaten vollzogen. Daher ist das Zustandekommen eines einheitlichen Deutschlands ein Höhepunkt der Entspannung zwischen Ost und West, das größte politische Ereignis der europäischen Nachkriegsgeschichte.

Heute hängt das Europa der Zukunft größtenteils von den Vorstellungen, den Initiativen und der Verantwortung der Deutschen ab. Das heutige Deutschland setzt sich als integrierter Bestandteil der NATO und der Europäischen Union für die Interessen der demokratischen Staatengemeinschaft ein.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war Deutschland Initiator und zugleich Leidtragender von zwei Weltkriegen. Ohne die Erbschaft und

das Andenken Weimars wäre allerdings nicht nur die Sozialdemokratie, sondern ganz Europa ärmer. Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts war für Deutschland zweifellos wiederum eine Zeit von Jahrzehnten des Aufschwungs und der Entwicklung. Deutschland war der große Baumeister des Kontinents.

Nun gelangen wir mit neuen Herausforderungen an die Schwelle des dritten Jahrtausends. Bad Godesberg war der erste Pfeiler der neuen Denkweise. Von diesem Pfeiler aus wird die Politik der 90er Jahre die Jahrtausendwende überbrücken. Die sozialistischen Kämpfe führten zur Steigerung des Wohlstands und der Solidarität. Heute gilt es, die Reformen bzw. die Modernisierung als grundlegendes sozialistisches Ziel zu definieren. Von deren Realisierung hängt das materielle und geistige Wachstum der Deutschen und aller europäischen Völker im nächsten Jahrhundert ab.

Wir ungarischen Sozialisten wissen aus Erfahrung, daß Reformen nicht auf bessere Zeiten aufgeschoben werden können. Denn ohne Reformen treten bessere Zeiten erst gar nicht ein.

(Beifall)

Im Europa des 20. Jahrhunderts wurden die großen Reformen immer und überall von sozialistisch-sozialdemokratischen Regierungen ange-regt und verwirklicht. Es muß auch in Betracht gezogen werden, daß die Ergebnisse der Reformen in der Regel nicht innerhalb einer Legislaturperiode zum Tragen kommen. Die anstehenden Entscheidungen müssen im Interesse der sozialen Entwicklung und im Interesse der folgenden Generationen gefällt werden.

Die europäische Sozialdemokratie war stets imstande, die Herausforderungen des Kontinents wahrzunehmen. Nun bitte ich euch, bei der Schaffung der Konkurrenzfähigkeit Europas, der Gerechtigkeit in der Gesellschaft und des sozialen Friedens gemeinsam mit uns die Verantwortung zu tragen.

(Beifall)

Die Sozialdemokratie verfällt oft in den Fehler, entweder sich selbst nicht zu trauen oder sich zu überschätzen. Es ist klar, daß große Dinge immer auf zahlreiche Schwierigkeiten stoßen. Doch ohne Übereinstimmung und Entschlossenheit können sie nicht zum Erfolg gebracht wer-

den. Vergeßt nie, daß ohne ein modernes und demokratisches Deutschland auch Europa nicht zurechtkommt.

Europa ist ein Kontinent der wechselseitigen Abhängigkeit der Länder, des gemeinsamen Überlebens und der gemeinsamen Entwicklung. Die Erneuerung der anderen Hälfte Europas, der mittelosteuropäischen Region, ist von Qualen und Leiden begleitet.

Auch die westliche Hälfte Europas kommt ohne das enge Zusammenwirken mit den mittelosteuropäischen Ländern kaum zurecht. Die Staaten der Europäischen Union sind nämlich in ihren Wirtschaftsbeziehungen mit uns bereits an der Grenze der gegenseitigen Abhängigkeit angelangt. Daher ist es von besonderer Bedeutung, daß auf dem EU-Gipfel in Berlin das für die Erweiterung unerläßliche Reformpaket Agenda 2000 verabschiedet wurde. Daran hat die deutsche Regierung von Bundeskanzler Schröder unvergängliche Verdienste.

(Beifall)

Viele machen nur auf die Risiken und Gefahren der Aufnahme neuer Mitglieder aufmerksam. Dabei bedeutet die Erweiterung der Union in unserer Region die Erweiterung der Region von Wohlstand, Wirtschaftsentwicklung und politischer Stabilität. Es muß noch während der EU-Präsidentschaft der Bundesrepublik ein Zeitplan entstehen, durch den eine Reform der EU-Einrichtungen und damit der Beitritt der neuen Mitglieder ermöglicht wird.

Im heutigen Europa kann man den neuen Herausforderungen nicht mehr mit einer überholten Politik oder mit revolutionären Stürmen gerecht werden. Ins Europa des 21. Jahrhunderts ist nur Schritt für Schritt, durch Schaffung der Voraussetzungen zu gelangen. Ganz alleine wird es kein Staat schaffen. Nur gemeinsam, in einem schwierigen Prozeß, in enger Schicksalsgemeinschaft können wir erfolgreich sein.

Es bedarf einer Solidarität zwischen Nationen und Generationen. Denn es ist auch auf unserem Kontinent zu merken: Oft sind wir nur dazu stark genug, das Leid anderer zu ertragen. Jeder sollte sein Wissen, seine Erfahrungen und seine Energie dafür einsetzen, das einheitliche Europa gemeinsam zustande zu bringen. Die Nordatlantische Allianz und die Europäische Union sind da bereits mit großen Schritten voran-

gekommen. Wir waren gemeinsam in schlechten Situationen. Laßt uns auch in den Hoffnungen beisammen sein!

(Beifall)

Das soziale Europa, wo Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität für alle die Chancen des Aufschwungs schaffen werden, wird uns gehören. Das ist die neue Qualität des Europäertums für uns alle, deren Herz links schlägt.

(Beifall)

Ich wünsche euch, daß eure Träume in Erfüllung gehen. Ich wünsche euch, immer voller Freude zu erwachen

(Beifall)

und viele Erfolge zu haben. Viel Erfolg, SPD, viel Erfolg, Bundesrepublik Deutschland – zum Nutzen von uns allen, zum Nutzen ganz Europas!

(Anhaltender Beifall)

Vorsitzender Henning Scherf: Herzlichen Dank, Gyula Horn, für diese Begrüßungsrede. Wir alle werden nicht vergessen, daß Gyula Horn der erste war, der den Zaun durchschnitten hat und der uns so zusammengebracht hat.

(Anhaltender Beifall)

Ich erteile jetzt Gerhard Schröder, dem Bundeskanzler der Bundesrepublik, das Wort.



Rede Gerhard Schröder

Gerhard Schröder, komm. Vorsitzender der SPD, Bundeskanzler: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Am 27. September des letzten Jahres haben uns die Wählerinnen und Wähler in Deutschland das Recht gegeben, maßgeblich die Politik des Landes zu gestalten. Sie haben uns aber damit auch eine Pflicht auferlegt, die Pflicht nämlich, dieses Recht besonnen und entschlossen wahrzunehmen, die Pflicht nämlich, bei der Gestaltung unserer Politik Verantwortung nach innen und nach außen zu beweisen.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, wir alle wissen, daß es in diesen Tagen eine Frage gibt, die die Menschen in Deutschland und auch die Mitglieder unserer Partei wie keine andere bewegt. Ich meine die Entwicklung im Kosovo. Ich weiß, liebe Genossinnen und Genossen, daß es an dem Weg, den die Bundesregierung gemeinsam mit den Partnern im

Atlantischen Bündnis eingeschlagen hat, Kritik gibt, auch und gerade aus den Reihen unserer Partei. Deshalb will ich gleich am Anfang eines klarstellen: Wer aus grundsätzlichen pazifistischen Erwägungen gegen jegliche Militäraktion ist, der muß und wird auch weiterhin in der SPD eine politische Heimat haben.

(Beifall)

Aber mehr noch: Wer skeptisch ist bezüglich der Erfolgsaussichten des von uns, von der Bundesregierung eingeschlagenen Weges, der muß und wird diese Diskussion in unserer Partei führen müssen und führen können, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir werden deutlich machen, daß wir die Politik der Bundesregierung zu unterstützen bereit sind. Aber wir werden auch klar machen, daß die SPD, daß unsere Partei das Forum ist, auf dem grundsätzliche Fragen besprochen und entschieden werden. Das gehört zu den Traditionen unserer Partei. Das gehört zu ihren freiheitlichen Traditionen, die durch nichts und von niemandem in Frage gestellt werden dürfen.

(Beifall)

Aber, liebe Freunde, eines muß auch klar sein: Die SPD, wenn sie ihrer Pflicht zur Verantwortung nachkommen will, darf sich nicht damit begnügen, Fragen zu stellen. Soviel Respekt vor der Ernsthaftigkeit mancher Fragen ich auch habe: Von uns, von der Bundesregierung zumal, werden von unserem Volk nicht Fragen erwartet, sondern Antworten.

(Beifall)

Wir stehen in der Verantwortung vor den Wählerinnen und Wählern – und nicht nur vor ihnen, sondern vor allen Deutschen. Wir stehen in der Verantwortung gegenüber unseren Bündnispartnern innerhalb der NATO. Wir haben in schwierigen Zeiten von unseren Partnern Solidarität erfahren, und wir sind verpflichtet, in anderen Zeiten Solidarität zu gewähren. Diesen Forderungen, diesen Erwägungen müssen wir nachkommen.

Wir stehen, liebe Genossinnen und Genossen, aber auch in der Verantwortung gegenüber den Menschen, die im Kosovo Opfer grausamster Menschenrechtsverletzungen sind: Opfer von Vertreibung, Vergewalti-

gung und Mord. Auch und gerade diese Menschen erwarten von der großen deutschen Sozialdemokratie Solidarität.

(Beifall)

Diese Menschen erwarten von uns, daß unsere Verpflichtung auf die Internationalität unserer Politik auch und gerade dann gilt, wenn es schwierig für jeden von uns wird, daß wir uns nicht wegducken, nicht wegsehen, sondern Internationalität begreifen als die Notwendigkeit, gegen diese Menschenrechtsverletzungen vorzugehen, nie wieder zuzulassen, daß in Europa, in unserem Europa, Menschen gedemütigt, deportiert und getötet werden.

Ich sage: Diese Menschen erwarten von uns, daß Milosevic nicht gewinnen darf gegenüber denen, die ihre Menschenrechtsverletzungen einklagen.

(Lebhafter Beifall)

Ich sage das mit allem Nachdruck: Noch keine Bundesregierung war vor diese schwierige Entscheidung gestellt, deutsche Soldaten zu entsenden, um gemeinsam mit unseren Partnern einer humanitären Katastrophe im Kosovo vorzubeugen.

Liebe Genossinnen und Genossen, glaubt es den Mitgliedern der Bundesregierung: Niemandem, auch mir nicht, ist diese Entscheidung leicht gefallen. Niemand von den Mitgliedern der Bundesregierung hat sich diese Entscheidung leicht gemacht. Jeder und jede hat mit sich gerungen, auch auf dem Hintergrund dessen, was von der Partei von ihm bzw. ihr erwartet wird.

Einem – ihr werdet das sicher verstehen, liebe Kolleginnen und Kollegen – will ich gleich zu Anfang meinen besonderen Respekt und meinen besonderen Dank sagen: Das ist Rudolf Scharping.

(Lebhafter Beifall)

Rudolf, ich bin stolz darauf, mit dir arbeiten zu können. Du hast am Beifall gemerkt: Die Partei weiß deine Besonnenheit und deine Geradlinigkeit zu schätzen. Und wir wissen: Die Menschen in Deutschland fühlen ebenso.

(Beifall)

Die Wertschätzung, die du und – auch das gehört zur Fairneß – der deutsche Außenminister, auch wenn er nicht unserer Partei angehört, in der deutschen Bevölkerung haben, haben auch etwas zu tun mit der Überzeugung, daß ihr wie wir alle nichts, aber auch gar nichts unversucht gelassen habt, um militärische Aktionen nicht stattfinden zu lassen, um eine friedliche Lösung dieses so dramatischen Konfliktes im Kosovo zu erreichen. Nicht an uns, nicht an den Partnern in der NATO, sondern allein an Milosevic, an seinem verbrecherischen Willen, ist bisher eine friedliche Lösung der Krise gescheitert. Dies darf bei allen Diskussionen nicht in Vergessenheit geraten.

(Beifall)

Der jugoslawische Präsident Milosevic hat sein eigenes Volk, hat die albanische Bevölkerungsmehrheit im Kosovo, hat aber auch die Staatengemeinschaft ein ums andere Mal hintergangen, in all den Verhandlungen, deren Zeugen ihr gewesen seid und die ihr nachvollzogen habt, hintergangen. Er hat gegen sein eigenes Volk, gegen die übergroße Mehrheit der Kosovaner, einen grausamen Krieg begonnen, einen Krieg, liebe Genossinnen und Genossen, lange bevor die NATO eingegriffen hat. Monatelang haben der EU-Sonderbeauftragte Petritsch und sein amerikanischer Kollege Hill in intensivster Reisediplomatie mit den Konfliktparteien Gespräche geführt und den Boden für ein Abkommen bereitet, von dem wir alle hofften, es ließe sich nicht nur unterzeichnen, sondern auch implementieren, um militärische Maßnahmen überflüssig zu machen.

Die Kontaktgruppe mit der Beteiligung Deutschlands hat sich zu keiner Zeit auf eine der beiden Seiten geschlagen, hat sich, anders als ihr fälschlicherweise unterstellt wird, längst nicht zum Erfüllungsgehilfen der einen Seite machen lassen.

In Rambouillet ist mehrere Wochen lang hartnäckig verhandelt worden. Das dort vorgelegte Abkommen, auch nicht zuletzt durch deutsche Mitarbeit zustande gekommen, durch die Mitarbeit des Verteidigungs- und des Außenministers, sollte die Menschenrechte der albanischen Bevölkerungsmehrheit im Kosovo, aber auch die territoriale Integrität Jugoslawiens gewährleisten.

Diesem Abkommen hätten nun wirklich alle Parteien zustimmen können. Die Albaner haben es getan, Milosevic hat es kalt abgelehnt.

Wir haben dann eine weitere zweiwöchige Frist eingeräumt, um die Bedenken der Konfliktparteien zu zerstreuen. Dann haben wir uns erneut in Paris zu Verhandlungen getroffen. Die Kosovo-Albaner, ihr wißt es, haben dem Abkommen schließlich zugestimmt. Der Außenminister als EU-Ratspräsident, der russische Außenminister Iwanow, der OSZE-Vorsitzende Vollebaek und schließlich noch einmal Richard Holbrooke waren bei Milosevic in Belgrad, um ihn zur Annahme des Antrags zu bewegen, um damit eine militärische Auseinandersetzung überflüssig zu machen.

Wer, liebe Genossinnen und Genossen, auf dem Hintergrund der unbestreitbaren Tatsache, daß die Belgrader Regierung all diese Versuche hat scheitern lassen – und nur sie hat sie scheitern lassen –, davon redet, politische, diplomatische Bemühungen seien nicht genügend unternommen worden, der irrt, liebe Genossinnen und Genossen, der redet Falsches.

(Beifall)

Aber unser Handeln resultiert nicht nur aus der Tatsache, daß Milosevic und die Belgrader Führung all das kalt vom Tisch gewischt haben, was die kriegerische Auseinandersetzung hätte überflüssig machen können. Nein, weit schlimmer: Noch während die Belgrader Führung vorgab, mit der Staatengemeinschaft über Frieden zu verhandeln, hat sie jene Mord- und Vertreibungskampagne begonnen, die in den letzten Tagen und Wochen noch einmal systematisch verschärft wurde.

Es ist falsch, davon zu reden, andere seien schuld an der Verschärfung der Situation. Die jugoslawische Regierung – dies gilt es zu erkennen, liebe Genossinnen und Genossen – hatte von Anfang an jenen brutalen Feldzug der ethnischen Säuberung geplant, dessen Zeuge wir heute sind. Diesem Feldzug sind bereits Hunderttausende von Menschen zum Opfer gefallen. Weit mehr als eine halbe Million Albaner wurden vertrieben; sie wurden ihrer Habseligkeiten und oft auch ihrer Identitätsnachweise beraubt, damit sie keine Chance auf Rückkehr haben.

Wir haben die Bilder der gesprengten Häuser und die Bilder vom Elend in den Auffanglagern gesehen. Wir haben die Berichte über die Greuel-taten gehört. Die verantwortliche, sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hatte keine andere Wahl, als alle, aber auch wirklich alle

Mittel zu nutzen, um diesem Treiben Milosevics ein Ende zu bereiten. Dies ist das einzige Motiv für unser Handeln, das wir alle teilen.

(Beifall)

Bei aller Bereitschaft, mich auf andere Argumente einzulassen, habe ich eine Bitte: Niemand darf verkennen, daß diese Greuelthaten, über die wir zu reden haben und vor denen wir nicht wegschauen dürfen, das Werk der serbischen Militär- und Polizeikräfte sind. Sie sind nicht das Ergebnis der Luftschläge der NATO. Diese Tatsache darf nicht verwechselt werden; denn lange bevor die NATO dem mörderischen Treiben Milosevics Einhalt zu gebieten versuchte, war die Kampagne der ethnischen Säuberung nicht nur geplant, sondern schon ins Werk gesetzt worden. 500 000 Binnenvertriebene sprechen eine zu deutliche Sprache, als daß eine andere Interpretation erlaubt wäre, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die Luftschläge, die wir mitbeschlossen haben und die die NATO durchführt, haben als einziges Ziel, eine friedliche Lösung für den Kosovo zu bringen, damit die Menschen im Kosovo ihre Rechte und Lebensmöglichkeiten wieder erhalten. Allein das ist unser Ziel; wir verfolgen kein anderes.

(Beifall)

Ich bin fest davon überzeugt, daß wir die Pflicht haben, dieses Ziel zu verfolgen. Die NATO ist eine Gemeinschaft der Werte. Die Allianz steht für Freiheit, für Demokratie und für die Beachtung der Menschenrechte. Die Menschen in dieser von Haß und Leid geprägten Balkanregion haben zu Recht die Erwartung, daß das demokratische Europa sie nicht allein läßt, sondern ihnen hilft, den Mord an ihren Eltern, Kindern und Verwandten zu verhindern. Dieses Handeln sind wir nicht nur diesen Menschen schuldig, sondern auch uns, wenn wir unsere eigenen Werte und Überzeugungen ernst nehmen.

(Beifall)

Bei aller Notwendigkeit, die momentane Not der betroffenen Menschen zu lindern, geht es auch um etwas Weiterführendes. Es geht nämlich darum, wie das Europa des nächsten Jahrtausends aussehen soll. In diesem Zusammenhang geht es um die Frage, ob wir, die demokrati-



schen Europäer, nach den Erfahrungen mit zwei schrecklichen Kriegen in diesem Jahrhundert es wirklich zulassen dürfen, daß grausame Diktatoren unbehelligt inmitten dieses Kontinents ihr Unwesen treiben können. Auch diese Frage gilt es zu beantworten. Die Antwort muß gerade für uns Deutsche klar sein: Es darf nie wieder zugelassen werden, daß Deportationen, Mord und Vertreibung politisch geduldet werden.

(Beifall)

Das ist der wesentliche Grund, warum sich die Bundesregierung dazu entschlossen hat, daß sich Deutschland an den NATO-Aktionen beteiligt. Um mit einem gelegentlich zu lesenden Urteil aufzuräumen, will ich sagen: Wir haben das nicht getan, weil wir von unseren Partnern gedrängt wurden. Nein, liebe Genossinnen und Genossen, wir haben das aus freier Überzeugung und unter Berücksichtigung unserer Verantwortung getan. Wir haben, von niemandem gedrängt, aus freien Stücken gehandelt. Auf diese Feststellung lege ich Wert, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wahr ist auch, daß wir mit unserem Handeln Vertrauen bei unseren Bündnispartnern geschaffen haben. Auch das ist ein Wert, den wir nicht geringschätzen sollten. Vertrauen haben wir im übrigen auch in der eigenen Bevölkerung geschaffen. Wer immer meint, der Bundesregierung jetzt in den Arm fallen zu können, der sollte beachten, daß man dieses Vertrauen in die Berechenbarkeit, in die Stetigkeit und in die Verlässlichkeit der Bundesregierung schnell wieder verspielen kann. Das wollen und das dürfen wir nicht zulassen.

Wir haben Vertrauen bei den betroffenen Menschen geschaffen, die unsere Solidarität jetzt spüren und die gemerkt haben, daß sie auf unsere Hilfe bauen können. Hierin liegt übrigens der Grund, warum wir uns nicht damit zufriedengegeben haben, als Teil der NATO militärisch zu handeln. Wir haben sofort Hilfsmaßnahmen beschlossen, um den Flüchtlingen in Albanien, in Mazedonien und anderswo schnell und wirksam helfen zu können. Wir haben Nahrungsmittel, Medikamente, Zelte, Decken und Hilfsmittel für die ärztliche Betreuung zur Verfügung gestellt. Wir haben aber noch mehr getan: Die Bundesregierung hat als eine der ersten Regierungen in Europa beschlossen, eine wenn auch begrenzte, aber sicherlich nicht unerhebliche Zahl von Flüchtlingen bei uns aufzunehmen. Dies ist ein Beweis aktiver Solidarität, der so gemeint und auch so verstanden worden ist.

(Beifall)

Für mich ist dieses Handeln nicht nur ein Gebot der Mitmenschlichkeit, sondern auch ein Zeichen der Solidarität mit jenen Anrainerstaaten des Kosovo, die die Hauptlast der Aufnahme der Flüchtlinge zu tragen haben und die von uns ebenfalls ein Zeichen dieser Solidarität erwartet hatten.

Aber klar muß sein: Das politische Ziel bleibt, daß die Flüchtlinge so schnell wie möglich in ihre Heimat zurückkehren können. Wir müssen dafür sorgen, daß sie es geschützt tun können.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Bundesregierung ist nicht für die früheren Fehler der Balkan-Politik verantwortlich. Aber sie kann sich auch nicht davonstellen, was die Konsequenzen dieser Politik angeht. Wir sind nicht für den Zerfall des ehemaligen jugoslawischen Vielvölkerstaats verantwortlich. Aber: Wir haben eine historische Verantwortung, mit den Folgen fertig zu werden. Gerade wir Deutschen

haben diese historische Verantwortung, wir, die Deutschen, die in der Vergangenheit Schuld auf sich geladen und unermessliches Leid zugefügt haben. Gerade wir – so verstehe ich unsere Verantwortung – müssen mit anderen, zusammen mit den Partnern, dafür sorgen, daß das nie wieder geschieht.

So herum kann und muß man geschichtliche Verantwortung vielleicht auch verstehen. Verbrechen, wie sie serbische Truppen in Kroatien und auch in Bosnien begangen haben und auch heute an den Kosovo-Albanern begehen, können gerade die Deutschen vor dem Hintergrund ihrer Geschichte nicht erneut hinnehmen. Wir müssen dagegen vorgehen. Das ist es, was wir mit unserer Verantwortung für die Werte unserer Demokratie, die auch die Werte des Bündnisses sind, meinen. Das sind die Maßstäbe, nach denen wir gehandelt haben. Deshalb sind Soldaten der Bundeswehr an dem Einsatz der NATO beteiligt. So haben es die von euch gewünschte und unterstützte Bundesregierung und der Deutsche Bundestag mit seiner übergroßen Mehrheit beschlossen.

Auch in diesem Zusammenhang ein klares Wort: Ich betrachte es als alles andere als einen Nachteil, daß wir in dieser Frage zwischen den großen politischen Kräften in Deutschland keinen kleinlichen parteipolitischen Streit führen müssen, sondern daß sich die Deutschen in ihrer übergroßen Mehrheit im Parlament, im Volke selber einig sind, daß das Morden im Kosovo beendet werden muß.

(Beifall)

Die Belgrader Führung hat es in der Hand, den NATO-Einsatz zu beenden. Sie muß sich nur glaubhaft für den Frieden entscheiden und entsprechend handeln. Dafür gibt es, liebe Genossinnen und Genossen, ganz klare substantielle Bedingungen. Wir erwarten die tatsächliche und nachvollziehbare Einstellung der Kampfhandlungen und des Mordens im Kosovo. Wir erwarten den Abzug der militärischen und paramilitärischen Kräfte, also jener Mörderbanden, die im Kosovo ihr Unwesen treiben. Wir wollen die Stationierung internationaler Sicherheitskräfte, damit die Vertriebenen und Flüchtlinge ungehindert und ohne Furcht in ihre Heimat zurückkehren können. Das ist unser Ziel, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Eines ist klar: Mit der sofortigen Einstellung der NATO-Luftschläge würden wir diesem Ziel keinen Millimeter näher kommen. Aber genauso klar ist auch, daß wir in unseren Bemühungen um eine politische Lösung nicht nachlassen dürfen und als Bundesregierung auch nicht nachlassen werden.

Am letzten Freitag hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, eine Erklärung zum Kosovo-Konflikt abgegeben. Sie entspricht voll unserer Haltung, voll dem, was Handlungsanleitung der Bundesregierung war. Ich habe deshalb die Initiative des Generalsekretärs uneingeschränkt unterstützt. Ich hoffe, daß dem gemeinsamen Drängen der westlichen Staatengemeinschaft und dem Drängen des Generalsekretärs durch die jugoslawischen Behörden die nachprüfbare Annahme der Forderungen folgt.

Liebe Genossinnen und Genossen, für Mittwoch dieser Woche habe ich als Ratspräsident die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union nach Brüssel gebeten. Das habe ich natürlich auch getan, um zu einer politischen Lösung der Situation im Kosovo beizutragen. Wir werden dort unter den Staats- und Regierungschefs Europas, nicht nur unter denen der NATO-Mitglieder, über die Initiative des UN-Generalsekretärs beraten. Ich habe deswegen Kofi Annan zu dieser Zusammenkunft eingeladen. Ich freue mich, daß er diese Einladung akzeptiert hat.

(Beifall)

So klar es ist, daß die Bundesregierung und die westliche Staatengemeinschaft in Übereinstimmung mit dem NATO-Generalsekretär handeln und handeln wollen, so klar muß auch sein, daß wir in unseren Bemühungen, Rußland in eine politische Lösung einzubinden, nicht nachlassen werden und nicht nachlassen dürfen.

(Beifall)

Übrigens, auch hierzu möchte ich zur Klarstellung sagen: Rußland teilt die Ziele des Abkommens von Rambouillet. Die Bundesregierung hat immer die russischen Bemühungen begrüßt, auf Belgrad positiv einzuwirken, auch dann, wenn diese Bemühungen bisher nicht den erhofften Erfolg gezeigt haben. Die Bundesregierung hielt und hält engen Kontakt mit der russischen Führung. Das gilt für gestern, das gilt für heute, und das wird auch für morgen gelten.

REDE GERHARD SCHRÖDER

Ich stehe in ständiger Verbindung mit dem russischen Präsidenten Jelzin und Premierminister Primakow. Wir sind uns einig, liebe Genossinnen und Genossen, daß die deutsch-russischen und die europäisch-russischen Beziehungen durch diesen Konflikt im Kosovo nicht prinzipiell beeinträchtigt werden dürfen. Wir tun alles, das zu verhindern.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wir wissen: Rußland ist ein zentraler Stabilitätsfaktor in Europa. Rußland muß in der Lage bleiben, auf dem eingeschlagenen Reformweg weiter voranzuschreiten. Als Stabilitätsfaktor in Europa ist es uns ein enorm wichtiger Partner. Das werden wir jederzeit deutlich machen, liebe Genossinnen und Genossen.

Aber auch etwas anderes muß klar sein: Gegenüber denjenigen, die meinen, es bedürfe nur dieser selbstverständlich engen Zusammenarbeit, um eine diplomatische Lösung zu erreichen, muß ich deutlich machen, daß Deutschland überfordert wäre, wenn man glaubte, es gehe allein mit Rußland. Einen deutschen Sonderweg, ein Ausbrechen aus der Solidarität innerhalb der Allianz wird es mit dieser Bundesregierung nicht geben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Je größer unser Vertrauen, je fester unsere Verankerung in der westlichen Staatengemeinschaft ist, desto größer ist unsere Möglichkeit, etwas dazu beizutragen, daß Rußland am Prozeß einer politischen Lösung beteiligt bleibt, liebe Genossinnen und Genossen. So herum wird ein Schuh aus einer politischen Strategie, die gelegentlich zu hören ist.

(Vereinzelter Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wissen, daß die jetzt notwendige Krisenbewältigung im Kosovo kein Ersatz für eine langfristige Stabilisierung Südosteuropas sein wird und sein kann. Am Ende dieser Krise, als Licht am Ende des Tunnels – das ist glasklar –, muß eine politische Perspektive stehen, eine Friedensperspektive für Südosteuropa und damit eine Friedensperspektive für ganz Europa. Das zu gewährleisten wird die Aufgabe der Zukunft sein.

(Beifall)

Der Balkan – das muß klar sein – braucht endlich europäische Hilfe. Er braucht, wie damals das Nachkriegsdeutschland, Demokratisierung und wirtschaftlichen Aufbau. Was wir zusammen mit den europäischen und transatlantischen Partnern schaffen müssen, das ist eine Art Marshallplan für den gepeinigten Balkan. Das ist die Zielrichtung, in die wir Politik drängen müssen.

(Beifall)

Denen, die uns in Europa und anderswo und auch im eigenen Land sagen werden, eine solche politische Perspektive für den Balkan koste Geld, sage ich: Das ist wohl wahr; aber eine dauerhafte militärische Präsenz, Krieg führen zu müssen, um Menschen das Leben zu erhalten, das kostet noch mehr Geld, und deswegen wollen wir eine politische Lösung erreichen.

(Beifall)

Das ist der Grund, warum die deutsche Ratspräsidentschaft eine solche Initiative vorbereitet hat und warum wir beharrlich an einer solchen Stabilitätsinitiative weiter arbeiten werden – Schritt für Schritt, aber mit großer Beharrlichkeit.

Liebe Genossinnen und Genossen, die historische Entwicklung wollte es, daß eine sozialdemokratisch geführte Regierung den ersten deutschen Militäreinsatz nach dem Zweiten Weltkrieg zu verantworten hat. Die Geschichte unserer Partei weist aus – die Menschen in Deutschland wissen das auch –: Nie haben Sozialdemokraten mit dem Leben von Soldaten und dem anderer Völker gespielt. Das ist der Grund, warum es vielleicht so schlecht nicht ist, daß so besonnene Menschen wie zum Beispiel Rudolf jetzt politisch handeln können und handeln müssen.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, ich möchte aber von dieser Stelle aus nicht nur den Verantwortlichen für ihre Arbeit danken; nein, ich möchte vor allen Dingen den deutschen Soldaten danken.

(Beifall)

Unsere Soldaten erfüllen eine schwierige und eine gefährliche Mission. Die Redlichkeit gebietet es, darüber nicht hinwegzureden. Sie und ihre Familien können sich darauf verlassen, daß wir alles für ihren Schutz und für ihre Sicherheit tun. Aber eines bleibt klar: Wir können Gefah-

ren für Leib und Leben dieser Soldaten nicht völlig ausschließen. Nicht zuletzt das ist der Grund, warum ich mir wirklich wünsche, daß dieser Parteitag unseren Soldaten dankbar ist für ihren Einsatz für die Menschenrechte und die Menschlichkeit.

(Beifall)

Gyula Horn, dem ich sehr dankbar bin für das, was er gesagt hat – ich wiederhole das, was Henning Scherf als Dank zum Ausdruck gebracht hat –, dem wir als Deutsche nie vergessen werden, was er in der Zeit, als wir um unsere staatliche Einheit gerungen haben, für Deutschland und damit für uns alle getan hat, hat darauf hingewiesen, daß insbesondere Europa in diesen und in anderen Krisen seine Handlungsfähigkeit beweisen muß. Die Kosovo-Krise, der Rücktritt der Europäischen Kommission und die Agenda 2000, das waren in dieser Bündelung wohl die größten Herausforderungen, die ein europäischer Rat jemals zu bewältigen hatte. Ich bin froh und stolz darauf, daß die Europäische Union diese Prüfung bestanden hat. Auf der Sondertagung des Europäischen Rates in Berlin hat Europa seine Verantwortung für eine friedliche Entwicklung auf dem Kontinent bekräftigt. Wir werden noch in dieser Woche – ich habe darauf hingewiesen – daran weiterarbeiten.

Wir können heute mit berechtigtem Stolz sagen: Auch angesichts der schwierigen Mission im Kosovo spricht Europa mit einer Stimme. Nach Zustimmung durch das Europäische Parlament werden wir schon im Sommer wieder eine handlungsfähige Kommission unter einer wirklich kompetenten Leitung haben. Auch daran hat die Bundesregierung mitgewirkt.

(Beifall)

Wir bleiben – das ist deutlich geworden – auch jetzt und gerade jetzt Motor der europäischen Integration. Aber mehr noch, liebe Genossinnen und Genossen: Der Beschluß über die Agenda 2000 bedeutete nicht nur das Zustandebringen der Finanzarchitektur für das Europa der 15; nein, dieser Beschluß war sehr viel mehr. Durch diesen Beschluß hat sich das Europa der 15 aufnahmefähig für jene Länder in Osteuropa gemacht, mit denen wir über ihren Beitritt verhandeln. Ungarn nimmt eine der ersten Stellen dabei ein.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben das Zustandekommen der Agenda gewollt, weil wir eine weitere Integration, weil wir Schritte hin zur politischen Union machen wollten und machen mußten. Aber wir haben es auch gewollt, weil wir den Ländern Osteuropas, jenen, die sich auf den Weg der Reformen gemacht haben, Sicherheit bieten wollen, Sicherheit bieten müssen. Im Politischen, im Herkömmlichen, haben es diese Länder – Polen, Tschechien, Ungarn – durch den erfolgten Beitritt zur NATO geschafft. Aber diese Sicherheit reicht ihnen zu Recht nicht. Sie wollen mehr. Sie wollen diese außen- und sicherheitspolitischen Zuverlässigkeiten durch ökonomische Sicherheiten unterlegt haben. Hierin liegt der Grund, warum sie in die Europäische Union hineinwollen und warum wir ihnen helfen müssen, daß sie hineinkommen. Es gibt keine auf Dauer angelegte Sicherheit ohne ökonomischen und sozialen Ausgleich auch und gerade in diesen Ländern.

(Beifall)

So schwierig die Erweiterung Europas sein mag, so viel Lasten damit auch verbunden sein mögen: Europa aufnahmefähig für die Demokratien Ost- und Südosteuropas zu machen, das liegt nicht nur im Interesse der Demokraten dort; nein, das liegt im unmittelbaren nationalen Interesse Deutschlands, weil deren Frieden auch unser Frieden ist. Das lehrt uns die Situation in Jugoslawien.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, am 27. September haben wir nicht nur den Auftrag erhalten, außen- und sicherheitspolitisch besonnen und in fairer Partnerschaft mit unseren Verbündeten zu handeln; wir haben vielmehr auch – ich habe darauf hingewiesen – den Auftrag zur Gestaltung der innen- und wirtschaftspolitischen Lage in Deutschland bekommen. Ottmar Schreiner hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, daß wir gelegentlich allzu bereit sind, unser Licht unter den Scheffel zu stellen und die eigenen Leistungen kleiner zu schreiben, als sie es verdienen.

Es ist wahr – ich bin stolz darauf –, daß wir das, was wir, Dieter, den Gewerkschaften versprochen haben, die Punkte, die wir genannt haben, nämlich die Wiederherstellung der Lohnfortzahlung, die Rücknahme der Kürzungen bei der Rente und bei Krankheit, die Verbesserung des

Kündigungsschutzes, in den ersten Monaten nicht nur auf den Weg gebracht haben, sondern auf Punkt und Komma realisiert haben.

(Beifall)

Das ist eine neue Erfahrung für die Menschen in Deutschland, eine neue Erfahrung sicher auch für die Kolleginnen und Kollegen in den deutschen Gewerkschaften.

Übrigens: Wir reden ständig miteinander, Dieter Schulte, und wir wissen, daß es falsch wäre, wenn die Gewerkschaften die SPD als gleichsam verlängerten parlamentarischen Arm begriffen. Das würde uns und auch euch nicht reichen. Aber falsch wäre es auch, wenn wir die Gewerkschaften gleichsam als Vorfeld einer politischen Organisation begriffen. Beide traditionsreichen Organisationen leben von der gegenseitigen Befruchtung, davon, daß man miteinander in einem engen, vertrauensvollen Dialog ist, einem Dialog, der um so leichter fällt, als die Grundprinzipien unseres jeweiligen Handelns die gleichen sind. Deshalb sage ich dir, Dieter, und all den anderen führenden Gewerkschaftern, die hier auf diesem Parteitag sind, wirklich von Herzen die Bereitschaft zur fairen, zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit ausdrücklich zu. Das hat damals gegolten, als wir uns zusammen auf den Weg gemacht haben, und das wird auch in Zukunft gelten. Das schließt nicht aus, daß es gelegentlich Meinungsunterschiede gibt; das wird in Zukunft genauso sein. Aber klar bleibt, daß wir an gemeinsamen Zielen, am Ziel der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit arbeiten, jeder in seinem Feld, aber jeder mit Bestimmtheit und Nachdruck.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, besonders stolz, ihr werdet das nachvollziehen können, bin ich auf ein Projekt dieser Regierung, das sehr viel mit der Zukunft unseres Landes zu tun hat. Ich meine jene Maßnahme, die wir beschlossen haben, um hunderttausend Jugendlichen eine Perspektive zu geben.

(Beifall)

Auch hier will ich noch einmal an das erinnern, was wir den Menschen in Deutschland den ganzen Wahlkampf über versprochen haben. Im Zentrum dessen, was wir gesagt haben, stand, daß wir der Jugend eine Perspektive geben wollen, daß wir erkannt haben, daß es keinen Sinn



macht, sich über eine aussteigerwillige Jugend zu verbreiten, wenn man ihr keinen Einstieg in das Arbeitsleben verschafft.

(Beifall)

Wir haben auch gesagt, wir schreiben das nicht auf Papier; wir machen nicht nur Gesetze. Nein, wir helfen in der täglichen Praxis. Unser 100 000-Arbeitsplätze-Programm hat 130 000 Jugendliche erreicht. 75 000 junge Menschen sind durch dieses Programm allein bis jetzt in Ausbildung und Arbeit gekommen. Ich bin stolz darauf, liebe Genossinnen und Genossen, und ihr solltet es auch sein.

(Beifall)

Noch eines in diesem Zusammenhang: Wir haben deutlich gemacht, daß Arbeit, daß der Kampf gegen Arbeitslosigkeit im Zentrum unserer Politik steht. Das bleibt so, auch wenn wir uns jetzt um die Lösung internationaler Krisen zu kümmern haben. Davon wird nichts vergessen, nichts abgestrichen. Auch in diesem Punkt haben wir einen richtigen Weg beschritten. Ich sage das insbesondere mit Blick auf die Situation in Ostdeutschland. Regine Hildebrandt wird mir das bestätigen. In vie-

len Wahlauseinandersetzungen, die wir miteinander bestritten haben, Regine, ich räume ein, ich bin da wenig zu Wort gekommen,

(Heiterkeit)

hat immer wieder eine Frage, von dir auf die Tagesordnung gesetzt, eine große Rolle gespielt: Wie durchbrechen wir die traurige Erfahrung der Menschen – die besonders auf dich, auf Manfred Stolpe und auf andere schauen –, die sie in den letzten Jahren gemacht haben? Der Aufwuchs der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vor den Wahlen war gewaltig, und vier Wochen später war nichts mehr. Das war die Erfahrung, von der du, Regine, so oft geredet hast und angesichts derer wir gemeinsam gesagt haben: Das werden wir ändern. Wir haben es geändert. Zum ersten Mal gibt es eine Verstetigung jener Maßnahmen, auf die man im Osten noch eine ganze Weile angewiesen sein wird, um Arbeit zu finanzieren, anstatt Arbeitslosigkeit finanzieren zu müssen.

(Beifall)

Wir haben mit dem „Bündnis für Arbeit“ begonnen, jener perspektivisch angelegten Veranstaltung, von der man nicht erwarten kann, daß sie bereits in den ersten Wochen und Monaten jene Erfolge zeitigt, die wir alle wünschen. 15 Jahre haben die Niederländer gebraucht, bis ihr Bündnis für Arbeit für alle zufriedenstellend funktionierte. So lange soll es bei uns nicht dauern. Aber eines muß klar sein: Wir brauchen dieses „Bündnis für Arbeit“, weil es uns die Chance bietet, die gesellschaftlichen Kräfte, um die es uns geht, in dieser Frage zu einer Politik zusammenzubringen, weil es uns die Chance bietet, nicht nur mit den Mitteln des Staates Rahmenbedingungen zu schaffen, damit wieder mehr Beschäftigung möglich wird, nicht nur mit den Mitteln des Staates Jugendlichen eine Perspektive zu geben, sondern zu erreichen, daß die ganze Gesellschaft, daß Wirtschaft und Gewerkschaften und zum dritten der Staat sich jener zentralen Frage annehmen, die heißt: Wie schaffen wir für alle Menschen in Deutschland Arbeit?

(Beifall)

Das bleibt unsere Aufgabe. Wir werden sie miteinander immer wieder neu beginnen.

In dem Zusammenhang auch von mir ein Wort an die deutsche Wirtschaft. Niemand wird mir vorwerfen, daß ich mich vor Kontakten, vor

enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, auch mit den Verbänden der Wirtschaft, besonders drücken würde. Ich betrachte das übrigens, liebe Genossinnen und Genossen laßt mich auch das einmal sagen, nicht als einen Fehler. Wer glaubt, unsere Mitglieder, die Menschen, die uns wählen, wünschten nicht, daß wir ein vernünftiges Arbeitsverhältnis zu dem haben, was man Wirtschaft nennt, der irrt.

(Beifall)

Aber angesichts gelegentlicher Äußerungen aus den Verbänden sage ich mit der Zurückhaltung, zu der nur ich fähig bin:

(Heiterkeit)

So, liebe Freunde da drüben, geht es auch nicht. Wer gegenüber einer sozialdemokratischen Bundesregierung, die sich auf eine wirklich deutliche Legitimation durch die Menschen in Deutschland stützen kann, auftritt, als habe er das Sagen, der irrt, und zwar deutlich.

(Beifall)

So groß meine Bereitschaft zur Zusammenarbeit auch und gerade mit der Wirtschaft ist: Wer versucht hat, uns, die wir in der Bundesregierung zusammenarbeiten, über den Tisch zu ziehen, ist noch immer gescheitert und wird auch in Zukunft scheitern.

Wer partikulare Interessen vertritt, wie das die Verbände der Wirtschaft tun – das ist erlaubt in einer Demokratie, sogar geboten in einer pluralistischen Demokratie –, der darf das auch ruhig lautstark tun. Aber er muß sich auch sagen lassen, daß in einer Demokratie allein die gewählte Regierung, allein das gewählte Parlament bestimmt, was die Interessen des gemeinen Wohls gegenüber Partikularinteressen sind. Darauf werden wir achten, liebe Freunde.

(Beifall)

Es hat – laßt mich das noch anfügen – vielfältige Diskussionen über die Frage gegeben: Wie kommen wir, Partei und Regierung, nun miteinander zurecht, in der Frage, die ich eingangs thematisiert habe, und in anderen wirtschafts-, sozial- und innenpolitischen Fragen?

Einen Rat habe ich mir nach langen Jahren gelegentlich anderen Verhaltens von Johannes Rau abgeguckt. Johannes hat nämlich gesagt:

Nehmt doch häufiger das Telefon und weniger das Mikrofon in die Hand.

(Beifall)

Ich räume ein, daß das eine Mahnung ist, die ich vor ein paar Jahren auch noch an mich selbst hätte richten können.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, so ist das nun einmal.

Übrigens – um auch das klarzustellen: Wir deutschen Sozialdemokraten wollen, daß Johannes Rau unser nächster Bundespräsident wird.

(Langanhaltender Beifall)

Um auch das öffentlich frank und frei zu sagen: Wir wollen das nicht, weil das in irgendwelchen Telefonaten oder Hinterzimmern ausgekungelt worden ist, sondern wir wollen das, weil die deutschen Sozialdemokraten davon überzeugt sind, daß er der beste ist, den Deutschland zur Zeit anzubieten hat. Das ist der Grund, warum wir wollen, daß Johannes Rau gewählt wird.

(Beifall)

Gerade in schwierigen Zeiten brauchen wir eine Persönlichkeit, die nachgewiesen hat, daß sie nicht spaltet, sondern versöhnt, daß sie zusammenführt. Gerade in Zeiten, wo wir ökonomisch und sozial zwischen Ost und West enger zusammenwachsen, brauchen wir eine Persönlichkeit, die versteht, die fühlt, daß bei aller Notwendigkeit, ökonomisch und sozial gleiche Lebensbedingungen zu schaffen, auch die psychologische Seite eine eminent wichtige ist.

Weil wir dies Johannes Rau zutrauen und weil wir ihm vertrauen, werden die Sozialdemokraten, werden die Koalitionspartner und, wie ich hoffe, ganz viele darüber hinaus ihn zum zweiten sozialdemokratischen Bundespräsidenten wählen. Ich will dafür viel arbeiten.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe darauf hingewiesen: Wir haben am 27. September einen wirklich großen Wahlsieg gefeiert. Wir haben daraus die Legitimation genommen – und dies zu Recht –, in

Deutschland Politik zu gestalten. Aber Mehrheiten in den Parlamenten, Mehrheiten in den anderen demokratischen Institutionen sind noch keine dauerhaften Mehrheiten in der Gesellschaft. Nur wer über die dauerhafte Mehrheit in der Gesellschaft verfügt, wer die Menschen jedesmal wieder hinter seine Politik bringen kann, nur der wird auf Dauer Erfolg haben.

Der Schlüssel dafür liegt auch in der Geschlossenheit unserer Partei. Das können wir – ich sage das, ohne andere herabsetzen zu wollen – in besonders erfolgreichen Landesverbänden sehen: Es macht keinen Sinn, Partei und Regierung als etwas Entgegengesetztes zu sehen. Das wird in Brandenburg nicht gemacht und in Nordrhein-Westfalen nicht, im Saarland nicht und in Niedersachsen nicht. Weil man dort zusammengeht, weil man dort einander stützt und unterstützt, ist man in besonderer Weise erfolgreich. Das ist übrigens einer der Gründe, warum ich euch um Zustimmung bitte.

Liebe Genossinnen und Genossen, was auch immer die Motive für Oskars sehr persönliche und überraschende Entscheidung gewesen sein mögen: Für seine Arbeit schulden wir ihm Respekt und Dank.

(Beifall)

Ich sage ohne jede Einschränkung, gerade auch in Oskars Abwesenheit: Oskar, ohne deine Arbeit wären wir am 27. September nicht so weit gekommen.

(Beifall)

Wir haben für diesen Erfolg am 27. September, den wir nicht verspielen werden – da wird sich noch mancher wundern –, miteinander hart gearbeitet. Wir haben ihn erreicht, weil wir verstanden hatten, daß die Menschen Partei und Regierung als etwas ansehen, was zusammengehört, was nicht gegeneinander ausgespielt werden darf. Liebe Genossinnen und Genossen, das hat nichts damit zu tun, daß irgend jemand von uns in die Verrücktheit verfallen könnte, der SPD ihren programmatischen Charakter zu nehmen – das wäre völlig falsch. Gerade eine Regierung wie die, die ich führe, braucht die Wirklichkeitserfahrungen von 800 000 Mitgliedern.

(Vereinzelt Beifall)

REDE GERHARD SCHRÖDER

Sie braucht deren tägliche Arbeit und deren Erfahrungen, braucht ihre Kritik, braucht aber auch ihre Zustimmung.

Eine Arbeitsteilung darf nicht sein: daß wir, die wir täglich zu entscheiden haben, gleichsam für das Grobe verantwortlich sind und die Partei für die reine Lehre. Das wird nicht funktionieren. Vielmehr werden wir das, was zu entscheiden ist, zusammen entscheiden müssen. Dabei wird es immer darauf ankommen, daß die SPD, daß unsere Partei Gelegenheit erhält, Perspektiven zu entwickeln, weiter zu denken, als eine Regierung in der Tagesarbeit das Erreichte durchsetzen kann. Dieser Grundsatz wird nie aufgegeben. Im Gegenteil, den werde und den will ich verteidigen.

Noch etwas zum Schluß, liebe Genossinnen und Genossen: Wer die Publizisten aller Couleur so liest, stößt immer wieder auf einen Einwand zwischen dem Bundeskanzler einerseits und der Partei andererseits: Da wird viel darüber geschrieben, die Partei liebe mich nicht.

(Zurufe: Oh!)

Ich finde, daß das, was da geschrieben wird, ein Stückchen Richtigkeit hat. Liebe, liebe Genossinnen und Genossen, ist ein großartiger Begriff. Aber ich sage euch: Was die Liebe in des Wortes wirklicher Bedeutung angeht, reicht mir Doris.

(Heiterkeit und Beifall)

Was ich möchte, liebe Genossinnen und Genossen, ist etwas ganz anderes:

Ich möchte durch meine Arbeit euren Respekt. Ich möchte durch meine Arbeit eure Unterstützung. Ich möchte, liebe Genossinnen und Genossen, irgendwann einmal sagen können: Nachdem ich bewiesen habe, daß ich für die Ziele der SPD arbeiten kann, habe ich sogar Zuneigung verdient. Das ist alles, was ich möchte.

In diesem Sinne vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Heiterkeit und langanhaltender Beifall)

Vorsitzender Walter Momper: Lieber Gerhard, ich glaube, es ist wichtig, daß du uns darauf hingewiesen hast – trotz aller Bedrückung über die Situation im Kosovo –, daß die innenpolitischen Aufgaben wei-



terhin anstehen und daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Vordergrund unser aller Arbeit stehen muß.

Wir sind uns, glaube ich, alle einig in der Hoffnung, daß die Politik der Bundesregierung und unser Ringen um den richtigen Weg – auch auf diesem Parteitag – dazu führen mögen, daß die Menschen in den Kosovo zurückkehren und dort in Frieden leben können.

(Beifall)

Ich bitte jetzt die Mandatsprüfungs- und Zählkommission um ihren Bericht. Die Genossin Petra Heß, Landesverband Thüringen, hat das Wort. Petra, bitte.

Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Petra Heß, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 480 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 43 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstandes zusammen.

Anwesend sind 473 Delegierte und 38 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder. 2 Mitglieder des Parteivorstandes sind zugleich Delegierte. Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungskommission geprüft.

Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 222 Frauen. Die Quote ist also erfüllt. Das entspricht einem Anteil von 43,44 Prozent. Im Oktober 1998 in Bonn waren es 44,36 Prozent und im April 1998 in Leipzig 45,7 Prozent.

Der älteste Delegierte ist mit 72 Jahren Karl-Heinz Wolf. Er kommt aus dem Bezirk Westliches Westfalen. Die jüngste Delegierte ist mit 19 Jahren Meike Uhde. Sie kommt aus dem Bezirk Hannover.

Der Parteitag ist damit beschlußfähig. Ich wünsche dem Parteitag einen guten Erfolg.

(Vereinzelt Beifall)

Aussprache

Vorsitzender Walter Momper: Danke schön, Petra.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf: Beratung und Beschlußfassung zum Kosovo-Konflikt. – Das Wort hat Rudolf Scharping in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Antragskommission. Bitte schön, Rudolf.

Bericht der Antragskommission

Rudolf Scharping, Vorsitzender der Antragskommission:

Meine Damen und Herren! Liebe Genossinnen und Genossen! 1961 bekam Ivo Andric den Nobelpreis für Literatur. Er hat in einem kleinen Buch etwas geschrieben, was ich euch zitieren möchte.

„Vielleicht, wenn es denn hätte sein sollen, hätte ich noch zugestimmt, als ein Opfer des Hasses zu fallen. Doch im Haß und mit dem Haß leben, an ihm teilzuhaben, das kann ich nicht. In einem Land wie dem heutigen Bosnien ist einer, der nicht zu hassen versteht oder, was noch schwieriger ist, der bewußt nicht hassen will, eine Art Außenseiter und Mißgeburt und oft genug ein Märtyrer. Ich bin nicht so naiv, in der Welt nach einer Stadt zu suchen, in der es keinen Haß gibt. Nein, ich brauche nur einen Platz, wo ich leben und arbeiten kann. Es scheint jedoch, es gibt im Leben Situationen, in denen die alte lateinische Regel gilt: Rettung gibt es nur durch Flucht. Ich bitte dich, glaube mir nur dies eine: Ich fliehe nicht vor meiner Verpflichtung als Mensch, sondern nur, um imstande zu sein, ihr vollkommen und ungehindert nachkommen zu können.“

Was Ivo Andric über Sarajevo und Bosnien geschrieben hat, stammt aus dem Jahre 1920. Heute reden wir nicht über einen, der vor dem Haß flieht, sondern wir reden über die Hunderttausende, die durch den Haß deportiert und ermordet werden.

Ich will euch sagen, wie das vor sich geht. Ich will es euch längs der Berichte von Beobachtern der OSZE sagen, die aus Deutschland in den Kosovo gingen und aus ihm zurückkehrten.

Wenn ein knapp über 30 Jahre alter Mann berichtet, daß er als Beobachter der OSZE daran gehindert wurde, bestimmte Gebiete zu besuchen, dann mag das ja noch angehen. Wenn er dann aber erzählt, daß er die Erschießung von Menschen erlebt hat und man den Erschossenen den letzten Rest ihrer Würde dadurch raubt, daß man sie mit Baseballschlägern so zertrümmert, daß ihre Angehörigen nicht mehr erkennen können, was das für ein Mensch war, wenn Beobachter der OSZE erzählen, daß nach ihrer Ausreise die Familien, bei denen sie wohnten, systematisch umgebracht werden und daß ihre Dolmetscher, weil sie an-

geblich den Terrorismus unterstützt haben, ebenfalls systematisch umgebracht werden, dann können wir vielleicht verstehen, daß solche jungen Männer – es waren meistens Männer – Tränen in den Augen und ein fast versteinertes Herz haben.

Wenn eine Frau erzählt – ich denke, das sollten wir weder uns noch der deutschen Öffentlichkeit ersparen –, daß morgens um neun maskierte Milizionäre in ihren Ort eingefallen sind, daß sich je drei bis vier von ihnen im gesamten Ort auf alle Häuser verteilt haben, daß sie die Bewohner aufforderten, binnen fünf Minuten das Haus zu verlassen, wenn nicht, würden sie erschossen, daß man ihnen dann das gesamte Bargeld, die Nummernschilder ihrer Autos, die Heiratsurkunden und die Ausweise, den Nachweis über Grundbesitz weggenommen hat, und wenn eine solche Frau mit ihren Kindern den Ort verläßt und auf dem Weg die Leichen von Männern sieht, denen man die Gliedmaßen abgetrennt hat, dann sagt das etwas über die Brutalität und Grausamkeit aus, die jetzt im Kosovo herrschen, und das nicht erst jetzt oder seit gestern.

Wenn die Bewohnerin eines Hauses in der kleinen Ortschaft Brott erzählt, daß sie bei ihrer Vertreibung viele Leichen von Männern ohne Köpfe gesehen hat, wenn sie von einem 5 Kilometer langen Flüchtlingsstreck – fast nur bestehend aus Frauen, Kindern und älteren Menschen – erzählt, wenn sie davon berichtet, wie die Dörfer Haus für Haus mit Handgranaten gesprengt werden, dann versteht man vielleicht etwas besser, was dort geschieht. Ihr solltet wissen: Es steckt System dahinter.

Vor euch liegt eine Dokumentation. Ihr findet dort das Luftbild des kleinen Dörfchens Glodane. Es stammt vom 6. März dieses Jahres. Es zeigt, wie seitens des serbischen Militärs bzw. der paramilitärischen Verbände vorgegangen wird: Erst werden die Dörfer umstellt. Dann werden die Menschen zusammengetrieben. Dann wird jeder Nachweis ihrer Identität zerstört, und es werden das gesamte Geld, der ganze Schmuck und alle Wertgegenstände aus dem Dorf abtransportiert. Danach werden die Häuser zerschossen oder in Brand gesteckt und die Menschen in die Flucht getrieben. Dies geschieht aber erst, nachdem man vor allen Dingen Studierende, Geistliche, Mediziner, Journalisten und andere aus sogenannten geistigen Berufen von ihnen getrennt und oft genug ermordet hat.

BERICHT DER ANTRAGSKOMMISSION

Wenn man dann noch weiß, daß seit langer Zeit sogar die Kirchenbücher aus den Moscheen und aus den wenigen christlichen Kirchen nach Belgrad abtransportiert worden sind, dann ist klar: Das Ziel dieser Politik ist, das Land zu zerstören und den Menschen die Heimat und den Nachweis ihrer Identität zu rauben.

Lassalle hat einmal gesagt, jede politische Aktion beginne damit, auszusprechen, was geschehe. Kofi Annan, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, hat im Zusammenhang mit dem Kosovo am 7. April dieses Jahres davon gesprochen, daß man unter der dunklen Wolke des Völkermords lebe. Die serbischen Behörden hätten offenbar nur ein Ziel, nämlich, so sagte Kofi Annan, so viele Albaner wie möglich zu vertreiben oder zu töten.

Es sind, liebe Genossinnen und Genossen, 760 000 Menschen vertrieben worden, also fast die Hälfte der Bevölkerung im Kosovo. Diese Vertreibung ist nicht vom Himmel gefallen. 1989 hat Milosevic auf dem Amselfeld eine Rede gehalten und ein ethnisch reines Groß-Serbien verkündet. Er hat seither vier Kriege geführt: in Slawonien, in der Krajina, in Bosnien-Herzegowina und jetzt im Kosovo. Allein der Krieg in Bosnien und Herzegowina hat weit über 200 000 Menschen das Leben gekostet. Er führte zu 2 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen.

Manche fragen: Wußtet ihr das nicht vorher? Führen die militärischen Maßnahmen dazu, die Vertreibungen einzudämmen und sie in Zukunft möglicherweise zu verhindern? Manche meinen, die Vertreibungen seien erst durch das militärische Eingreifen der NATO ausgebrochen. Das ist falsch.

Wir wissen mittlerweile sehr genau, daß in der Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien Ende November/Anfang Dezember letzten Jahres ein Operationsplan besprochen worden ist, der das Ziel hatte, während der Verhandlungen und trotz der internationalen Vereinbarungen genau das ins Werk zu setzen, was seit Januar geschieht und was jetzt einen so grauenhaften Höhepunkt erreicht hat. Das ist der Operationsplan mit dem eigenartigen Namen „Hufeisen“.

Im Januar 1999, nachdem man den serbischen bzw. jugoslawischen Generalstabschef abgelöst hatte, weil er sich gegen diesen Operationsplan und den Einsatz der Truppen im Kosovo ausgesprochen hatte, wurden

im Kosovo und in seinen Randgebieten 300 000 Menschen vertrieben. 11 000 Soldaten und Spezialpolizei wurden gegen sie eingesetzt.

Im Februar 1999 gab es während der Verhandlungen in Rambouillet genau so viele Vertriebene. Fast 16 000 Soldaten und Spezialkräfte wurden gegen sie eingesetzt. Im März 1999, vor der Ausreise der OSZE-Beobachter – sie mußten ausreisen, weil für viele von ihnen Lebensgefahr bestand –, stieg die Zahl der Flüchtlinge und Vertriebenen auf über 500 000. 24 000 Soldaten und Spezialpolizei wurden gegen sie eingesetzt.

Im Januar 1999 wurden im Kosovo bestimmte Gebiete gesperrt, um Raum für Manöver und Übungen des Militärs zu schaffen. Damit waren sie der Beobachtung der OSZE und übrigens auch der internationalen Luftüberwachung entzogen. Die Manöver wurden mit scharfer Munition und so durchgeführt, wie ich es geschildert habe. Diese wurden dann ausgedehnt. Dies alles könnt ihr der vorliegenden Dokumentation entnehmen.

Vor diesem Hintergrund stelle ich uns allen eine Frage: Haben wir nicht selbst nach fürchterlichen Erfahrungen in den ersten Artikel unserer Verfassung geschrieben: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“? Glauben wir, man könne die daraus erwachsene Verpflichtung auf das Gebiet unseres Staates beschränken? Was sind internationale Solidarität und Brüderlichkeit wert, wenn wir nicht die Kraft finden, wenigstens dort, wo wir können, zu helfen und das Morden zu beenden?

Es ist ein verzweifelter Versuch gemacht worden. Im März 1998 hatten sich die Vereinten Nationen mit dem Thema beschäftigt und die jugoslawischen Behörden aufgefordert, mit der Vertreibung und Unterdrückung der albanischen Bevölkerung im Kosovo Schluß zu machen. Im Mai 1998 war Milosevic in Moskau und hat gegenüber dem damaligen Präsidenten Jelzin und dem damaligen Außenminister Primakow – der eine ist noch Präsident, der andere ist jetzt Ministerpräsident – Verpflichtungen unterschrieben, die mit allen späteren Forderungen der Europäischen Union, der Kontaktgruppe der NATO und der Vereinten Nationen übereingestimmt haben. Nur, er hat sich an keine diese Verpflichtungen gehalten.

Ab September 1998 sind die Botschafter Hill und Petritsch in einer fast rasenden Diplomatie zwischen den Hauptstädten hin- und hergereist

BERICHT DER ANTRAGSKOMMISSION

und haben versucht, ein Abkommen zustande zu bringen. Wer sagt, Rambouillet sei eine Überraschung gewesen, der irrt und der übersieht etwas. Zu den Verhandlungen in Rambouillet mit deren Fristsetzung wurde nach dem scheußlichen Massaker in Racak eingeladen und danach, als wir erste Hinweise darauf hatten, daß es eine systematische Vertreibung und Ermordung gibt.

Während der Verhandlungen in Rambouillet und in Paris wurde das alles, was ich euch geschildert habe, immer stärker ins Werk gesetzt. Es blieb nur noch ein Mittel. Man entscheidet darüber nicht mit leichter Hand, schon gar nicht mit unbeschwertem Herzen, aber doch mit klarem Verstand. Wenn dieser mörderischen Maschinerie nicht die Kraft genommen wird, dann wird uns Milosevic irgendwann den Waffenstillstand auf dem Friedhof anbieten, und zwar erst dann, nachdem er die gesamte Bevölkerung vertrieben und unterjocht hat.

Wir sollten uns nichts vormachen: Die Beendigung der Gewalt und des Mordens ist schon schwer genug. Sie richtet sich nicht gegen das serbische Volk, wohl aber gegen eine Diktatur, die die Kraft dieses Volkes mißbraucht und sein demokratisches und europäisches Potential unterdrückt, die Serbien daran hindert, Teil der europäischen Familie zu werden.

(Beifall)

Wenn die Kraft dieser mörderischen Maschine nicht gebrochen wird, dann besteht auch keine Chance auf eine wie auch immer geartete politische Lösung.

Der Antrag des Parteivorstandes nennt euch insbesondere in den Ziffern 3.1 bis 3.5 genau jene Elemente, die erreicht werden müssen, um überhaupt eine längerfristige politische Perspektive eröffnen zu können.

Wir haben heute das großartige Engagement, die Hilfsbereitschaft vieler Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und allen anderen europäischen Ländern. Wir haben nicht nur die Hilfsbereitschaft der Hilfsorganisationen, sondern auch die der Angehörigen der Bundeswehr, die diese jetzt in Mazedonien, ein wenig auch in Albanien unter Beweis stellen. Das alles wird aber vergeblich bleiben, es wird nur eine bescheidene Linderung eines entsetzlichen Leids bedeuten, wenn es nicht zur

Einstellung des Mordens, des systematischen Tötens und Vertreibens im Kosovo kommt. Wenn die Waffen schweigen sollen, dann muß Milosevic das Morden und Töten einstellen und seine Mörderbanden in den Kasernen aus dem Kosovo herausholen. Ansonsten kann in diesem Teil Europas Frieden nicht einkehren.

(Beifall)

Was ihr in diesem Antrag unter den genannten Ziffern findet, geht auf eine Initiative der Bundesregierung zurück. Ihr haben sich mittlerweile alle NATO-Staaten, auch die Vereinigten Staaten angeschlossen. Ihr haben sich die Außenminister der Europäischen Union angeschlossen, auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen. Wir alle wissen aber auch: Die Abwesenheit von Gewalt ist noch lange nicht Frieden. Frieden entsteht durch die Anwesenheit von Versöhnung. Dafür müssen wir etwas tun. Das versucht der Antrag deutlich zu machen. – Ich will dazu einige ergänzende, vielleicht auch weiterführende Bemerkungen machen.

Die Grundlage dessen, was wir vorschlagen, ist der Versuch, aus den friedensstiftenden Erfahrungen der Integration der Europäischen Union die geeigneten Schlußfolgerungen für die Entwicklung auf dem Balkan zu ziehen. Es ist der Versuch, aus den Ergebnissen sozialdemokratischer Entspannungs- und Friedenspolitik, die einen Schlußstein fand in jener Schlußakte von Helsinki im Jahr 1975, Erfahrungen zu entwickeln, die für den Balkan und seine Entwicklung brauchbar sind.

Gleichgültig, was wir im einzelnen diskutieren und wie die Entwicklung sein wird: Ich bin davon überzeugt, daß am Ende die Europäische Union, die Vereinigten Staaten und Rußland eine gemeinsame Verantwortung für die friedliche Entwicklung und für ihre Garantie und ihr Fundament auf dem Balkan werden übernehmen müssen.

Im Kosovo sind jetzt mindestens 200 Dörfer und Siedlungen vollständig zerstört. Das ist das Ergebnis der Vertreibung und der Brutalität, die dahintersteckt. Es sind Zukunftsträume und Lebenshoffnungen von Tausenden und Abertausenden von Menschen zerstört. Es wird lange Zeit brauchen, nicht nur die Infrastruktur wieder aufzubauen, nicht nur Leid zu lindern, auch die Herzen wieder nach und nach für Versöhnung zu öffnen und ein Stück zu heilen.

BERICHT DER ANTRAGSKOMMISSION

Dieser Prozeß muß den Respekt vor Minderheiten, die Rückkehr der Flüchtlinge, die Achtung unterschiedlicher Herkunft, Religion oder Überzeugung genauso beinhalten wie den Aufbau einer unabhängigen Presse, einer unabhängigen Justiz, den Aufbau der zivilen Wurzeln eines friedlichen Miteinanders. Das wird Zeit brauchen. Einen Baum zu fällen braucht weniger als eine Stunde; bis ein neuer Baum wächst, braucht es unglaublich viel Zeit, in diesem Fall auch sehr viel Hilfe.

Im übrigen, liebe Genossinnen und Genossen, stecken in dieser Entwicklung noch einige weiterführende Fragen. Ich weiß, daß die Debatte über das Völkerrecht ernst zu nehmen ist und daß man verschiedener Auffassung darüber sein kann, wie belastbar die völkerrechtliche Grundlage des Handelns der NATO-Mitgliedstaaten ist. Man muß dies in allem Ernst diskutieren. Wenn es aber keine Diskussion werden soll, die in Sackgassen führt, dann ist sie mit weiterführenden Fragen verbunden. Ich will sie stellen, zumindest vier davon.

Erlaubt die Souveränität eines Staates, daß in diesem Staat Massenmord begangen wird? Erlaubt die Souveränität eines Staates also, daß in diesem Staat Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen werden? Diese Frage hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen am 9.4. in Genf beantwortet. Er sagte: Die Vereinten Nationen und der Weltsicherheitsrat werden nicht zum letzten Refugium derjenigen, die unter dem Deckmantel der Souveränität ihres Staates Massenmord, Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen.

(Beifall)

Er hat recht; die Weiterentwicklung des Völkerrechts muß hier ansetzen.

Die zweite Frage ist: Beinhaltet die Souveränität eines Staates das Recht zur Deportation einer ganzen Bevölkerung, und zwar so, daß die Souveränität der Nachbarstaaten mißachtet wird? Das genau geschieht jetzt insbesondere gegenüber Mazedonien und Albanien, wo aus Gründen der Menschlichkeit und unter großen Belastungen Flüchtlinge, Vertriebene und Deportierte aufgenommen werden. Es ist aber wahrlich nicht deren souveräne Entscheidung, alle Konsequenzen tragen zu müssen, die sich aus dem skrupellosen und brutalen Vorgehen im Kosovo und durch die jugoslawische Armee ergeben.

Die dritte Frage lautet: Ist es auf Dauer vertretbar, daß in den Vereinten Nationen und im Weltsicherheitsrat, gegründet auf das Privileg der alten Atomkräfte, ein Veto ausgeübt wird, das jedes Mehrheitsprinzip außer Kraft setzt? Als der Weltsicherheitsrat Ende März über den Kosovo diskutierte, waren 15 Mitglieder anwesend, wie es sich gehört. Zwölf von ihnen haben sich für ein Eingreifen in Jugoslawien ausgesprochen, drei nicht: Rußland, China und Namibia. Die Frage, die dahintersteckt, ist: Finden wir einen Weg, der das ermöglicht, was jedem Rechtsstaat und jeder Rechtsordnung zu eigen ist, daß nämlich nicht das Privileg der Macht ein Veto begründet, das die Anwendung von Recht und mehrheitlicher Interpretation desselben völlig ausschließt?

Das sind ernste Fragen. Ich weiß, daß sie nicht auf die Schnelle beantwortet werden können, auch nicht in einem solchen Antrag.

Ich füge noch ein Viertes hinzu: Wer die Entwicklung auf dem Balkan seit 1989, die Kriege und die Zahl der Ermordeten und Vertriebenen ernst nimmt, der kann für unser künftiges Handeln nur einen einzigen Schluß ziehen – auch aus den Fehlern, die die westliche Staatengemeinschaft in den letzten zehn Jahren gemacht hat –: Unsere Fähigkeit, Krisen nicht zuerst als militärische Konflikte zu begreifen, sondern ihre ökonomischen, ihre sozialen, ihre kulturellen, manchmal auch ihre ökologischen Ursachen frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen, unsere Fähigkeit, in diesem Sinne vorbeugend politisch zu handeln, muß deutlich gestärkt werden.

(Beifall)

Das gilt für die Europäische Union. Das gilt auch für die NATO. Das gilt für alle in der westlichen Staatengemeinschaft.

Liebe Genossinnen und Genossen, laßt mich die Empfehlung, die ich euch gebe, nämlich den Antrag des Parteivorstandes in der Fassung der Antragskommission mit großer Mehrheit zu unterstützen, mit einer eher persönlichen Anmerkung schließen. Ich schließe die eher private Empfehlung ein, den Ernst des Themas, mit dem wir uns beschäftigen, nicht nur in der Art unserer Diskussion, sondern auch in der Art, wie wir darüber abstimmen, sichtbar werden zu lassen.

Meine persönliche Anmerkung ist die folgende: Manches wächst nur durch Prüfung. Das kann sehr hart sein. Es kann auch bittere Aspekte haben.



Was Gerhard Schröder und seine Aufgabe als Vorsitzender der SPD angeht:

Wir hatten zu viele Vorsitzende in den letzten zehn Jahren. Das ist für die Wahrnehmbarkeit von Kontinuität und das Bilden von Vertrauen eher schlecht. Ein Vorsitzender der SPD braucht die kritische Begleitung, vor allen Dingen aber die vertrauensvolle Zusammenarbeit der gesamten Partei.

Die SPD wird nie eine Applausmaschine. Aber freut euch bitte auch über die Erfolge, die wir uns erarbeiten.

(Beifall)

Die SPD sollte auch nie reine Kritisiermaschine sein, sondern mit wachem Verstand und mit dem notwendigen Vertrauen der Regierung helfen und sie mit vorwärtsweisenden Ideen beflügeln.

Und was mich selbst angeht und viele andere: Wenn man diese Unterstützung spürt – ob man sie Liebe, Zuneigung oder sonst etwas nennt, Gerhard –, eines finde ich wichtig: daß wir so miteinander umgehen,

daß die Menschen in unserem eigenen Handeln und in unserem eigenen Umgang miteinander spüren können: Die wollen wirklich den Zusammenhalt der Menschen und die Solidarität der gesamten Gesellschaft.

In diesem Sinne kann die SPD eine gute Heimat sein. Aber, wie gesagt: Manches wächst durch Prüfung und nur durch Prüfung.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Aussprache

Vorsitzender Walter Momper: Rudolf, danke für deinen eindrucksvollen Bericht. Die Ernsthaftigkeit, mit der du hier vorgetragen hast, mit der du ersichtlich auch ansonsten dein Amt ausübst, wird uns allen Vorbild bei der nun folgenden Diskussion sein.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich rufe als ersten Redner Hermann Scheer vom Parteivorstand auf. Bevor er das Wort bekommt, möchte ich alle Redner daran erinnern, daß die Redezeit auf fünf Minuten begrenzt ist. Ich bitte um Nachsicht, daß wir nach Ablauf dieser Zeit hemmungslos abklingeln werden.

Auf Hermann Scheer folgt Henning Scherf.

Hermann hat das Wort.

Hermann Scheer, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Alle politischen Schritte, die in dem Antrag des Parteivorstands empfohlen werden für den Zeitpunkt nach einem Waffenstillstand, hin zu einer Reintegration in neuer Form, und zwar, weil es leider nicht anders geht, militärisch abgesichert, halte ich uneingeschränkt für richtig. Es wäre eine Revision einer völlig gescheiterten desaströsen Jugoslawienpolitik der 90er Jahre.

Ich stimme trotzdem gegen den Antrag, weil er in zwei für mich eng miteinander zusammenhängenden Kernfragen eine unbestimmte und damit nicht befriedigende Antwort gibt.

Die eine Kernfrage lautet: Erzwingen die Bilder des Grauens, von denen Rudolf viel und richtigerweise gesprochen hat, die weit mehr zeigen als eine humanitäre Katastrophe – für mich ein viel zu bürokratisches Wort –, die Weiterführung der militärischen Eskalation, selbst wenn es kein definiertes Ende gibt, außer Milosevic lenkt ein? Oder erzwingen sie die politisch eingeführte Deeskalation und die Rückkehr zu einer politischen Initiative?

Man kann es auch zuspitzen: Sollen wir das, was wir an Schritten zur Deeskalation tun, allein vom Verhalten Milosevics abhängig machen, ob er einlenkt oder nicht, also von jemandem, der offenkundig zu allem fähig ist?

Aus diesem Grunde komme ich zu der Schlußfolgerung: Dieses kann nicht rationale Politik sein. Die ganze Bombardierung wurde als Nothilfe und als Ultima ratio zur Verhinderung einer Katastrophe begründet. Ultima ratio heißt: Allerstrengste Prüfung, ob es wirklich die Ultima ratio ist, ist notwendig.

Jetzt prüfe ich einmal für mich, wie ich das seit vielen Tagen tue: War das, was hier stattgefunden hat, das Ultimate? Ich glaube nicht. Vor Beginn der Bombardierung war es der größte Fehler – diesen gilt es politisch zu bereinigen –, daß die NATO versucht hat, diesen Vorgang, wenn es um den militärischen Teil ging, allein zu lösen und die Rolle der OSZE und der UNO für sich zu übernehmen. Das war der grundlegende politische Fehler für die ganze militärische Implementierung dieses Friedensabkommens.

(Beifall)

Es stellt sich die Frage: Warum hat eventuell im UN-Sicherheitsrat ein Veto von Rußland bevorgestanden? Das liegt doch auch daran, daß Rußland nicht einverstanden war, daß der militärische Teil der Implementierung allein von der NATO bestimmt werden sollte.

Selbst wenn das falsch wäre: Wir haben bei dieser Sache in Kauf genommen – und ich will das nicht grundsätzlich verdammen –, daß das Völkerrecht, das NATO-Statut und das Grundgesetz beiseite geschoben worden sind. Ich nehme bewußt ein neutrales Wort. Warum ist man dann nicht von den bisherigen Verfahrensregeln der UN abgewichen, statt sich allein vom UN-Sicherheitsratsvotum, einem eventuellen Veto abhängig zu machen?

Es gibt auch in der UNO Präzedenzfälle, wo der UN-Sicherheitsrat mit Mehrheit, aber bei Veto die Entscheidung an die Vollversammlung delegiert hat. Dann ist entschieden und gehandelt worden.

Dann stellt sich die große Frage: Ist die gegenwärtige Ratio die richtige? Fast alle sagen inzwischen, daß das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes eingetreten ist, von Marion Gräfin Dönhoff bis zu vielen, vielen anderen. Ich sage nicht – da hat Rudolf recht –, daß es nicht bereits vorher Massaker gab. Natürlich hat das alles schon vorher begonnen. Aber mit dem Beginn der Aktion ist die Brutalisierung vorangeschritten, haben sich diese Vorgänge exzeßartig ausgeweitet. Die Hilfsorga-

AUSSPRACHE

nisationen und auch die OSZE mußten abgezogen werden. Milosevic ist politisch gestärkt und nicht geschwächt worden.

(Beifall)

Wo ist die politische Konsequenz? Wo ist das Ende der militärischen Eskalation, unabhängig vom Tun Milosevics, bis hin zu den innenpolitischen Konsequenzen in Rußland, die fürchterliche Dimensionen annehmen können?

Ich komme zum Schluß. Hier hat eine tödliche Epidemie Platz gegriffen. Es wurde ein Medikament verabreicht. Danach ist die Fieberkurve gestiegen. Also muß man dieses Medikament absetzen und den Vorgang wieder in die Hand der UNO legen. Das ist die richtige Antwort.

(Beifall)

Vorsitzender Walter Momper: Liebe Genossinnen und Genossen, Henning Scherf hat das Wort. Ihm folgt Sigrid Skarpelis-Sperk vom Parteivorstand.

Haltet bitte die Redezeit ein. Der nächste Redner möge sich bei Aufruf schon fertigmachen.

Henning, du hast das Wort.

Henning Scherf, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich wollte mit etwas ganz Persönlichem anfangen. Ich wurde in eine Familie hineingeboren, die während der Nazizeit verfolgt wurde. Meine Eltern und alle, die mit ihnen dieses Schicksal erlitten haben, haben mir seit Kindheit dieses „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ eingebleut. Das war praktisch die erste politische Botschaft, die ich mir in meinem politischen Leben angeeignet habe.

Ich hatte in den folgenden Jahren diese Haltung beherzigt und wurde anerkannter Kriegsdienstverweigerer. Ich stehe bis heute zu dieser Entscheidung. Ich will euch aber auch sagen, daß ich von Anfang an immer gewußt habe, daß diese Haltung nur möglich ist, wenn es eine politische Alternative zum Krieg gibt. Ich habe also immer versucht, meine individuelle Entscheidung politisch zu begleiten. Darum bin ich in die SPD eingetreten und nicht, weil die SPD eine pazifistische Organisation ist. Mir war klar, daß ich mich politisch verbünden mußte, um über-

AUSSPRACHE

haupt eine Chance zu haben, wirksam gegen Krieg und Faschismus einzutreten.

Warum sage ich das? Wir stehen jetzt genau in diesem Konflikt. Wir müssen uns entscheiden, ob wir Vertreibung und Mord, der bis an Genozid grenzt, weiter geschehen lassen wollen, oder ob wir etwas dagegen tun wollen. Meine Haltung ist: Bitte, laßt uns nicht die Vorstellung erwecken, die Deutschen allein könnten die Weltprobleme lösen oder die Sozialdemokratische Partei in Deutschland allein könnte diesen entsetzlichen Konflikt beenden! Wir können dieses Problem nur im Rahmen sorgfältig geplanter Bündnisse lösen. Wir kommen aus dieser Sache nur heraus, wenn wir bündnisloyal sind. Keiner soll glauben, es reiche aus, zu sagen: Das war's. – Wir müssen ein Ausstiegsszenario finden, das natürlich nur mit unseren Bündnispartnern zu verwirklichen ist.

In diesem Zusammenhang liegt in der Person Kofi Annans eine ganz große Chance. In dem, was er letzte Woche angefangen hat und diese Woche in Brüssel fortführt, liegt die Hoffnung, dieses Morden zu beenden. Die Haltung, bedingungslos und ohne Berücksichtigung der Realität mit den militärischen Aktionen aufzuhören, bewirkt genau das Gegenteil von dem, was jetzt notwendig ist. Notwendig ist Loyalität gegenüber denjenigen, die an diesem Beratungsprozeß teilnehmen, weil nach allem, was ich weiß, darin die einzige, realistische Chance liegt, das Kämpfen und das gegenseitige Umbringen zu beenden.

Darum sage ich: Bitte, bringt die SPD nicht in eine Lage, die die Öffentlichkeit dazu bewegt, zu sagen, wir allein könnten einen solchen Krieg und ein solches grausames Massaker, wie es der serbische Präsident mit seinen Militärs durchführt, beenden. Die einzige Chance ist, daß wir nicht nur loyal gegenüber der NATO, sondern auch loyal gegenüber ihren Verbündeten und der Völkergemeinschaft sind. Wenn wir diese Balance einhalten und sorgfältig miteinander reden wollen, dann müssen wir massiv und überzeugend dafür votieren, daß diese Verhandlungschancen unser Hauptbeweggrund für unsere Entscheidung auf diesem Parteitag ist.

Ich bitte euch von Herzen: Wer den Waffenstillstand und den Frieden in dieser Region will, wer das Beenden des Treibens faschistischer Mörderbanden wirklich will, muß mit den Bündnispartnern und mit Hilfe

AUSSPRACHE

des UNO-Generalsekretärs Verhandlungsmöglichkeiten über einen Waffenstillstand konkretisieren. Wir wollen in den nächsten Wochen verhandlungsfähig bleiben. Darum trete ich engagiert für den Antrag des Parteivorstandes ein.

(Beifall)

Vorsitzender Walter Momper: Jetzt hat Sigrid das Wort. Ihr folgt Franz Müntefering. – Bitte, Sigrid.

Sigrid Skarpelis-Sperk, Parteivorstand: Genossinnen und Genossen! Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte führt eine sozialdemokratische Bundesregierung unser Volk in eine militärische Auseinandersetzung. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte verantwortet ein sozialdemokratischer Verteidigungsminister den Einsatz von deutschen Truppen in einem Krieg. Deswegen führen wir hier und heute eine historisch wichtige Diskussion. Es ist gleichzeitig eine Entscheidung über die Prinzipien, über den richtigen Weg und über die richtigen Mittel. Es ist eine zutiefst bewegende Frage, wie wir das Recht auf Leben und Gesundheit, das Recht auf Heimat und auf Beachtung der Menschenrechte praktisch durchsetzen können. Diese Frage macht die Debatte so notwendig, aber auch so schwierig und emotional bewegend.

Wir müssen in diesem Zusammenhang fünf Fragen stellen und beantworten. Die erste Frage: Hatten wir das Recht, den Kosovo-Krieg zu erklären und zu führen? Die zweite Frage: Welche Ziele wollten wir mit dem Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien erreichen? Die dritte Frage: Werden diese Ziele durch die militärischen Angriffe der NATO erreicht? Die vierte und die fünfte Frage sind für mich die wichtigsten Fragen: Wie bekommen die leidenden Menschen, die hunderttausend Flüchtlinge und Vertriebenen in Albanien und Mazedonien am schnellsten Hilfe, und was geschieht mit den Binnenflüchtlings im Kosovo, die derzeit zwischen den Fronten der UCK und der Serben unter den Bomben der NATO umherirren und leiden? Fünftens: Wie kommen wir so schnell wie möglich zu einem dauerhaften Frieden und zur Rückkehr der Flüchtlinge und der Vertriebenen?

Die erste Frage ist die bedrückendste Frage. Hatten wir als Bundesrepublik Deutschland das Recht, uns am Kosovo-Krieg zu beteiligen? Die Antwort muß lauten: Nach dem Völkerrecht nein. Der UNO-Generalsekretär wurde übergangen und die UNO-Charta verletzt. Deutsch-

land hat gleichzeitig einen weiteren Vertrag gebrochen, nämlich den Zwei-plus-Vier-Vertrag, der den kalten Krieg beendete. In diesem Vertrag haben wir unseren Nachbarn und Rußland zugesagt, wir würden die Waffen nur zu unserer eigenen Verteidigung und zur Verteidigung des Bündnisses und nur dann gegen andere einsetzen, wenn ein UNO-Mandat vorliegt.

(Vereinzelt Beifall)

Andere haben zu Recht von dem Vertrauen und der Notwendigkeit der Verlässlichkeit gegenüber den Bündnispartnern gesprochen. Aber ich frage: Haben wir damit nicht auch das Vertrauen gegenüber denjenigen gebrochen, mit denen wir diesen Friedensvertrag geschlossen haben? Was sollen diese Länder von unserer Vertragstreue nun denken? Welches Vertrauen besteht noch zwischen Deutschland und Rußland?

Angesichts der Erklärung, daß uns die Menschenrechte so wichtig sind, müssen wir uns von den Kurden fragen lassen: Warum gelten diese Rechte nur für die Kosovaren und nicht für uns?

(Vereinzelt Beifall)

Warum hat die NATO nicht den Mut, einem NATO-Partner – der Türkei – deutlich zu machen, daß Mord und Vertreibung, ethnische Säuberung und das Bombardieren ganzer Städte nicht toleriert werden können?

(Vereinzelt Beifall)

Die 200 000 Krajina-Serben, die von den Kroaten mit Hilfe und unter Anleitung pensionierter US-Generäle vertrieben worden sind, werden fragen: Warum gilt in diesem Fall das Recht auf Heimat nicht auch für die Serben? Werden wir, Genosse Bundeskanzler, die Rückkehr der Krajina-Serben in die kroatische Krajina verlangen?

(Vereinzelt Beifall)

Das sind Fragen, die sich nicht nur Friedensbewegte stellen, sondern auch Menschen wie der ehemalige Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten und Sicherheitsberater Schlesinger. Er fragt: Muß nicht gleiches Recht für alle auf dem Balkan gelten? Gilt für die Männer und Frauen in Afghanistan und in vielen Regionen Afrikas nicht dasselbe Recht?

AUSSPRACHE

Die zweite Frage ist: Was wollten wir mit dem Kosovo-Krieg erreichen?

Wir alle wollten eine humanitäre Katastrophe vermeiden. Gleichzeitig hat Gerhard Schröder zu Recht gesagt – ich habe ihm in diesem Punkt im Bundestag Beifall geklatscht –: Wir führen keinen Krieg gegen das serbische Volk und die Montenegriner. Tatsache ist, daß in diesem Krieg nicht nur militärische Ziele wie Sonder-Polizei und die jugoslawische Armee, sondern auch Heizkraftwerke, Brücken und Wohnblöcke getroffen worden sind. Die NATO kann nicht behaupten, sie treffe nur militärische Ziele, ohne gleichzeitig zu wissen, daß diese Art von Luftkrieg notwendigerweise auch Zivilisten treffen mußte und weiterhin treffen wird.

(Vereinzelt Beifall)

Der für mich wichtigste Punkt sind aber die Vertriebenen und die Flüchtlinge außerhalb Jugoslawiens, in Montenegro und im Kosovo selbst. 500 000 Binnenflüchtlinge – so das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen – sind derzeit im Kosovo gefangen, zwischen den Fronten der Serben und der UCK und mit der NATO über sich. Nur, keine Fernsehbilder berichten von ihrem Schicksal, niemand hilft ihnen; es gibt keinerlei Hilfslieferungen in den Kosovo.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin keine Pazifistin. Für mich ist das Recht auf Selbstverteidigung eine wichtige Sache. Wir müssen die Flüchtlinge und Vertriebenen unterstützen. Aber was ist eigentlich verloren, wenn wir dem Oster-Appell des Papstes folgen und einen Waffenstillstand und einen humanitären Korridor zur Versorgung der Kosovoflüchtlinge im Kosovo gestatten? Was ist daran eigentlich so schlimm?

(Beifall)

Vorsitzender Walter Momper: Sigrid, komm bitte zum Ende.

Sigrid Skarpelis-Sperk, Parteivorstand: Hat die NATO denn nicht gezeigt, daß sie stärker ist, daß sie alles zusammenbombardieren kann? Kann man nicht dem Appell des Papstes folgen und wenigstens in dieser Frage einen humanitären Korridor und einen Waffenstillstand zugunsten dieser Flüchtlinge einrichten?

Gestattet mir einen letzten Satz als Geburtstagsgeschenk.

Vorsitzender Walter Momper: Sigrid, bitte.

Sigrid Skarpelis-Sperk, Parteivorstand: Meine Mutter hat mich vor 54 Jahren unter dem Donner russischer Kanonen in Prag geboren. Sechs Monate danach mußte sie die Sudetengebiete verlassen. Die folgenden zehn Jahre meiner Kindheit habe ich in Flüchtlingslagern, in Auffanglagern, in Kinderkrankenhäusern, in Notunterkünften und in Kinderheimen verbracht.

Vorsitzender Walter Momper: Sigrid, ich bitte dich wirklich, zum Ende zu kommen. Wir sind großzügig mit der Zeit, aber bitte werde fertig.

Sigrid Skarpelis-Sperk: Ich habe meinen Vater das erste Mal mit zehn Jahren gesehen. Ich meine, wir haben nicht nur eine Verantwortung gegenüber unseren Bündnispartnern. Unsere erste Verantwortung muß deswegen der humanitären Lage der Flüchtlinge im Kosovo und außerhalb gelten.

(Beifall)

Vorsitzender Walter Momper: Das Wort hat Franz Müntefering, Nordrhein-Westfalen. Ihm folgt Andrea Nahles.

Franz Müntefering, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir stehen heute nicht vor der Entscheidung, ob wir den Krieg gegen Milosevic zusammen mit den Verbündeten führen. Die Entscheidung ist gefallen. Sie wird von der ganz großen Mehrheit des Deutschen Bundestages getragen. Das war und ist eine Entscheidung für ein friedliches und ein sicheres Kosovo. Das ist keine Entscheidung gegen ethnische Gruppen gewesen. Das ist keine Entscheidung gegen Serbien gewesen. Das ist keine Entscheidung für eine Vernichtung Serbiens gewesen. Das ist keine Entscheidung für Vertreibung gewesen.

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist uns schwergefallen, diese Entscheidung zu treffen. Dabei haben uns drei Tatbestände geholfen.

Der erste Tatbestand ist die Erfahrung aus dem Krieg in Bosnien-Herzegowina. Ich weiß nicht, wie es euch gegangen ist. Ich bin sicher, vielen ist es in den vergangenen Jahren genauso wie mir gegangen. Daß wir neun, zehn Jahre zugeschaut haben, wie in diesem Teil Europas, der im Osten Europas immer der fortschrittlichste war, Mord und Totschlag

AUSSPRACHE

herrscht, ist kein Ruhmesblatt für die Demokratien in Europa gewesen. So war mein Gefühl, und so ist es auch heute, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir haben zugestimmt, weil wir uns nicht noch einmal die Bequemlichkeit des Zuschauens und des Bedauerns gönnen wollten, sondern weil wir mit dem ehrlichen Bemühen eingreifen wollten, die Not, die Drangsal der Menschen dort zu beenden.

Der zweite Grund, der es uns leichter gemacht hat, dieser Entscheidung zuzustimmen, war, daß wir an der Seite vieler anderer Demokratien stehen. Genossinnen und Genossen, das ist nicht wenig. Diese Demokratien waren in der Vergangenheit auch einmal diejenigen, die Europa vom Nationalsozialismus befreit haben.

Der dritte Grund, zuzustimmen, war, daß wir an der Seite vieler Sozialdemokraten und Sozialisten in anderen Ländern Europas und anderswo stehen. Sozialdemokraten haben in ihrer Geschichte immer die Friedenstaube gemocht. Aber wenn es darauf ankam, dann hatten sie auch die Faust: Seien es die Diktaturen im Süden Europas, seien es die Diktaturen in Süd- und Mittelamerika. An vielen Stellen der Welt haben Sozialdemokraten die Bereitschaft gezeigt, sich für die Freiheit der Menschen zu engagieren und zu kämpfen.

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt nun Kritik.

Der erste Kritikpunkt lautet, daß das Ziel unklar sei. Das ist falsch. Das Ziel ist ganz eindeutig. Das Ziel heißt: Im Kosovo sollen diejenigen Menschen leben können, die dort ihre Heimat haben und die dort sicher leben wollen. So lautet das Ziel, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Milosevic hat den Anspruch verspielt, Herrscher im Kosovo zu sein. Wir wissen, dieses Ziel ist nicht verhandelbar. Das Ganze wird damit enden müssen, liebe Genossinnen und Genossen – wenn wir wirklich wollen, daß die Menschen im Kosovo in Frieden leben können –, daß im Kosovo nicht mehr Milosevic, sondern eine internationale Truppe wehrfähig und wehrwillig garantiert, daß die Menschen dort in Frieden leben können. Das ist das Ziel der Operation.

Der zweite Kritikpunkt lautet, daß das Ziel bisher nicht erreicht sei. Das ist richtig, Genossinnen und Genossen. Hat irgend jemand hier geglaubt, Milosevic werde die weiße Fahne hissen und nach drei Tagen oder drei Wochen klein begeben? Nein, gerade anders herum wird daraus ein Schuh, liebe Genossinnen und Genossen. Milosevic hat in den vergangenen Jahren nämlich immer wieder erfahren, daß er mit seinem Trixen und Taktieren zum Schluß immer wieder recht behalten hat. Erst hat er immer Verhandlungen beschworen, und dann ist er doch immer wieder zur alten Brutalität zurückgekehrt. Dieses Mal muß klar sein: Wir fallen nicht darauf herein; vielmehr muß Milosevic der Verlierer sein. Das ist die bittere und harte Wahrheit.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen im Augenblick für das bezahlen, was wir in den vergangenen Jahren versäumt haben. Milosevic ist nicht deutlich genug gemacht worden, wo die Toleranzgrenze der Demokratien liegt. Deshalb muß dies diesmal deutlich werden; sonst werden wir wieder diejenigen sein, die Gutes gewollt haben und zum guten Schluß zugelassen haben, daß Milosevic seine Brutalität fortsetzen kann.

Der dritte Kritikpunkt lautet, die NATO und nicht die UNO handle. Das ist richtig. Es wäre schöner, die UNO würde handeln. Aber wenn Rußland, China und Namibia nicht mitmachen, liebe Genossinnen und Genossen, dann kann das Nichthandeln der UNO für Sozialdemokraten kein Alibi sein, an dieser Stelle wieder beiseite zu blicken. Wir machen mit Sozialdemokraten und anderen Demokraten zusammen möglich, daß die Menschen im Kosovo in Zukunft wieder in Frieden leben können.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, das Jahr 1999 wird darüber entscheiden, ob die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung eine Epoche gestalten kann oder eine Episode wird. Ich bin sicher, daß wir die Chance nutzen werden. Wir werden sie aber nur nutzen können, wenn Partei und Regierung dicht beieinander sind und wenn wir dies klipp und klar herausstellen. Wir wissen, dieser Parteitag kann die Richtung bestimmen. Wir wissen, dieser Parteitag kann keine Details bestimmen. Parteitage sind keine Sandkästen, wo man Friedens- und Konfliktstrategien bis zum letzten Zug bestimmen kann. Wir brauchen

AUSSPRACHE

für diejenigen, die regieren, einen Vertrauensvorschuß – für Gerhard Schröder, für Rudolf Scharping und für all diejenigen, die für uns verantwortlich Politik gestalten.

Wir werden heute nicht jedes Detail, das in den nächsten Wochen behandelt werden muß, besprechen können. Wir brauchen dieses Vertrauen. Wenn dieser Krieg hoffentlich bald vorbei ist, dann werden sich die Interessen wieder auf andere Dinge im Lande richten. Dann wird sich die Frage stellen: Haben wir zusammengehalten – ja oder nein? Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte euch herzlich darum. Gerechtfertigt ist dies allemal.

Vielen Dank.

Vorsitzender Walter Momper: Das Wort hat Andrea Nahles. Ihr folgt Peter Struck, Bundestagsfraktion. Bitte, Andrea.

Andrea Nahles, Vorsitzende der Jungsozialisten: Liebe Genossinnen und Genossen! 54 Jahre hat es gedauert, bis eine rot-grüne Bundesregierung die Beteiligung deutscher Truppenverbände an einem Krieg beschlossen hat. Zum ersten Mal ist eine Bundesregierung damit voll in die militärische Logik der NATO eingebunden. Das ist eine unabweichliche Folge einer Einschränkung ihrer autonomen Entscheidungsmöglichkeiten.

Ich frage aber diesen Parteitag hier: Was heißt das für uns? Ist es ein unverantwortlicher Sonderweg, wenn wir hier heute nach Alternativen zu einem bloßen „Weiter so“ mit den Bomben suchen? Ich sage an dieser Stelle ganz klar: Es muß möglich sein, Handlungsspielräume zu nutzen, und es muß möglich sein, die militärische Logik durch eine politische Logik zu ersetzen.

(Beifall)

Ich bin wirklich sehr dankbar dafür, daß Pazifisten in dieser Partei Platz haben. Pazifismus heißt: Verzicht auf Gewalt bei Einsatz des eigenen Lebens. Von Leuten, die so etwas machen, sitzen hier sehr wenige. Es gibt hier wenige Gandhis, und es gibt hier auch wenige Träumer. Aber es gibt hier doch eine ganze Menge Sozialdemokraten, die wollen, daß wir eine befristete Feuerpause machen,

(Teilweise Beifall)

um überhaupt eine ernsthafte Chance auf Waffenstillstandsverhandlungen zu haben. Diese Waffenstillstandsverhandlungen wollen wir auch nicht ohne Kriterien machen. Wer den Initiativantrag 3 liest, wird feststellen, daß wir uns in vollem Umfang den Forderungen von Kofi Annan und von Gerhard Schröder anschließen, was die Frage des Rückzugs der Truppen Milosevics, was die Frage der Rückkehr der Kosovo-Albaner in den Kosovo und was die Absicherung durch eine UNO-Truppe angeht. Wenn das eine pazifistische Argumentation ist, dann heiße ich August. Das ist eine politische Alternative zu dem „Weiter so“ mit Bomben. Das bitte ich auch heute hier so zu würdigen.

(Teilweise Beifall)

Ich füge hinzu: Im Initiativantrag 3 geht es darum, daß wir ganz klar sagen: Wir brauchen dringend einen humanitären Korridor für diejenigen – das sind über 500 000 Flüchtlinge –, die innerhalb des Kosovo immer noch gefangen sind und zwischen Scharmützeln und Bombardements zerrieben werden. Hier wird von Humanität gesprochen. Auch diese Menschen brauchen eine humanitäre Versorgung, und diese können wir nur mit einem humanitären Korridor hinbekommen. Das ist Gegenstand dieses Antrags.

(Teilweise Beifall)

Deswegen verwahre ich mich gegen die sehr unterschwellige Unterstellung von dir, Rudolf, der du eben gesagt hast: Es gibt nur eine Entscheidung, nämlich die, zu sagen: Wir machen jetzt einfach die NATO-Logik mit. Wollen wir – das ist die Alternative, über die wir hier abstimmen – diese Bundesregierung nicht auffordern, eine politische Initiative für eine Feuerpause zu ergreifen, um den humanitären Korridor und einen Waffenstillstand auf den Weg zu bringen? Um nichts anderes geht es. Laßt uns das bitte in gegenseitigem Respekt diskutieren und es nicht durch Unterstellungen, daß die andere Seite die humanitären Aspekte nicht berücksichtigt, kaputtmachen!

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Walter Momper: Peter Struck hat jetzt das Wort. Danach möchte ich Frau Arbana Vidishiqi aufrufen, zu uns zu sprechen. – Bitte, Peter.

Peter Struck, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion:

Liebe Genossinnen und Genossen! Dieser Parteitag steht unter dem Motto „Verantwortung“. Verantwortung heißt, daß man entscheiden muß. Man muß in der Bundesregierung, in der Bundestagsfraktion und im deutschen Parlament entscheiden. Man kann sich nicht vor einer Entscheidung drücken, und man kann hier auch keine Formelkompromisse, die man in der Opposition manchmal als Ausweg gefunden hat, schließen. Es geht schlicht um die Frage – ich bin Andrea Nahles dankbar, daß sie genau auf diesen Punkt hingewiesen hat –: Wollen wir eine Feuerpause? Wollen wir einen humanitären Korridor? Wollen wir einen Waffenstillstand? Oder wollen wir, so wie es Gerhard Schröder, Rudolf Scharping und andere vorgetragen haben, erreichen, daß Milošević nachgibt? Ich respektiere die Ansicht, die Andrea und andere hier vorgetragen haben; ich teile sie aber nicht.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte fragen: Ist nicht aus den Erfahrungen der Vergangenheit, der letzten Jahre, klar ersichtlich, daß Milošević kein zuverlässiger Vertragspartner sein kann? Er hat sich in Verhandlungen immer geäußert; er hat sich aber nie an die Vereinbarungen gehalten. Eine Feuerpause, die er akzeptieren würde, würde dazu führen, daß weitere Menschen im Kosovo ermordet werden. Dafür will ich meine Hand und meine Stimme nicht hergeben, niemals!

(Vereinzelt Beifall)

Sigrid Skarpelis hat gesagt, daß wir den Vertriebenen helfen wollen. Aber helfen wir ihnen denn, wenn wir Milošević weiter gewähren lassen? Rudolf Scharping hat klar gemacht, was dieser Verbrecher am Volk der Kosovaren anrichtet. Sein Ziel ist es, die Kosovaren auszulöschen. Jede Minute, die man ihm gibt, weil man ihm freie Hand läßt, bedeutet Tote mehr im Kosovo. Wir können das nicht wollen, und wir können das nicht wünschen.

Ich frage dich, liebe Andrea Nahles, und andere, die diesen Antrag unterstützen: Wenn ihr vom humanitären Korridor sprecht, wer soll denn die Sicherheit dieses humanitären Korridors gewährleisten? Wer soll denn dafür sorgen, daß es diesen Korridor gibt, wo doch klar ist, daß Milošević und das jugoslawische Regime niemals einen solchen Korridor zulassen wollen? Das geht doch dann nur noch mit militärischer Gewalt.

(Beifall)

Nein, hier muß klar entschieden werden, und hier muß die Frage beantwortet werden: Wollen wir eine Feuerpause und einen Waffenstillstand oder wollen wir das, was immer auch die Zielrichtung der Beschlüsse des Bundestages war, nämlich: Wollen wir, daß Milosevic seine Mörderbanden aus dem Kosovo zurückzieht? Wollen wir, daß er die Kampfhandlungen einstellt, und wollen wir, daß er bereit ist, eine internationale Friedenstruppe in seinem Land zu akzeptieren?

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, plädiere ich dafür, daß wir dem Antrag des Parteivorstandes zustimmen.

(Beifall)

Vorsitzender Walter Momper: Liebe Genossinnen und Genossen, Frau Arbana Vidishiqi ist Betroffene und Mitglied der Ibrahim-Rugova-Partei LDK. Sie wurde deportiert und war einige Tage im Lager von Blace. Sie arbeitet für die Zeitung Koha Dittoré und ist direkt aus Skopje zu uns gekommen. Wir danken Ihnen, daß Sie zu uns sprechen. Bitte, Frau Vidishiqi, Sie haben das Wort.

(Beifall)

Arbana Vidishiqi (Übersetzung): Danke.

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Liebe hier anwesende Delegierte! Ich danke herzlich für die Einladung, an diesem Parteitag teilzunehmen und Ihnen mein ganz persönliches Schicksal und das meiner Familie zu schildern. Es ist mir eine besondere Ehre, hier vor Ihnen sprechen zu können, aber insbesondere vor dem deutschen Bundeskanzler Schröder, dessen Rede ich heute gehört habe. Es freut mich sehr, daß ein Land wie Ihres die friedlichen Bestrebungen der Albaner unterstützt, um uns zu ermöglichen, frei und in Frieden in unserem Land zu leben.

(Teilweise Beifall)

Erlauben Sie mir, mit den frühen Morgenstunden des 30. März anzufangen, wo auch der Massenexodus, die Vertreibung der Albaner, begann. Die serbische Polizei und Militäreinheiten haben sich in Zusammenarbeit mit den paramilitärischen serbischen Einheiten systematisch die ganzen Wohnviertel der Stadt Pristina, der Stadt, in der ich aufgewachsen bin, vorgenommen und alle aufgefordert, ihre Häuser zu ver-



lassen. Auch ich wurde aus meinem Haus vertrieben. Mir wurden fünf Minuten gegeben, um das Haus zu verlassen. Ansonsten wurde mir mit Erschießung gedroht. Der gezwungene Korridor, nicht der humanitäre Korridor, für die Flucht der Albaner nach Mazedonien wurde eröffnet. Jeder von uns mußte große Summen an D-Mark zahlen, um dem Tod zu entfliehen und aus Pristina herauszukommen. Auf dem Weg zur mazedonischen Grenze habe ich sehr viele serbische Kräfte gesehen, maskiert und die Gesichter mit schwarzer Farbe gefärbt. Ich hatte mich als Mann maskiert. Als Mann bist du in Kosova vom Tod, von der Erschießung bedroht, als Frau von der Vergewaltigung.

An der mazedonischen Grenze habe ich sechs Tage warten müssen, bis ich nach Mazedonien ausreisen durfte. Die Nächte haben wir in den Fahrzeugen verbracht. Es waren angstvolle Nächte, in denen uns die Präsenz der paramilitärischen Truppen ständig drohte. Immer mit schwarzen Masken im Gesicht forderten sie die Menschen auf, die Fahrzeuge zu verlassen und ihnen innerhalb von 15 Sekunden 15 000 Mark zu geben. Die Unterlagen und die Identitätspapiere der meisten Vertriebenen wurden zerrissen, so daß unsere Identität in Gefahr ist.

Nach dem zweiten Tag wurde die Nahrung sehr knapp, so daß wir auch vom Hungertod bedroht waren. Da ich mit dem Auto zur Grenze gekommen war, habe ich, während wir im Auto warten mußten, gesehen, daß die Kolonne von Bussen und Zügen unendlich lang und der Verkehr zur mazedonischen Grenze sehr rege war. Besonders zynisch ist, daß die Menschen in den Bussen und Zügen aufgefordert wurden, an der Grenze 30 Mark für das deutsche Visum zu zahlen. Nach dem Beschluß der mazedonischen Regierung, uns vom Niemandsland nach Mazedonien zu bringen, habe ich einen Tag und eine Nacht in Blace verbracht. Außer dem erschreckenden Ausmaß von Hunger, Mangel an Hygiene und Traumatisierung der Menschen habe ich dort ein 16jähriges Mädchen getroffen, das in Pristina von sieben Männern vergewaltigt worden war. Noch schlimmer ist, daß das tragische Schicksal der Albaner aus Kosova nicht innerhalb der serbischen Grenze endete, sondern sich im Niemandsland und innerhalb der mazedonischen Grenze fortsetzte. Die mazedonischen Soldaten und Polizisten haben sich in diesem dreckigen Spiel genauso verhalten wie die serbischen Soldaten und Polizisten, indem sie die geflüchteten Albaner brutal geschlagen haben. Der Teil, der sich zwischen der jugoslawischen und der mazedonischen Grenze befindet, wird jetzt mit mehr als 20 Gräbern geschmückt.

Zwei Tage später kam der Beschluß, daß sich alle in den Lagern einfinden müssen. Dort begann eine neue tragische Phase für die Albaner. In den Lagern wurden wir so eingeführt, als ob es sich um Vieh handeln würde. Es wurde nicht darauf geachtet, daß zumindest Familien nicht getrennt werden. Die Menschen, die nach Deutschland, in die Türkei oder in andere Länder der Welt deportiert wurden, wußten in den meisten Fällen nicht einmal, in welche Länder sie kamen. Ich und meine Schwester haben uns aus diesen Lagern gerettet, indem wir uns in einem Wagen einer humanitären Organisation versteckt gehalten haben, deren Namen ich aus Sicherheitsgründen hier nicht erwähnen möchte. Über das Schicksal meiner Eltern und meines Bruders weiß ich seit 15 Tagen nichts. Ich weiß nur, daß sie in Kosova geblieben sind. Das ist die letzte Information, die ich habe. Meine Familie hatte sich in einem Haus aufgehalten, das nach dem tragischen Tod des Herrn Lati Ferija, der Vorstandsmitglied der Demokratischen Liga des Kosova war, in Brand gesetzt wurde.

AUSSPRACHE

Ich möchte hier die Gelegenheit nutzen, zu sagen, daß die Repressalien in Kosova nicht am 24. März begonnen haben. Das geschieht seit Jahren. Frieden und Stabilität sind in Kosova schon seit Jahren ein Fremdwort. Ich höre hier, daß die Albaner wegen der Bomben der NATO geflohen sein sollen. Im Gegenteil: Die Albaner begrüßen jede Maßnahme, die das Militärpotential Serbiens gefährden kann. Slobodan Milosevic hat bis zum heutigen Tag keine einzige Resolution der UN akzeptiert und auch seine Versprechen nicht gehalten. Gleich nach dem Abkommen mit Holbrooke hat er neue Kräfte nach Kosova gebracht. Deshalb wundere ich mich, hier bei Ihnen zu hören, daß man noch mit Slobodan Milosevic sprechen sollte. Unter uns war die Überzeugung entstanden, daß Milosevic mittlerweile so stark ist, daß er mit den Albanern, aber auch mit der internationalen Gemeinschaft spielen kann, weil die internationale Gemeinschaft nicht entschlossen gehandelt hat. Wäre die internationale Gemeinschaft entschlossener gewesen, dann wäre es Milosevic vielleicht gar nicht möglich gewesen, eine so große Anzahl von Kräften in Kosova zu konzentrieren.

Die Albaner in Kosova – das möchte ich Ihnen zum Schluß sagen – sind vom Auslöschen bedroht. Ich brauche nur zu erwähnen, daß sich ihr Präsident Rugova in Pristina in Geiselhaft befindet.

Ich bin Journalistin und komme aus Pristina. Mein Volk ist nicht geflüchtet, sondern mein Volk wurde vertrieben. Mein Volk wurde gezwungen, die Heimat zu verlassen.

Der Mann, der versucht hat, durch politische Mittel eine Lösung herbeizuführen, befindet sich heute in Kosova in Geiselhaft. Er ist dort alleine. Er ist ein Präsident ohne Volk.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Vorsitzender Walter Momper: Frau Vidishiqi, wir danken Ihnen für diesen Bericht. Nichts ist so eindrucksvoll wie der Bericht eines Augenzeugen und eines unmittelbar Betroffenen. Das illustriert das, was Rudolf Scharping hier schon vorgetragen hat.

Sie können sicher sein, daß nicht nur wir hier im Saale, sondern die ganze deutsche Sozialdemokratie an der Seite des albanischen Volkes aus dem Kosovo steht, wenn es darum geht, die Menschenrechte, das

Recht auf Heimat und das Recht, dort friedlich zu leben, zu erkämpfen.
Vielen Dank.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, bevor ich Detlev Albers, Landesorganisation Bremen, das Wort erteile, ihm wird Gernot Erler, Baden-Württemberg, folgen, möchte ich euch auf das Schreiben aufmerksam machen, das uns der Arbeiter-Samariter-Bund vorgelegt hat. Es wird nachher für ein Kinderprojekt gesammelt werden. Ihr könnt das dem Schreiben entnehmen.

Ich möchte euch auch auf den Brief von Hans Koschnick aufmerksam machen, der, wie ihr wißt, in Sarajevo ist.

Detlev Albers, du hast das Wort. Dir folgt Gernot Erler. Bitte schön, Detlev.

Detlev Albers, Parteirat: Liebe Genossinnen und Genossen, es ist, wenn ich richtig mitgezählt habe, heute der 18. Tag, daß Bomben von der NATO, auch von unserer Bundeswehr, auf den Kosovo, auf ganz Jugoslawien geworfen werden.

Es ist deshalb richtig, daß wir uns hier unter dem Stichwort „Verantwortung“ als Sozialdemokraten in unserem obersten Parteizusammenhang auf diesem Parteitag nicht in erster Linie die Grundsatzfrage zu stellen haben: Durfte das geschehen? Das ist eine gewaltige Frage, zu der wir sicher auch in Zukunft verschiedene Antworten aus unseren Reihen hören werden. Ich respektiere die Entscheidungsnot von Gerhard Schröder und Rudolf Scharping. Aber ich halte auch daran fest, daß es viele und ernsthafte Einwände dagegen gibt, daß der NATO-Einsatz in dieser Situation vor 18 Tagen die einzig mögliche Handlungsweise war.

Aber nicht diese Frage steht aus meiner Sicht im Vordergrund. Vielmehr müssen wir heute eine Antwort auf die Frage suchen: Wie kommen wir, nachdem die Kriegshandlungen nun eröffnet worden sind, aus diesen wieder heraus?

(Beifall)

Wie verhindern wir, daß in einer Eigenlogik die Kriegshandlungen immer weiter getrieben, wie erreichen wir, uns statt Tag und Nacht alle Wege offenzuhalten, in denen Alternativen stecken können.

AUSSPRACHE

Vor dem Hintergrund dieser Frage bin ich mit zwei Elementen des Grundsatzantrages einverstanden – gerade auch als Bremer, wo wir mit einer eigenen Resolution ein Stück vorgeprescht waren und uns jetzt in dem Alternativantrag I 3 aufgehoben sehen. Das ist erstens die deutliche Herausarbeitung der Rolle der Vereinten Nationen als die oberste und nie von uns im Zweifel gezogene Institution der Völkergemeinschaft. Ich bin froh, wenn bereits übermorgen der Generalsekretär der Vereinten Nationen gemeinsam mit unserem Europäischen Rat diese fünf Forderungen an einen Waffenstillstand, die im Leitantrag stehen und die nach meiner Ansicht auch richtig sind, beibehält und wenn dieses Element im Vordergrund unserer nächsten Handlungen steht. Das ist der erste positive Punkt.

Ich sehe noch einen zweiten positiven Punkt in diesem Leitantrag: Ich gehe davon aus, daß wir uns alle in diesem Saal darüber einig sind, daß die Eskalation in Richtung Einsatz von Bodentruppen von den Sozialdemokraten in Deutschland nicht mitgetragen werden kann.

(Beifall)

Wenn diese beiden Punkte die Hauptsignale dieses Leitantrages bilden, so möchte ich doch in einem Bereich noch weitergehen; damit unterstütze ich den Initiativantrag I 3. Gerade wenn man sich in einer Position der militärischen Stärke befindet, wie es bei der NATO gegenüber Jugoslawien der Fall ist, ist es wichtig, ein Signal zu geben, daß wir unsererseits nicht über die fünf Bedingungen, die von Kofi Annan genannt sind, hinausgehend eine Zertrümmerung des jugoslawischen Staatswesens als ein Resultat der Uneinsichtigkeit des Herrn Milosevic als eigenes Ziel ansteuern.

Deshalb haben wir gestern im Frankfurter Kreis eine Überlegung Egon Bahrs aufgenommen, nämlich das Angebot einer vielleicht auf 48 Stunden befristeten vorläufigen Feuereinstellung, um Herrn Milosevic Gelegenheit zu geben, diese fünf Punkte anzunehmen und zu garantieren, die ihm die Völkergemeinschaft in Gestalt des UNO-Generalsekretärs präsentiert.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn er diese Chance des Angebotes einer befristeten Feuerpause ausläßt, kann das damit für uns nicht einfach sein Bewenden haben.

Warum ist ein solches Angebot von unserer Seite so wichtig? Da, Peter Struck, muß ich auf deinen Beitrag unmittelbar antworten: Deine erste Formulierung leuchtet mir ein, nach allem, was wir mit Milosevic von Kroatien über Bosnien-Herzegowina bis zur gegenwärtigen Situation erlebt haben. Er ist weiß Gott kein Partner der Auseinandersetzung mehr, der ohne Garantien davonkommen darf. Er hat, historisch gesehen, das Recht verwirkt – so war deine Formulierung –, im Kosovo die Letztentscheidung über die Sicherheit der Bürger des Kosovo alleine zu tragen. Diese Ansicht teile ich.

Aber an dieser Stelle haben wir nicht weiterzugehen und dürfen nicht sagen: Herr Milosevic hat auch das Recht verwirkt, im Namen der Bundesrepublik Jugoslawien zu sprechen. Das zu entscheiden ist und bleibt allein das Recht der Bürger Jugoslawiens. Wenn wir dies außer acht lassen, laufen wir in Gefahr, unser Bekenntnis zu politischen Verhandlungen dadurch außer Kraft zu setzen, daß wir keine Garantien für die Selbstbestimmungsrechte innerhalb Jugoslawiens abgeben. Die Bürger dort müssen selbst klären, wie lange sie sich von diesem Präsidenten vertreten lassen wollen. Es kann in dieser kriegerischen Auseinandersetzung nicht unsere Aufgabe sein, das den Serben vorzuschreiben. Wenn wir das täten, liefen wir in Gefahr, daß man unser Bekenntnis zur Bereitschaft politischer Verhandlungen bei dem, was sich jetzt tagtäglich dort abspielt, verursacht durch Serbien, nicht ernst nimmt. Deshalb bitte ich, hier ganz deutlich zu erklären, daß das nicht zu unseren Zielsetzungen gehören kann.

Wir unterstützen unsererseits den Weg des Eintretens in politische Verhandlungen durch das Angebot einer derart befristeten Feuerpause.

Ich danke euch.

(Beifall)

Vorsitzender Walter Momper: Nun hat Gernot Erler, Baden-Württemberg, das Wort. Ihm folgt Henning Voscherau, Parteivorstand. Bitte, Gernot.

Gernot Erler, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Auf diesem Parteitag wird viel von uns verlangt. In den letzten Wochen ist das Entsetzen bei uns über das Geschehen im Kosovo gestiegen. Die Angst vor dem, was noch kommen kann, hat zuge-

AUSSPRACHE

nommen. Es sind auch Zweifel aufgetaucht, ob wir mit dem, was wir tun, die Situation unter Kontrolle bringen. Es ist gut, wenn wir hier gegenseitig Verständnis aufbringen; aber es gibt noch etwas anderes, was drängender und wichtiger ist: Das ist der fragende Blick der Opfer und der Wehrlosen, der uns zwingt, auf diesem Parteitag eine klar erkennbare Botschaft und realistische politische Perspektiven zu formulieren.

Ich bin froh, daß es hier einen breiten Konsens darüber gibt, daß die Entvölkerungspolitik von Milosevic gestoppt werden muß, aber auch darüber – wie Andrea Nahles gesagt hat –, daß so rasch wie möglich aus der Logik des Militärs in die Logik der Politik zurückgefunden werden muß. Ich denke, es gibt auch einen breiten Konsens darüber, daß es in diesem Konflikt, in diesem Krieg weder Sieg noch Triumph gibt, daß es nicht darum gehen kann, ein Land niederzuringen, sondern einzig darum, diese Entvölkerungspolitik zu stoppen.

Aber es gibt auch Auffassungsunterschiede, und zwar darüber, wie man am ehesten zu diesen gemeinsamen Zielen kommen kann. Da ist eine Entscheidung notwendig. Dazu möchte ich einen Punkt aus dem Antrag des Parteivorstandes herausgreifen. Darin ist eine Initiative mit einer typischen sozialdemokratischen Handschrift enthalten, die sich aber auf den ersten Blick nicht zu erkennen gibt. Es gibt eine Initiative, die unsere breite Unterstützung verdient, wenn man sich die Vorgeschichte ansieht. Das Problem vor dem NATO-Einsatz war doch das Nein der russischen Föderation zu einer UN-Mission nach Kapitel 7, und es war das Nein zur Stationierung von NATO-Streitkräften auf Kosovo-Boden. Das Nein kam aus Belgrad und aus Moskau. Aber in dem Antrag steht als dritte Bedingung für das Ende der Kampfhandlungen – ich zitiere – „Stationierung internationaler Streitkräfte“. Das Wichtige ist dabei die Weglassung. Da steht nicht mehr „der NATO“ oder „unter Führung der NATO“.

Mit anderen Worten: Unsere Bundesregierung wirbt dafür – das sage ich auch an die Adresse meines Freundes Hermann Scheer –, daß es ein UN-Mandat, daß es eine OSZE-Verantwortung für diese Sicherheitskräfte gibt. Es gibt Anzeichen dafür, daß dies der richtige Weg ist, um die UN wieder einzubinden, um die russische Führung zur Mitwirkung zu bewegen. Es gibt sogar Anzeichen dafür, daß es Milosevic auf diesem

Weg leichter gemacht würde, die Bedingungen zu akzeptieren. Mit anderen Worten: Das ist der Weg, mit dem eine Feuerpause, mit dem Waffenstillstandsverhandlungen möglich werden.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, das ist bisher eine deutsche Initiative. Das ist noch nicht die Meinung der 19 NATO-Staaten. Dafür muß noch geworben werden. Einen Sonderweg will keiner von uns. Aber in einer Sackgasse ist es richtig, über neue Wege nachzudenken und auch eigene Vorschläge zu machen. Ich finde es gut, daß die Bundesregierung dies tut. Das zeigt Entschlußfähigkeit. Es zeigt auch ein bißchen Mut, hier einen eigenen Vorschlag einzubringen. Das ist ein so entscheidender Punkt, daß ich finde: Dies verdient die Unterstützung des Parteitags.

Zum Abschluß will ich hinzufügen: Als der Bundestag am 16. Oktober seine Entscheidung traf, war diese eigentlich ohne politische Alternative. Als die NATO am 24. März anfang, die Drohung wahrzumachen, war auch diese Entscheidung ohne Alternative. Man konnte den Albanern nicht sagen: Vielen Dank, daß ihr unterschrieben habt. Jetzt werden wir euch eurem Schicksal überlassen.

Aber wie ist es zu dieser Sackgasse gekommen? Wir müssen schon heute feststellen: Es gibt ein Ungleichgewicht zwischen den Mitteln militärischer Intervention auf der einen Seite und präventiver Friedenspolitik auf der anderen Seite.

(Vereinzelt Beifall)

Das müssen wir in unserer Regierungsverantwortung korrigieren. Es ist eine Zunahme bei der Gewaltandrohung und -anwendung nach Ende des kalten Krieges zu verzeichnen. Wir müssen erkennen: In Wirklichkeit gibt es keine Alternative zu dem Gewaltmonopol der Vereinten Nationen. Aber dazu muß sie reformiert werden. Anders geht es nicht. Es ist unerträglich, daß die Chinesen in dieser Krisensituation die Verlängerung der UNO-Mission in Mazedonien durch ihr Veto verhindert haben, die dort eine so wichtige Rolle spielte.

(Vereinzelt Beifall)

Das sind die Dinge, die wir in unserer Verantwortung tun können und müssen, die wir uns schon heute vornehmen müssen – das ist vielleicht ein etwas unzeitgemäßer Vorschlag –, damit wir nicht wieder in diese

AUSSPRACHE

alternativlose politische Sackgasse kommen, die unsere Situation sehr stark geprägt hat und die uns nach wie vor große Schwierigkeiten bereitet.

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Walter Momper: Henning Voscherau, PV, hat das Wort. Ihm folgt Manfred Stolpe, Landesverband Brandenburg.

Henning Voscherau, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Dieser Krieg im Kosovo ebenso wie unser heutiger Parteitag markieren einen tiefen Einschnitt. Eine öffentliche Auseinandersetzung über unterschiedliche Sichtweisen ist außerordentlich wichtig auch für weit in die Zukunft greifende Zeiträume.

(Vereinzelt Beifall)

Es ehrt unsere Partei, daß sie diese Diskussion aushalten und führen kann. Ich füge hinzu – an die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland gerichtet –: Ich würde mir wünschen, daß sehr viel mehr Bürgerinnen und Bürger in dieser Auseinandersetzung engagiert Partei ergriffen.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt zwei Lehren der Naziverbrechen und des Angriffskrieges des NS-Deutschland: Erstens nie wieder Krieg, besonders nicht von deutschem Boden aus, und zweitens nie wieder Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Es ist jetzt dahin gekommen, daß wir uns zwischen diesen beiden höchstrangigen Zielen und Lehren entscheiden müssen. Ich verhehle nicht: Meiner Meinung nach ist die Situation die, eine Entscheidung zwischen zwei falschen Wegen treffen zu müssen. Beide wären falsch. Dem Völkermord zuzuschauen wäre falsch. Aber auch jeder militärische Angriff in der Fortsetzung von Politik ist falsch.

(Beifall)

Beides ist geächtet. Es ist ein tragisches Dilemma, daß es dahin gekommen ist, daß wir uns nun zwischen diesen beiden höchstrangigen Zielen kontrovers entscheiden müssen.

Ich sage ausdrücklich: Ich teile die Beschreibung der humanitären Ziele durch Gerd Schröder und Rudolf Scharping. Ich teile die Beschreibung und Beurteilung des jugoslawischen Regimes und des dortigen Völkermords, wie wir sie von Gerd Schröder, Rudolf Scharping und der betroffenen Vertreterin, die eben gesprochen hat, gehört haben. Da sind wir nicht auseinander.

Dennoch komme ich bei der Wahl der Mittel zu einer anderen Entscheidung als die Bundesregierung, und zwar aus folgenden Gründen. Ich glaube nicht daran, daß Bombardierung je ein taugliches Mittel gewesen ist oder sein wird.

(Beifall)

Bombardierung trifft vorrangig und hauptsächlich unschuldige Bürgerinnen und Bürger. Bombardierung trifft in erster Linie immer das Volk und eher nicht den Diktator, bringt ihn nicht vor Gericht, wohin er gehört.

(Vereinzelt Beifall)

Im übrigen werfen die Angriffe eine Zusatzfrage auf. Gäbe es, Genossinnen und Genossen, wirklich einen militärischen Gegenschlag auf NATO-Einrichtungen: Ist das dann der Bündnisfall? Ist das dann der Verteidigungsfall? Sind dann alle unsere jungen Männer ab 18 aufgerufen und müssen sich stellen, obwohl es die NATO war, die begonnen hat, kriegerische Mittel anzuwenden?

(Beifall)

Ich meine: Nein! Auch das muß von hier aus deutlich gesagt werden.

(Beifall)

Untauglich ist die Bombardierung auch, weil sie die wichtigen und richtigen Ziele, die Gerd Schröder und Rudolf Scharping definieren, nicht erreichen wird. Konsequentes militärisches Mittel, um diese Ziele zu erreichen, wäre allein der Krieg mittels Bodentruppen. Das, liebe Genossinnen und Genossen, muß für uns Deutsche, die wir als einziger NATO-Partner vor zwei Generationen dort Menschenverbrechen begangen und Verwüstungen angerichtet haben, wohl ein für allemal und ohne Wenn und Aber ausscheiden.

(Beifall)

AUSSPRACHE

Ich bin froh darüber, daß das hier heute hoffentlich auch beschlossen werden wird.

Von der Ächtung kriegerischen Angriffs gibt es eine Ausnahme. Es handelt sich dabei – trotz all seiner Schwäche – um das Mandat des Weltsicherheitsrats der Vereinten Nationen. Ich erinnere euch an den UN-Teil der Abschiedsrede Willy Brandts vor diesem Parteitag. Trotz all der Schwäche dieses Instruments der UN-Nachkriegsfriedensordnung wohnt ihm eine große Stärke inne. Besteht die Einigkeit des Weltsicherheitsrates, weiß man nicht nur, wie man in den Krieg hineinkommt, sondern weiß man auch, wie man wieder aus ihm herauskommt. Mit den Russen gemeinsam kann man in Europa Frieden schaffen – ohne sie und gegen sie nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Ich komme zu meinem letzten Punkt. Ich glaube nicht, daß der amerikanische Präsident recht hat, wenn er jetzt immer wieder ein sich neu bildendes Völkerrecht in Anspruch nimmt. Wäre es doch das Völkerrecht der Supermacht, die sich herausnehmen kann, es zu definieren und festzulegen, wozu es gut sein soll. Es werden sich aber in ferner Zukunft viele in anderen Teilen der Welt mit einem völlig anderen Menschenrechtsverständnis darauf berufen. Es entsteht ein Berufungsfall, den ich für falsch halte. Tatsächlich ist das, was jetzt geschieht, ein Rückfall in die jahrhundertealte Irrlehre vom gerechten Krieg. Diese Irrlehre hat noch immer Unglück bewirkt.

(Beifall)

Vorsitzender Walter Momper: Jetzt hat Manfred Stolpe, Brandenburg, das Wort. Ihm folgt Detlev von Larcher, Parteirat.

Manfred Stolpe, Brandenburg: Verehrte Gäste! Liebe Freundinnen und liebe Freunde! Es gibt kein Herumreden: In Europa ist Krieg, und das ist schrecklich. Auch im Osten Deutschlands empfinden dies sehr viele Menschen als ein Verhängnis. Mit großen Sorgen werden viele Fragen gestellt. Man kann heute jedes beliebige Thema auf die Tagesordnung setzen: Der Krieg im Kosovo ist immer das erste, über das gesprochen wird.

Es wird gefragt: Mußte das so weit kommen? Hat die internationale Politik versagt? Wie soll das weitergehen? Wer in Europa hat davon wirk-

lich einen Nutzen, und wie können – das halte ich für eine ganz zentrale Frage – Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wiedergewonnen werden? Die Fragen werden in ganz Deutschland lauter. Sie müssen sehr ernst genommen werden, und sie müssen, liebe Freundinnen und Freunde, redlich beantwortet werden.

Dabei gibt es – so auch meine Erfahrung in den letzten Wochen – keine glatten Antworten. Es gibt auch keine schnellen Rezepte. Denn es geht um eine große und komplizierte Frage, und es geht – darauf möchte ich besonders aufmerksam machen – um Frieden und Menschenrechte. Beides gehört zusammen. Hier muß ein Doppelziel verfolgt werden. Das heißt, schnellstmöglich müssen die Waffen schweigen und weitere massenhafte Menschenrechtsverletzungen verhindert werden.

(Vereinzelt Beifall)

An diesem Doppelziel müssen wir unser Handeln prüfen. Ich bitte alle, die für die sofortige einseitige Einstellung der Luftangriffe sind, noch ernster zu prüfen und uns zu überzeugen, was aus den Menschen werden soll, wenn in dieser Situation die Luftangriffe – auch wenn es nur 48 Stunden sind – einseitig eingestellt werden.

Unsere deutsche Geschichte lehrt uns, daß der Einsatz für Frieden und Menschenrechte auf dem Verhandlungsweg zum Erfolg führen kann, vor allem dann, wenn alle wichtigen Mächte, auch Rußland, mitwirken. Ohne Rußland – das ist meine Überzeugung – wird es auf dem Balkan keinen Frieden geben. Ich möchte die Bundesregierung sehr herzlich um folgendes bitten: Bleibt bei den Absichten, die ihr habt! Laßt die Russen nicht los! Sie müssen daran mitwirken, daß wir auf dem Balkan Frieden erreichen.

(Beifall)

Noch eine letzte Bemerkung: 1978 hat es in Belgrad eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gegeben. Damals haben sich alle europäischen Staaten verpflichtet, die Menschenrechte zu garantieren. Es fiel einigen schwer, auch der DDR. Aber dies hat uns im Grunde genommen einen Weg geöffnet. Zum Schluß waren wir die Gewinner, und zum Schluß ist aus diesem Prozeß die deutsche Einheit entstanden.



Das sollte uns mahnen und auffordern, heute wirklich alles dazu zu tun, um Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa zu erreichen, damit schließlich der Friede und die Menschenrechte gewinnen.

Das ist mein Anliegen, das ich hier vorbringen wollte.

(Beifall)

Vorsitzender Walter Momper: Jetzt hat Detlev von Larcher, Parteirat, das Wort. Ihm folgt Reinhard Klimmt, Parteivorstand.

Detlev von Larcher, Parteirat: Liebe Genossinnen und Genossen! Jawohl, lieber Gerhard, jawohl, lieber Rudolf, wir alle wollen, daß die entsetzlichen Verbrechen im Kosovo aufhören, und zwar lieber sofort und nicht erst in einer Stunde. Jawohl, lieber Gerhard, jawohl, lieber Rudolf, wir wollen, daß die Vertriebenen wieder in ihre Heimat zurückkehren können, und zwar möglichst bald und möglichst sicher, und daß sie in ihrem Heimatland wieder eine Perspektive haben werden.

Aber es muß doch erlaubt sein, nach 18 Tagen Bombardement zu fragen, ob die Ziele, die man sich im Rahmen dieses Bombardements ge-

setzt hat, nämlich die Ziele, die ich gerade genannt habe, erreicht worden sind, ob wir der Verwirklichung dieser Ziele nähergekommen sind oder ob wir vielleicht nicht doch einen anderen Weg ausprobieren müssen. Diejenigen, die den Initiativantrag 3 geschrieben haben, sind der Auffassung – dies steht im ersten Satz dieses Antrags –, daß das Ziel, die humanitäre Katastrophe durch die Bombardierung zu verhindern, leider – so sage ich – nicht erreicht worden ist.

Deswegen schlagen wir in diesem Antrag vor, die Logik des Krieges für eine befristete Feuerpause zu unterbrechen und sie dadurch zu durchbrechen, um wieder eine politische Lösung möglich zu machen. Es hilft ja nichts: Solange Milosevic an der Spitze Jugoslawiens steht, werden wir ihn für eine Friedenslösung benötigen. Die Logik des Krieges – wir können das jeden Abend im Fernsehen sehen – heißt doch: Wenn Milosevic nicht aufgibt, dann kommen noch mehr Flugzeugträger, noch mehr und immer häufigere Bombardierungen.

Die Frage ist doch: Was passiert, wenn Milosevic nicht nachgibt? Dann werden wir, Genossinnen und Genossen, trotz des Antrages des Vorstands, daß wir keine Bodentruppen einsetzen wollen, in 14 Tagen – so befürchte ich – vor der Frage stehen: Müssen nicht doch Bodentruppen eingesetzt werden?

Genossinnen und Genossen, dann ist dies nicht mehr ein Abstandskrieg, den die NATO führt. Wenn wir Bodentruppen dort hinschicken, dann kämpfen wir gegen 400 000 Soldaten der jugoslawischen Armee. Das bedeutet Tausende von Toten auf beiden Seiten. Vorher müssen wir doch wenigstens versuchen, die Logik des Krieges zu unterbrechen und nach einer politischen Lösung suchen.

Deswegen werbe ich dafür. Was schadet es denn, wenn wir jetzt eine Feuerpause einlegen und ausloten, ob nicht doch Waffenstillstandsverhandlungen möglich sind, und zwar zu den Bedingungen, die wir im Initiativantrag 3 aufgezählt haben und die sich mit dem, was im Antrag des Parteivorstandes steht, decken?

Ich komme zum Schluß. Wir regen eine regionale Konferenz an unter Leitung der UN und der OSZE, die eine langfristige positive ökonomische, soziale und demokratische Entwicklung auf dem gesamten Balkan sicherstellt. Wir haben schließlich gefordert, daß die Bundesregierung eine Initiative zur Stärkung des Völkerrechts ergreift, die UNO sowie

AUSSPRACHE

die OSZE wieder in ihre Rechte setzt und daß sie sich den Plänen widersetzt, daß die neue NATO-Doktrin die Selbstmandatierung zur Regel macht. Dieses Mandat muß der UNO vorbehalten bleiben.

(Vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, mein letzter Punkt. Wir verlangen keinen deutschen Sonderweg. In unserem Antrag steht vielmehr: Die Bundesregierung wird aufgefordert, diese Schritte im Bündnis, in der NATO zu unternehmen. Ich sehe nicht ein, daß das, falls es beschlossen würde, unsere Bundesregierung schwächen würde.

(Beifall)

Vorsitzender Walter Momper: Jetzt hat Reinhard Klimmt, Parteivorstand, das Wort. Ihm folgt Wolfgang Clement, Parteivorstand.

Reinhard Klimmt, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben zwei Anträge zu diesem schwierigen Thema vorliegen. Ich verhehle nicht, daß der Initiativantrag meine Sympathien hat. Ich werde ihm aber nicht zustimmen, weil eine einseitige Einstellung der Kampfhandlungen zum jetzigen Zeitpunkt von Milosevic nur mißverstanden werden kann, der sich bestätigt fühlen würde und auch bestätigt fühlen müßte.

Aus dem Grunde werde ich diesen Antrag ablehnen.

Es bleibt aber noch einiges in diesem Zusammenhang festzustellen: Der Einsatz im Kosovo widerspricht der UN-Charta. Er widerspricht auch dem NATO-Vertrag. Er ist zumindest zweifelhaft, wenn es um unsere Verfassung geht. Von unseren Parteitagsbeschlüssen will ich überhaupt nicht mehr reden.

(Vereinzelt Beifall)

Es wurde zu Recht die Frage aufgeworfen: Können wir uns einen deutschen Sonderweg leisten? Nein, wir können uns keinen deutschen Sonderweg leisten. Das haben wir aus der Geschichte blutig und schmerzlich gelernt.

Zu den Lehren aus der Geschichte gehört aber auch noch etwas anderes, was sich unsere Väter geschworen haben und was auch mir beige-

bracht worden ist. Das waren die beiden Grundsätze: Nie wieder Auschwitz! Nie wieder Krieg!

(Beifall)

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß Menschenrecht und Völkerrecht zusammengehören und daß wir momentan eine Brücke gefunden haben. Wir begründen die zweifellose Ignorierung vieler völkerrechtlicher Regelungen, indem wir sagen: Wir wollen dem Menschenrecht zum Durchbruch verhelfen. – Ich stimme diesem Wunsch gerne zu. Unsere Aufgabe aber muß es sein, in der nächsten Zeit Menschenrechte und Völkerrecht endlich wieder in Einklang zu bringen. Wir dürfen sie nicht nebeneinanderher laufen lassen.

(Beifall)

Der Einsatz im Kosovo mit dem Berufen auf die Menschenrechte ist einleuchtend, ist einsichtig. Das vermag auch ich einzusehen. Dies wirft aber weitere Fragen auf.

Erstens. Was geschieht in weniger eindeutigen Fällen? Wie wird es aussehen, wenn in anderen Teilen der Welt andere sich darauf berufen, daß es Wichtigeres gibt als das Völkerrecht?

Zweitens. Was machen wir eigentlich mit Ländern wie dem Sudan? Übersehen wir auch weiterhin, was dort an Völkermord geschieht, nur weil es in Afrika stattfindet?

(Beifall)

Welche Rolle wollen wir eigentlich zukünftig der UNO zubilligen, nachdem wir sie in einer ganz zentralen Frage – mit guten Gründen – ignoriert haben? Liebe Genossinnen und Genossen, auch diese Frage muß gestellt und beantwortet werden.

Der Antrag des Parteivorstandes kommt den Kritikern in vielen Punkten entgegen. Ich begrüße die eindeutige Aussage zu den Bodentruppen. Mir persönlich aber ist ein Punkt noch viel wichtiger: Wir sollten klarmachen, ganz gleich, wie sich die Dinge weiterentwickeln, daß ein Kampfeinsatz der deutschen Bodentruppen unter keinen Bedingungen möglich sein darf.

(Beifall)

AUSSPRACHE

Dies ist eine Konsequenz aus unserer Vergangenheit. Wir sind in diesem Jahrhundert zweimal militärisch auf dem Balkan gewesen. Es wäre auch aus militärtaktischen Überlegungen sicherlich nicht angebracht, wenn wir dort ein drittes Mal mit Kampftruppen und nicht mit Friedenstruppen auftauchten.

Es gibt einen weiteren Punkt, den ich unterstützen kann. Das ist die Forderung nach einer langfristigen politischen Lösung. Was denn sonst? Natürlich müssen wir auf eine politische Lösung hinarbeiten. Aber – auch das muß gesagt werden –: Sie ist auf Dauer undenkbar ohne die UNO und auch undenkbar ohne Rußland. Das muß jetzt sehr schnell in die Aktion eingebunden werden.

Ich möchte ein Letztes sagen. Das sollten wir nicht vergessen: Kriege wecken selten das Gute in den Menschen. Die serbischen Soldaten sind nicht per se Kriegsverbrecher. Es ist der Krieg, der sie dazu macht. Er hat auch andere Völker, nicht nur Völker auf dem Balkan, zu Kriegsverbrechern gemacht. Deswegen muß es unsere Aufgabe sein, bei all dem, was wir politisch tun, darauf hinzuwirken, daß dort bald wieder die Waffen schweigen – zu vertretbaren Bedingungen –, daß der Friede endlich wieder einkehrt. Das erwarten wir als Parteitag von der SPD und müssen wir als SPD auch von einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung erwarten.

(Beifall)

Vorsitzender Walter Momper: Wolfgang Clement, Parteivorstand, hat das Wort. Ihm folgt Ulrich Maurer, ebenfalls Parteivorstand.

Wolfgang Clement, Parteivorstand: Genossinnen und Genossen! Es ist deutlich genug und wird auch durch unsere Debatte deutlich: Wir sprechen über ein Thema von außerordentlicher Tragweite und fällen eine Entscheidung von außerordentlicher Tragweite. Deshalb ist es so wichtig, daß wir in unseren Begriffen klar bleiben.

Ich bin überzeugt, daß der Begriff des Waffenstillstandes falsch ist. Es geht nicht darum, daß zwei Kriegsparteien die Waffen ruhen lassen sollen, Genossinnen und Genossen. Im Kosovo geht es vielmehr darum, daß das Morden und die Mordbrennerei ein Ende finden müssen.

(Beifall)

Hier geht es nicht um zwei Kriegsparteien. Das ist ein Fehler, wenn wir die Diskussion so führen. Hier stehen sich nicht zwei Kriegsparteien gegenüber. Es geht um militärische Einsätze der NATO gegen die, die Menschenrechte Tag für Tag brechen.

(Vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, die Erfahrungen mit Milosevic, mit der serbischen Führung – auf die auch der Westen eine Zeitlang mit Blick auf die Stabilität in der Region gesetzt hat, aber offensichtlich war dies falsch –, zählen aus meiner Sicht zu den bittersten politischen Irrtümern in Europa seit der Zeitenwende 1989/90.

Der Krieg in Bosnien 1992 bis 1995, die Mißachtung der UNO-Resolutionen schon damals, die entwürdigende Festsetzung von UNO-Blauhelmen, ihre damalige Nutzung als menschliche Schutzschilder, die ethnischen Säuberungen schon im Kosovo, die Massaker von Žepa, Gorazde und Srebrenica bis hin zum Kosovo – Genossinnen und Genossen, das ist eine ungeheuerliche Kette von Menschenrechtsverletzungen. Das ist Völkermord, der weit bis in das nächste Jahrtausend hineinreicht. Dem müssen wir ein Ende setzen.

(Beifall)

Geht das mit Bomben, geht das mit militärischer Gewalt? Henning Voscherau hat das eben verneint.

Ich darf euch erinnern, Genossinnen und Genossen: Im Juli 1995 haben die bosnischen Serben die damalige UN-Schutzzone Srebrenica eingenommen. Innerhalb von 36 Stunden wurden damals mehr als 30 000 Frauen, Kinder und Greise aus der Enklave vertrieben. Es kam zu Greultaten und Massenmorden. Nahezu 10 000 Männer und männliche Jugendliche kamen damals zu Tode. Im gleichen Monat setzten die bosnischen Serben ihren Konfrontationskurs gegen die Vereinten Nationen mit Angriffen auf die benachbarte Schutzzone Žepa, in der etwa 20 000 Muslime eingeschlossen waren, fort. – Das war damals die Situation.

Als am 28. August 1995 bei einem serbischen Granatwerferangriff 37 Menschen auf einem Markt in Sarajevo umkamen, reagierte die NATO zwei Tage später mit massiven Luftangriffen auf serbische Stellungen und unternahm ihren bis dahin größten Kampfeinsatz. Sie forderte die

AUSSPRACHE

Entfernung der schweren Waffen, die Einstellung der Feindseligkeiten, die Öffnung des Flughafens Sarajevo, die Wiederherstellung der Bewegungsfreiheit von UNPROFOR. Nach etwa zweiwöchigen Luftangriffen auf serbische Stellungen erzielten die Konfliktparteien eine Übereinkunft bezüglich Sarajevo. Die Luftangriffe wurden ausgesetzt, nachdem die Serben ihre schweren Waffen um Sarajevo zurückgezogen haben, und zwar sofort.

Genossinnen und Genossen, diese Geschichte ist noch nicht ganz vier Jahre alt. Kann einer von uns vergessen, was damals geschehen ist?

(Vereinzelt Beifall)

Damals haben wir uns für das, was geschehen ist, bitter geschämt. Ich möchte mich nicht noch einmal schämen müssen.

Bomben, militärische Mittel können gegenüber Milosevic, so bitter dies ist, ganz offensichtlich etwas bewirken. Sie haben in Bosnien etwas bewirkt. Sie werden auch im Kosovo etwas bewirken, Genossinnen und Genossen.

Im übrigen geschah dies in übereinstimmender Bewertung des Völkermordes mit dem Generalsekretär der UN. Ich habe Sorge, daß wir uns hinter formellen Entscheidungen der Vereinten Nationen verstecken könnten.

Es wird gefragt: Was verschlägt es, wenn es zu einem Waffenstillstand käme? Genossinnen und Genossen, ich zeige euch einmal den „Spiegel“ von heute. Lest euch einmal das Tagebuch durch. Dort berichten Augenzeugen über die Verbrechen der Serben im Kosovo. Das Tagebuch beginnt am Samstag, dem 20. März:

„Mannschaftswagen der Sonderpolizei erscheinen in Nerodimilje. Gazmend Maloku (15) beobachtet sie von der Haustür aus. Sie umstellen zwei Nachbarhäuser und zünden sie an. Die zwölf Bewohner verbrennen bei lebendigem Leib.“

Genossinnen und Genossen, das geht in diesem Tagebuch des Schreckens im „Spiegel“ jeden Tag bis zum 8. April so weiter. Menschenrechtler, Rechtsanwälte, Frauen, Kinder, Männer – sie werden umgebracht, erschlagen, vermatscht, Genossinnen und Genossen.

Das ist es, was dort stattfindet. Da kann niemand von uns sagen: Was verschlägt es, wenn es einen Waffenstillstand gibt? – Es verschlägt jeden Tag Tote, bedingt durch das Handeln der serbischen Regierung.

(Beifall)

Deshalb, Genossinnen und Genossen, bin ich fest davon überzeugt, daß das, was der Parteivorstand hier vorgelegt hat, daß die Art und Weise, wie die Bundesregierung, wie Gerhard Schröder, Rudolf Scharping, Joschka Fischer hier vorgehen, der einzig mögliche Weg ist. Das ist ein bitterer Weg, aber es ist der einzig mögliche Weg, wie auch die Erfahrungen mit Milosevic in Bosnien gezeigt haben und die vorhergehenden Situationen.

Das Mordbrennen auf dem Balkan muß zu Ende gehen. Und es geht gegenüber einem Gewalttäter nur mit Gewalt zu Ende, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das gilt übrigens gegenüber allen, die auf dem Balkan Gewalt anwenden. Das Mordbrennen dort muß zu Ende sein.

Deshalb ist es so überaus wichtig, daß Gerhard Schröder heute morgen hier endlich einmal gegenüber dem Balkan eine wirkliche politische Perspektive genannt hat. Wir dürfen nicht nur sagen: Wir sammeln für Flüchtlinge, wir kümmern uns um die Flüchtlinge. Wie lange tun wir das jeweils, Genossinnen und Genossen? Dann beginnen wir wieder darüber zu diskutieren, wieviel Flüchtlinge wir hier in Deutschland haben und aufnehmen können.

Endlich kann der Balkan eine Perspektive bekommen. Das muß eine wirtschaftliche, eine europäische Perspektive sein. Darüber diskutieren wir, und darum geht es. Eine wirkliche europäische Perspektive für den Balkan kann es nur geben, wenn das Mordbrennen, wenn das Brand-schatzen dort zu Ende geht. Das ist europäische Verantwortung, und dieser Verantwortung müssen wir heute gerecht werden.

Ich danke euch.

(Beifall)

Vorsitzender Walter Momper: Das Wort hat Ulrich Maurer, Parteivorstand. Ihm folgt Herta Däubler-Gmelin, Baden-Württemberg.

Ulrich Maurer, Parteivorstand: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Wolfgang Clement hat gerade völlig zu Recht die grauenhafte Vorgeschichte dieses Krieges beschrieben. Der Prozeß, in dem wir uns befinden, fing – das will ich allerdings hinzufügen – einige Jahre vorher an. Es ist zwar richtig, wenn Gerhard Schröder jetzt sagt, daß wir der Verantwortung gerecht werden müssen, die wir mit der Wahl übernommen haben. Aber das enthebt, glaube ich, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht der Notwendigkeit, jetzt darauf hinzuweisen, wie dieser Prozeß ausgelöst worden ist.

Wir sollten es den Konservativen und auch manchen Liberalen nicht schenken, daran zu erinnern, wie in diesem Lande der Beginn von Nationalismus, von Auflösung des Vielvölkerstaates Jugoslawien geradezu im Tausendjährigen Reich begrüßt worden ist. Das stand am Beginn dieses Prozesses, in dem wir uns heute befinden.

(Beifall)

Es geht mir wie Reinhard Klimmt: Wir befinden uns auf diesem Parteitag nicht in der Situation, wie sie vor drei Wochen herrschte. Es gibt viele Fragen, die wir aufzuarbeiten haben, etwa die Frage nach dem Verständnis von Völkerrecht, das wir in Zukunft international durchsetzen wollen. Wir befinden uns in der dritten Woche dieses Krieges.

Man muß wahrnehmen, wie Milosevic und die ihn tragenden Kräfte agieren. So schwer es mir fällt, aber jede Erklärung eines einseitigen Waffenstillstands jetzt würde von diesem Mann und seinen Leuten als Zeichen der Schwäche gedeutet. Sie würde mit Triumph begleitet werden. Dies ist die Realität, der wir uns zu stellen haben. Deshalb geht das nicht, liebe Genossinnen und Genossen. Auch das gehört zur Logik des Prozesses, der in Gang gekommen ist.

Wir müssen uns darüber im klaren sein – das ist ein Appell an viele, deren Wunsch ich verstehe –, daß wir jedenfalls dadurch keine Verbesserung der humanitären Situation herbeiführen werden.

Es gehört allerdings auch zur Ehrlichkeit, sich einzugestehen, daß die Luftschläge bisher keine Verbesserung der humanitären Situation bewirkt haben. Es kann auch niemand versprechen, daß dies jemals anders sein wird.

Aber eines ist klar, liebe Genossinnen und Genossen: Wenn es möglich ist, daß man sich auf dem Weg, den Milosevic eingeschlagen hat, durchsetzt, wenn dies das Menetekel dieses Prozesses ist, dann wird sich das, was dort stattgefunden hat, an vielen Stellen wiederholen, auch in Europa. Deswegen darf sich Milosevic nicht durchsetzen. Das halte ich für das entscheidende Argument in dieser Auseinandersetzung.

(Beifall)

Wir haben allerdings, so denke ich, eines mit großer Sorge zu bedenken, und das liegt mir sehr am Herzen: Es geht nicht um Milosevic allein. Wir müssen schon zur Kenntnis nehmen, daß er im Moment von einer großen Emotion getragen wird, die es nicht nur unter den Serben gibt, sondern in der ganzen orthodoxen Welt. Wir haben vielleicht zu sehr ausgeblendet, was dort an historisch gewachsenen Ängsten und Aggressionen existiert, etwa im Verhältnis zum Islam. Wenn wir eine diplomatische Lösung und den Vorrang der Politik erreichen wollen, muß es uns gelingen, Milosevic von der orthodoxen Welt zu isolieren, auch von Rußland. Der Weg in den Einsatz von Bodentruppen – das ist eine gefährliche Logik des Krieges – würde in der Tat eine Ausweitung des Konflikts bedeuten, die Milosevic sehr begrüßen würde, wie ich glaube, und die Rußland in eine sehr schwierige und sehr destabilisierende Lage brächte und große Gefahren für den Frieden und die Sicherheit in Europa bedeuten würde.

Deshalb muß von diesem Parteitag ein glasklares Signal ausgehen, daß wir, was die Logik des Krieges hinsichtlich der Bodentruppen angeht, dieses ablehnen. Wir wollen das nicht von uns aus ermöglichen und auch nicht begleiten. Das ist eine klare Botschaft, die auch an unsere Bündnispartner gerichtet ist.

(Beifall)

Vorsitzender Walter Momper: Herta Däubler-Gmelin, Baden-Württemberg, hat das Wort. Ihr folgt Heidi Wieczorek-Zeul, Parteivorstand.

Herta Däubler-Gmelin, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Jeder von uns weiß, daß die grauenvollen Menschenrechtsverletzungen im Kosovo und die Militäreinsätze der NATO uns alle vor quälende Fragen stellen, für die es keine einfachen Antworten

AUSSPRACHE

ten gibt. Ich glaube, es war jedem und jeder, die hier gesprochen haben, anzumerken, daß sich niemand die Antworten einfach gemacht hat: weder dort, wo mit moralischen Argumenten gearbeitet wurde, noch dort, wo mit politischen oder auch mit juristischen Argumenten gearbeitet wurde.

Ich selbst – laßt mich das sehr deutlich sagen – halte die Entscheidung des Bundestages und der Bundesregierung für richtig. Ich halte die Politik, die jetzt betrieben wird, für richtig. Ich halte sie moralisch deshalb für richtig, weil es nicht genügt, den Opfern zu helfen, wenn man die Möglichkeit hat, den Tätern in den Arm zu fallen.

Ich halte sie politisch deshalb für richtig, weil sich Milosevic nicht durchsetzen darf; übrigens nicht nur deshalb, weil sonst Nachahmern Tür und Tor geöffnet würden, sondern auch deshalb – laßt mich das jetzt juristisch argumentierend sagen –, weil das ein vernichtender Schlag gegen die Geltung von Menschenrechten und die Geltung von Recht wäre.

Ihr müßt euch nicht nur anschauen, was der Generalsekretär der UNO gesagt hat, was die Flüchtlingskommissarin der Vereinten Nationen gesagt hat oder was die Menschenrechtskommissarin der Vereinten Nationen gesagt hat, sondern schaut euch auch an, was die Chefankläger und die Vorsitzenden des Internationalen Gerichtshofes für Jugoslawien gesagt haben. Dann wißt ihr, um was es hier geht.

Ich bin aber auch der Auffassung – eigentlich wird von Juristen erwartet, daß sie auch über solche Dinge mit der gebotenen Kühle reden, aber ihr merkt, es fällt mir schwer –, daß es juristische Schranken gegen das Vorgehen und gegen die Politik der Bundesregierung nicht ernsthaft gibt. Es gibt sie aus verfassungsrechtlicher Sicht nicht, weil – das werdet ihr bereits wissen – die PDS, die im Bundestag nicht zugestimmt hat, beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe geklagt hat und mit ihrem Antrag zurückgewiesen wurde.

Es gibt sie aber auch aus völkerrechtlicher Sicht viel weniger, als manche dieses zu fürchten scheinen.

Natürlich gibt es beide Prinzipien, die schon von Henning Voscherau vorgetragen wurden. Es gibt zum einen das Prinzip der Achtung der Verletzung von Menschenrechten. Um es weniger kompliziert auszu-

drücken: Es gibt das unabdingbare Gebot, die Menschenrechte zu achten. Zum anderen gibt es das Gebot zur Ächtung des Krieges.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, es geht vor allen Dingen darum, daß die Vereinten Nationen festgestellt haben, daß Menschenrechtsverletzungen nicht geduldet werden können, daß der Frieden in der Region ernsthaft gefährdet wurde und daß alle Voraussetzungen vorliegen, um hier einzugreifen. Wie ihr wißt, ist die Mandatierung an den Vetostimmen gescheitert. Es besteht also nicht das Dilemma, sich zwischen Krieg und Frieden und Durchsetzung der Menschenrechte zu entscheiden.

Es stellt sich die Frage: Müssen wir uns juristisch mit der Nichtmandatierung zufriedengeben? Es gibt keinen Grundsatz im Völkerrecht, der uns gebietet, Menschenrechtsverletzungen nur zuzuschauen. Es gibt aber jenen Grundsatz des Völkerrechtes, dort einzugreifen, wo wir helfen können. Dieser Punkt wird nicht bestritten. Trotzdem besteht das Mißtrauen, daß andere Interessen, sowohl die Interessen der NATO als auch die Interessen des einzigen Weltpolizisten, im Vordergrund stehen könnten. Liebe Genossinnen und Genossen, ihr wißt, daß dies nicht der Fall ist.

Henning Voscherau hat schon erwähnt, man könne aus der jetzigen Situation ein schlechtes Vorbild für die Zukunft ableiten. Das kann man aber schon deshalb nicht, weil in dieser Situation die Wahl eines anderen Mittels nicht mehr bestand. Hätte die Wahl bestanden, dann hätten wir falsch gehandelt. Da aber keine Wahl bestand, gibt es kein juristisches Dilemma in bezug auf das Völkerrecht.

Ich denke, wir können mit gutem Gewissen der verantwortungsvollen Haltung folgen und dem Antrag zustimmen. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Walter Momper: Das Wort hat nun Heidemarie Wieczorek-Zeul vom Parteivorstand. Ihr folgt Benjamin Mikfeld, ebenfalls vom Parteivorstand.

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Für jeden und für jede von uns ist es ein ganz schwieriger Abwägungsprozeß, wie wir uns in der jetzigen Phase verhalten sollen. Deshalb gibt es sehr individuelle, die traditionellen

AUSSPRACHE

Schranken und Vorstellungen sprengende Entscheidungen eines jeden einzelnen. Zu diesem Punkt will ich aus meiner Sicht etwas sagen.

Aufgrund der Erfahrungen und Diskussionen mit den Betroffenen teile ich ihre Auffassung: Das Wichtigste, das wir in der jetzigen Situation tun können, um dafür zu sorgen, daß die vertriebenen Menschen in den Kosovo zurückkehren können, ist die ununterbrochene Aufrechterhaltung des Druckes auf Milosevic. Das sind wir denjenigen, die vertrieben worden sind, schuldig. 300 000 Flüchtlinge in Albanien haben die Erwartung an uns, daß wir dazu beitragen, daß sie wieder zurückkehren können und daß ihr Recht, in ihrem Land zu leben, mit unserer Hilfe eingelöst wird.

(Beifall)

Dieses Verhalten sind wir auch den Ländern schuldig, die diese Situation auf Dauer nicht bewältigen können. So hat etwa Albanien mit seinen drei Millionen Einwohnern 300 000 Flüchtlinge aufgenommen. Ich will an dieser Stelle einen Dank an diese Länder richten. Wer sich klarmacht, was es bedeutet, daß 10 Prozent der Menschen in einem armen Land Flüchtlinge sind, der weiß, welche großartige Arbeit in diesen Ländern geleistet wird.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, meine Überzeugung und mein Abwägungsprozeß sieht folgendermaßen aus: Es gibt Situationen, in denen man sich entscheiden muß. In der Situation, in der wir waren und sind, komme ich zu der Überzeugung, daß wir alles dafür tun müssen, daß Mord und Vertreibung ganzer Völker oder Volksgruppen nicht zugelassen werden dürfen. Auf die mehrfache Rückfrage, ob es sich dabei um einen Bruch des Völkerrechts handelt, antworte ich: Ich komme angesichts globaler Entwicklungen, die den Nationalstaat auch in anderer Hinsicht nicht mehr voll souverän erscheinen lassen, zu der Auffassung, daß es notwendig ist, das Völkerrecht so weiterzuentwickeln, daß das Prinzip der Sicherung der Menschenrechte im Völkerrecht entsprechend verwirklicht wird.

Ich will auf Reinhard Klimmt zurückkommen. Er hat gefragt, warum wir im Sudan oder in anderen Ländern zuschauen. Für mich lautet die Schlußfolgerung: Es war eine Schande, daß sich die Blauhelme aus

Ruanda zurückgezogen haben, weil dadurch ein Völkermord an 500 000 Menschen möglich geworden ist.

(Beifall)

Für mich ist die Konsequenz: Wir müssen dazu beitragen, daß die UN tatsächlich zu einem Instrument der Sicherung der Menschenrechte wird. Laßt uns massiv Initiativen unternehmen, um dem Vetorecht der alten Atommächte entsprechend entgegenzutreten und um die UN entsprechend zu reformieren! Das ist eine vorwärtsweisende Orientierung, die wir aus dieser Diskussion aufgreifen müssen.

Ich möchte noch einen letzten Punkt ansprechen. Es stellen sich noch andere Fragen, die wir beantworten müssen. Die NATO hat mit hohem moralischem Anspruch – Stichwort: Menschenrechte – eingegriffen. Dazu sage ich: Was im äußeren gilt, muß auch im inneren gelten. Deshalb dürfen die Mitgliedstaaten der NATO zukünftig nicht zulassen, daß eines ihrer Mitgliedstaaten die Minderheitenrechte im eigenen Land, zum Beispiel die Minderheitenrechte der Kurden in der Türkei, mit Füßen tritt.

(Beifall)

Um daraus die Konsequenzen zu ziehen, brauchen wir kein militärisches Eingreifen. Es reicht vielmehr der politische Druck. Von Stund an muß dieser politische Druck entsprechend ausgeübt werden. Das heißt für mich, endlich eine Politik hinsichtlich der Waffen- und Rüstungsexporte zu praktizieren, die dazu beiträgt, daß keine Waffenlieferungen in Regionen erfolgen, in denen Menschenrechtsverletzungen praktiziert werden.

(Beifall)

Diese Diskussion muß für uns Konsequenzen haben. Wir werden all diese Punkte in der Zukunft in unsere Überlegungen mit einbeziehen müssen. Ich danke euch sehr.

(Beifall)

Vorsitzender Walter Momper: Benjamin Mikfeld vom Parteivorstand hat das Wort. Ihm folgt Günter Verheugen, ebenfalls vom Parteivorstand. – Bitte, Benni.

Benjamin Mikfeld, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Manche sagen, wir entscheiden hier heute über Regierungspolitik. Das ist nur ein Gesichtspunkt. Wir entscheiden heute über eine Angelegenheit von weltpolitischem Ausmaß. Wir müssen uns hier und heute als Partei in dieser Frage positionieren. Wir müssen in diesem Zusammenhang auch darüber entscheiden, ob die Politik, die die Bundesregierung macht, richtig ist.

In diesem Zusammenhang sehe ich drei Unsicherheiten der Bundesregierung, die ich ansprechen möchte. Die erste Unsicherheit ist die bündnispolitische Unsicherheit. Gerhard Schröder sagt, wir können nicht autonom agieren; wir würden uns in einer Staatengemeinschaft – er meint damit die NATO – befinden. Das ist richtig. Aber auf die gleiche Art und Weise können auch die Franzosen, die Italiener und die Briten argumentieren. Deshalb halte ich diese Art der Argumentation für ein Problem. Letztendlich gibt man damit als Europäische Union implizit zu, daß man sich in der gegenwärtigen Situation im Schlepptau der Vereinigten Staaten und der NATO befindet. Darüber möchte ich einmal im Zusammenhang mit der Selbstverständnisdiskussion der NATO unter den Stichwörtern neues Selbstbewußtsein, Streben nach Selbstmandatierung und Normalisierung des Völkerrechtsbruchs diskutieren.

Sollte sich der Antrag des Parteivorstandes durchsetzen, dann will ich wenigstens an einer entscheidenden Stelle eine Änderung. Der Antrag enthält die Stelle, daß die Bundesregierung innerhalb der NATO darauf hinwirken wird, daß auf Bodentruppen verzichtet wird. Was heißt dies im Umkehrschluß, Genossinnen und Genossen? Heißt dies, daß wir für Bodentruppen sind, wenn die NATO dafür ist? Ich möchte, daß die klare Position aufgenommen wird: Wir lehnen eine deutsche Beteiligung an Bodentruppen ab.

(Beifall)

Der zweite Punkt betrifft die rhetorische Unsicherheit. Wie wenig sicher ist sich ein deutscher Außenminister, wenn er vor der deutschen Öffentlichkeit das, was gegenwärtig passiert, damit rechtfertigt, seine Generation sei mit der Devise „Nie wieder Auschwitz!“ angetreten. Wir sind uns alle einig: Nichts rechtfertigt das, was im Kosovo passiert – nichts. Niemand will das beschönigen. Auch ich bin von dem betroffen, was gerade geschildert worden ist. Trotzdem hoffe ich, daß einige Ver-

treter der Generation, die er zitiert, ihre Geschichtsbücher besser gelesen haben. Kosovo ist schlimm; aber die Gleichsetzung mit dem Faschismus verharmlost Auschwitz. Genossinnen und Genossen, auch das muß hier einmal gesagt werden.

(Beifall)

Der dritte Punkt besteht für mich in der strategischen Unsicherheit dessen, was die Regierung macht. Das Ziel ist allen klar, und darüber brauchen wir nicht weiter zu diskutieren. Daß das, was im Kosovo passiert ist, schlimm ist, müssen wir auch nicht weiter diskutieren. Ich wehere mich gegen die Haltung, daß diejenigen, die eine andere Position als die Bundesregierung vertreten, diese Geschehnisse verharmlosen, dulden oder sonst irgendwie unterstützen würden.

Trotzdem – das ist mehrfach gesagt worden –: Das definierte Ziel „Stopp von Mord und Vertreibung im Kosovo“ ist nicht erreicht worden. Ich wünsche mir auch einmal eine Diskussion mit einem Beitrag des Verteidigungsministers dazu, was die nächsten Schritte sind, eben weil dieses Ziel kurzfristig nicht erreicht worden ist. Mittelfristig kann ein Frieden in der Region nur funktionieren, indem man Demokratie im Kosovo und in Serbien schafft. Dafür braucht man die Bevölkerung.

Ich frage euch: Bekommt man Demokratie in Serbien, indem man weiterhin Kraftwerke bombardiert, aus Versehen vielleicht sogar Siedlungen bombardiert, zivile Einrichtungen bombardiert oder auch Bodentruppen der Serben bombardiert, zu denen natürlich Menschen gehören, die Familien und Freunde haben? Oder ist es eher sinnvoll, zumindest durch eine Aussetzung der Angriffe auf Serbien, Vertrauen in der Bevölkerung zu schaffen und mittelfristig eine demokratische Stabilisierung in der Region zustande zu bringen. Ich glaube, letzteres ist sinnvoll. Genossinnen und Genossen, 47 Prozent der Deutschen sagen: Stopp der Kampfeinsätze, weil sie ihr Ziel nicht erreicht haben. Wir müssen andere Lösungen anstreben.

Ich komme zum Schluß. Wenn wir dem Initiativantrag 3 zustimmen, dann teilen wir die Position von 47 Prozent der Deutschen und stellen uns damit keinesfalls in eine pazifistische Ecke; vielmehr machen wir Realpolitik pur.

Danke.

(Beifall)



Vorsitzender Walter Momper: Das Wort hat Günter Verheugen, Parteivorstand. Ihm folgt Erhard Eppler, Baden-Württemberg.

Günter ist aus welchen Gründen auch immer nicht da. Dann hat Erhard Eppler, Baden-Württemberg, das Wort. Ihm folgt Ludwig Stiegler, Bayern.

Erhard Eppler, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Als ich vor genau zehn Jahren, am 1. April 1989, aus dem Präsidium vorzeitig ausschied – übrigens zugunsten des damaligen niedersächsischen Oppositionsführers, der eine schwierige Wahl vor sich hatte –, hätte ich mir nicht gedacht, daß zehn Jahre später einige zu mir kommen und mich bitten: Auch du solltest noch ein Wort sagen. Wenn ich heute schon spreche, dann würde ich heute viel lieber über etwas ganz anderes reden, nämlich über das, was ich die Wiederkehr der Politik genannt habe, und über das, was sich in den nächsten Jahren wirklich entscheidet.

Ihr alle wißt, daß ich mich vor 20 Jahren zur Friedensbewegung gezählt habe. Ich habe im Hofgarten gesprochen. Ich bereue das nicht. Damals

standen zwei atomar gerüstete Weltmächte einander gegenüber, die sich gegenseitig vielfach auslöschen konnten. Krieg bedeutete für Mitteleuropa Tod, und Frieden bedeutete Leben. Nebenbei gesagt, ich war der Meinung, daß dieser Ostblock viel schwächer war, als unsere Propaganda ihn machte. Allerdings habe ich ihn nicht für ganz so schwach gehalten, wie er tatsächlich war.

Seit 1989 hat die Gewalt nicht abgenommen, sondern zugenommen. Dies ist aber außerhalb dessen geschehen, was als Krieg definierbar ist. Das heißt, wir haben immer mehr Gewalt und immer weniger definierbaren Krieg erlebt. Milosevic behauptet ja, daß das, was er im Kosovo macht, keineswegs Krieg ist. Das Gemetzel in Ruanda sei kein Krieg gewesen, auch nicht das in Algerien. All das sei nur Gewalt gewesen. Wir leben jetzt mit einer riesigen Skala von Gewalt, die mit der organisierten Kriminalität beginnt und über Bombenterror und Selbstmordkommandos bis hin zum Völkermord reicht. Meistens findet das außerhalb dessen statt, was man Krieg nennt. Wenn sechs Banditen ein Hotel überfallen, dann ist die bewaffnete Polizei am Zug, und wenn 600 Banditen eine Stadt überfallen, dann nennen sie es Krieg. Manche Pazifisten und die Militärs sagen dann: Das ist nichts für uns, denn das ist nicht der Krieg, den wir gelernt haben.

So ist das eingetreten, was wir jetzt erleben. Ich bin heute der Überzeugung, daß im nächsten Jahrhundert die Frage weniger „Krieg oder nicht Krieg?“ lauten wird, weil Krieg nicht mehr definierbar ist; vielmehr wird sich die Frage stellen, ob es gelingt, daß jeder und jede, der oder die das Recht des Stärkeren in Anspruch nimmt – ob das ein Vergewaltiger, ein Raubmörder oder ein Diktator ist – irgendwann erfahren muß, daß es noch Stärkere gibt.

(Beifall)

Am liebsten wäre es mir natürlich, wenn das durch ein Gewaltmonopol der UNO geschehen könnte. Wo immer er konnte, hat Milosevic das Recht des Stärkeren für sich in Anspruch genommen. Nun gibt es gegen das, was von der NATO ausgeht, viele Einwände, von denen wir diverse heute gehört haben. Fast allen Einwänden kann ich zustimmen. Sie haben alle Gewicht, sie sind alle vernünftig. Ich will gar nicht die Namen all derjenigen nennen, die diese Einwände vorgebracht haben. Was sie gesagt haben, das ist kein dummes Zeug, das ist alles zum guten Teil

AUSSPRACHE

richtig. Nur: Es hilft denjenigen nicht, die hier und jetzt entscheiden müssen, was weiter geschehen soll.

(Beifall)

Es war Milosevic selbst, der die Handlungs- und auch die Rückzugsmöglichkeiten der NATO aufs äußerste begrenzt hat. Denn jetzt gibt es eine halbe Million Flüchtlinge, und jede Rückkehr zur Politik muß mit der Rückkehr der Flüchtlinge beginnen.

(Beifall)

Die Flüchtlinge gehen nicht zurück, solange sie nicht militärisch von internationalen Truppen geschützt werden. Deshalb hat es keinen Sinn, jetzt zu sagen: Fangen wir mit der Politik an, und lassen wir einmal das Militär draußen! Nein, erst das Militär kann die Menschen dazu bringen, wieder nach Hause zu gehen. So schrecklich ist es inzwischen geworden. Das heißt, Milosevic ist es gelungen, die NATO dazu zu zwingen, auf alle Fälle das durchzusetzen, was er um jeden Preis verhindern wollte, nämlich die Präsenz der internationalen Truppen im Kosovo. Daran führt kein Weg mehr vorbei, denn sonst werden die Flüchtlinge nicht mehr zurückkehren. Das einzige, was wir anbieten können, ist, daß dabei nicht nur NATO-Truppen helfen, sondern daß wir versuchen, andere, vor allem die Russen, mit ins Boot zu nehmen. Das wird auch versucht.

(Beifall)

Kein Vermittler, ob er Nelson Mandela oder Schimon Peres heißt, kommt daran vorbei, daß die Rückkehr zur Politik mit der Rückkehr der Flüchtlinge beginnen muß und daß die Rückkehr der Flüchtlinge nur unter militärischem Schutz stattfinden kann. So schrecklich ist das jetzt.

(Vereinzelt Beifall)

Laßt mich noch eine letzte, eine sehr allgemeine Bemerkung machen: Die 68er Bewegung hat uns in unserer Gesellschaft viel Neues und Gutes gebracht. Sie hat aber auch einiges verschüttet. Etwas von dem, was sie verschüttet hat, ist das Gespür für Tragik. Wir sind ja dabei, alles, was traurig ist, „tragisch“ zu nennen. Nein, tragisch ist eine Situation, wenn man schuldig wird, ganz gleich was man tut. Natürlich wird man schuldig, wenn man Bomben wirft. Die Frage ist doch nur, wie man noch

schuldiger wird. Deshalb muß diese Partei jetzt diesen tragischen Konflikt, auf den sie gar nicht vorbereitet ist, aushalten. Sie muß lernen, was eine tragische Entscheidung ist, und sie muß das dann so aushalten, daß jeder dem anderen zugesteht, daß er gute Gründe hat. Dann muß die Regierung handeln. Ich habe den Eindruck, sie handelt so, daß wir ein bißchen weniger schuldig werden, als wenn wir nichts täten.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Vorsitzender Walter Momper: Genossinnen und Genossen, bevor ich einem weiteren Redner das Wort gebe, hat der Genosse Axel Schäfer, Westliches Westfalen, um das Wort zur Geschäftsordnung gebeten. Bitte schön, Axel, du hast das Wort.

Axel Schäfer, Westliches Westfalen: Genossinnen und Genossen! Ich bin seit 1977 Delegierter auf Bundesparteitagen und habe schon viele Debatten miterlebt. Ich erinnere daran, daß wir auch bei der Frage der Nachrüstung und bei der ersten großen Atomdebatte in der Situation waren, daß mehr Genossinnen und Genossen – zu Recht – diskutieren wollten, als es unsere Zeit erlaubte. Aufgrund dieser Erfahrung und in Anbetracht der jetzigen Lage erlaube ich mir, einen Antrag auf Schluß der Debatte zu stellen.

(Teilweise Beifall)

Vorsitzender Walter Momper: Genossinnen und Genossen, wir haben noch 33 weitere Wortmeldungen. Wird dem Antrag von Axel Schäfer widersprochen?

(Zurufe: Ja!)

– Dann wird über ihn abgestimmt. Wer dem Antrag von Axel Schäfer auf Schluß der Debatte zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Ersteres war die Mehrheit. Damit ist der Schluß der Debatte eingetreten.

Wir kommen dann zurück zu den Anträgen. Für die Antragskommission hat Rudolf Scharping das Wort. Bitte schön, Rudolf.

Bericht der Antragskommission

Rudolf Scharping, Vorsitzender der Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen! Mit Blick auf die Entscheidung, die ihr getroffen habt, wäre es in meinen Augen ein Fehler, jetzt noch einmal auf einzelne Teile der Diskussion einzugehen. Ich will deswegen unbeschadet des einen Punktes, in dem wir offenkundig eine unterschiedliche Auffassung haben, nur noch kurz hervorheben, daß wir uns offenbar in vielen Punkten sehr einig sind und daß die Debatte das gezeigt hat, nämlich erstens in der Beurteilung der Politik von Milosevic und der Unmenschlichkeit seines Vorgehens im Kosovo, zweitens in der Reklamierung der kurzfristigen Ziele, die ich jetzt mit Hinweis auf die Ziffern 3.1 bis 3.5 deshalb erwähne, weil ich euch aktuell sagen wollte, daß sich vor wenigen Minuten der NATO-Rat mit seinen 19 Mitgliedern diese Forderung einstimmig zu eigen gemacht hat. Drittens stimmen wir überein in der Notwendigkeit der humanitären Hilfe und dem Respekt gegenüber allen Beteiligten, viertens in den politischen

Perspektiven, die nach einem Ende der gewalttätigen Auseinandersetzungen ergriffen werden sollen, fünftens in dem Ziel, daß in diese Initiativen Rußland einbezogen werden muß, und sechstens in dem langfristigen Ziel einer Stärkung der Vereinten Nationen.

Ich will mit Blick auf mancherlei Debatten auch sagen – nehmt das bitte genauso, wie es gesagt ist –: Die Bundesregierung hat sich nicht nur für die Ziele eingesetzt, die in dem vorliegenden Antrag des Parteivorstandes genannt sind, die kurzfristigen wie längerfristigen; sie hat vielmehr auch immer wieder deutlich gemacht, daß ein Eingreifen in den Konflikt in Kosovo mit Bodentruppen nicht in Betracht kommt, und das wird auch so bleiben.

Antragsberatung

Vorsitzender Walter Momper: Schönen Dank, Rudolf.

Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zu den Anträgen im Detail. Gegenstand der Beschlußfassung wird die Empfehlung der Antragskommission zu den Initiativanträgen. Ich bitte euch, die entsprechende Aufstellung zur Hand zu nehmen. Danach wird der Antrag 1, also der Leitantrag, zur Annahme empfohlen, und zwar in der Fassung der Antragskommission, wonach die Punkte 3.3 sowie 4.1 und 4.3 ergänzt werden. Ihr habt das alle vor Augen. Mit der Annahme dieses Antrages in der geänderten Fassung würden die Initiativanträge 3, 4, 5 und 6, wie ihr dem Zettel entnehmen könnt, erledigt. Ist das soweit klar? – Konrad Gilges hat sich zu Wort gemeldet. Bitte, Konrad.

Aussprache

Konrad Gilges, Mittelrhein: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich will, wie ihr, die Verhandlungen hier nicht verlängern. Aber dieses Verfahren halte ich nicht für angebracht, nicht für angemessen und auch nicht für richtig.

(Teilweise Beifall)

Der Initiativantrag 4, der von mir unterstützt wird, enthält eine klare Aussage – diese Aussage steht in der Empfehlung der Antragskommission so nicht drin –, nämlich daß unabhängig davon, wie die NATO entscheidet, eine Beteiligung deutscher Truppen an einem Bodeneinsatz nicht stattfinden darf. Das ist die Aussage des Initiativantrags 4. Ich halte das auch deshalb für notwendig, da der Bundeskanzler, mein lieber Freund Gerhard, in seiner Rede mit keinem Satz auf diese Frage eingegangen ist. Er hat nirgendwo zu dieser Frage eine Klarstellung herbeigeführt, indem er gesagt hat: Unabhängig davon, was die NATO entscheidet, nehmen wir das Recht aus dem NATO-Statut, wie es auch jetzt einige NATO-Länder machen, in Anspruch und werden uns mit der Bundeswehr an einem Bodeneinsatz nicht beteiligen. – Weil diese Unklarheit besteht, bin ich der Meinung, daß der Initiativantrag 4 unabhängig davon, was die Antragskommission empfohlen hat, abgestimmt werden muß.

(Teilweise Beifall)

Vorsitzender Walter Momper: Wenn es denn zum Frieden und zur Verständigung auf dem Parteitag beiträgt, dann lassen wir den Initiativantrag 4 als Änderungsantrag zum Hauptantrag mit den beiden Änderungen, die darin begehrt sind, abstimmen. Ihr habt das vor Augen. Ist das okay? – Gut.

(Zuruf von Jörg Jordan [Hessen-Süd])

– Jörg, es reicht doch eigentlich; wir lassen nun über ihn abstimmen. Es reicht doch, wenn ein Antrag als Alternative dazu abgestimmt wird. Aber, bitte, Jörg, du hast das Wort.

Jörg Jordan, Hessen-Süd: Ich glaube, es würde dem Parteitag bei seiner Entscheidungsfindung doch sehr helfen, wenn in der Tat über al-

AUSSPRACHE

le vorhandenen Änderungsanträge zu dem Antrag des Parteivorstandes inhaltlich – jeweils einmal natürlich nur – abgestimmt würde, falls konkrete Änderungen zu einzelnen Punkten da sind. Wir haben als Delegation von Hessen-Süd den Initiativantrag 6 eingebracht.

Hinsichtlich des Themas, das Konrad Gilges hier eben vorgetragen hat, ist unser Antrag erledigt; diesen Punkt hatten auch wir beantragt. Da braucht man in der Tat nur einmal abzustimmen. Aber wir haben noch zwei weitere Punkte, die wir zur Abstimmung zu stellen bitten.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Walter Momper: Wenn das dem Frieden und der Verständigung dient, dann stimmen wir auch über den Initiativantrag 6 ab. Erst einmal stimmen wir aber über den Initiativantrag 4 als Änderung zum Hauptantrag, nämlich zum Leitantrag, ab. Hat jeder den Initiativantrag 4 vor Augen? Das sind die beiden Änderungen zum Hauptantrag.

(Zuruf: Getrennt abstimmen!)

Dann müßt ihr getrennte Anträge einbringen! Ich bitte um mehr Respekt vor der Geschäftsordnung. Aber wenn auch das dem Frieden dient, stimmen wir getrennt ab. Das heißt, wir stimmen erst über den ersten Absatz, dann über den zweiten Absatz und dann über den I 6 ab, wie Jörg Jordan das begehrt hat.

Dann frage ich, wer Initiativantrag 4 als Änderungsantrag zu Initiativantrag 1 anzunehmen wünscht, nämlich die Änderung des letzten Satzes von 4.3 des PV-Antrages. Der Text lautet: „Unabhängig von der Entscheidung anderer NATO-Staaten wird die Bundesrepublik Deutschland nicht am Einsatz von Bodentruppen teilnehmen.“ Dazu wird die Antragskommission durch Rudolf Scharping noch einmal eine Empfehlung abgeben.

(Zurufe: Nein!)

– Die Antragskommission hat, genauso wie die Antragsteller, das Recht, dazu Stellung zu nehmen. Ich bitte wirklich, nach der Geschäftsordnung zu verfahren.

(Vereinzelt Beifall)

Bitte, Rudolf.



Bericht der Antragskommission

Rudolf Scharping, Vorsitzender der Antragskommission:

Genossinnen und Genossen! Ich möchte euch darauf aufmerksam machen, daß wir in der Antragskommission mehrheitlich davon abgeraten haben, diese Ergänzung vorzunehmen, und zwar aus folgendem Grund: Es wird am Dienstag ein Treffen zwischen der amerikanischen Außenministerin und dem russischen Außenminister geben, das durch Initiativen des Bundesaußenministers vorbereitet worden ist. Ich habe euch eben gesagt, daß sich die NATO-Staaten diese Forderung zu eigen gemacht haben. Ich kenne die ganzen Debatten um eine angebliche Vorbereitung des Einsatzes von Bodentruppen. Sie sind alle falsch. Vor diesem Hintergrund müßt ihr wissen, daß eine solche Beschlußfassung für die Bundesregierung und für ihr Handeln in internationalen Gremien ein Problem aufwerfen wird. Wir werden uns dann nämlich vor dem Hintergrund der zum Teil mühsam durchgesetzten Initiativen der Bundesregierung mit der Frage auseinandersetzen müssen, ob wir von vorn-

herein und ohne Kenntnis der konkreten Umstände, zum Beispiel der Frage, was in Montenegro oder was im Weltsicherheitsrat mit Blick auf Kapitel 7 und Kapitel 8 geschieht, aus der Bündnissolidarität ausscheiden wollen. Das wird alles in Gefahr bringen, was die Bundesregierung bisher an politischen Initiativen auf diesem Feld bewirkt hat.

Vorsitzender Walter Momper: Danke, Rudolf. – Genossinnen und Genossen, die Empfehlung der Antragskommission zu diesem Abschnitt 4.3 lautet, den Abschnitt zu ergänzen um: „und an ihrer ablehnenden Linie hinsichtlich des Kampfeinsatzes von Bodentruppen festzuhalten“. Über diesen Vorschlag der Antragskommission lasse ich jetzt zuerst abstimmen. Im Falle, daß dieser abgelehnt wird, lasse ich über den Änderungsantrag von Hessen-Süd abstimmen.

Wer dem Änderungsvorschlag der Antragskommission zu dem Punkt 4.3 seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Ersteres war die Mehrheit. Damit ist der Initiativantrag 4 in diesem Abschnitt erledigt.

Jetzt komme ich zum zweiten Abschnitt des Initiativantrags 4, Seite 2 Zeilen 1 bis 16. Der Text ist ein bißchen länger, deswegen werde ich ihn nicht vorlesen. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Ersteres war die Mehrheit. Damit ist die Empfehlung der Antragskommission auf Ablehnung angenommen.

Jetzt komme ich zum Initiativantrag 6, Hessen-Süd. Das ist der Antrag, den Jörg Jordan begründet hat. Auch dazu empfiehlt die Antragskommission Ablehnung. Über diese Empfehlung der Antragskommission wird jetzt abgestimmt. Wer der Empfehlung der Antragskommission auf Ablehnung seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Ersteres war die Mehrheit.

Genossinnen und Genossen, nun kommen wir zu der Beschlußfassung über den gesamten Leitantrag in der Fassung der Antragskommission. Einige Änderungen der Antragskommission haben wir schon beschlossen. Wer diesem Vorschlag der Antragskommission seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit angenommen.

(Beifall)

BERICHT DER ANTRAGSKOMMISSION

Nun kann ich Ihnen auch das Ergebnis der Spendenaktion bekanntgeben: Es sind 7357,44 DM, 2,50 Französische Francs und 5 Schweizer Franken gesammelt worden. Allen, die gespendet haben, herzlichen Dank.

(Beifall)

Wahl des Parteivorsitzenden

Vorsitzender Richard Dewes: Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 6: Wahlen. Unter a) steht die Wahl des Parteivorsitzenden, unter b) die Wahl des Bundesgeschäftsführers an.

Wir beginnen mit dem Aufruf zur Wahl des Parteivorsitzenden. Liebe Genossinnen und Genossen, vorgeschlagen vom Parteivorstand für das Amt des Parteivorsitzenden ist Bundeskanzler Gerhard Schröder.

(Vereinzelt Beifall)

Weitere Vorschläge liegen nicht vor.

Ich bitte nun die Wahlkommission, die Stimmzettel an die Delegierten zu verteilen. Für die Wahl des Parteivorsitzenden gibt es einen blauen Stimmzettel. Wichtig ist: Der Stimmzettel ist nur gültig, wenn neben der Kennzeichnung mit Ja, Nein oder Enthaltung die Kontrollmarke Nr. 1 auf den Stimmzettel, am besten auf der Vorderseite, aufgeklebt ist.

Ich will noch folgenden Hinweis geben. Auf der Grundlage der Prüfung der Mandatsprüfungskommission sind 511 Delegierte stimmberechtigt. Nach 23 des Organisationsstatuts ist im ersten Wahlgang gewählt, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der stimmberechtigten Delegierten erhalten hat; dies sind 256.

Hat jeder einen Stimmzettel erhalten? –

Liebe Genossinnen und Genossen, ich frage noch einmal: Gibt es noch Delegierte, die über keinen Stimmzettel verfügen? Wenn alle über einen Stimmzettel verfügen, bitte ich darum, diesen auszufüllen und mit der Kontrollmarke Nummer 1 zu versehen.

Da ich davon ausgehe, daß alle die Wahlzettel ausgefüllt haben, bitte ich nun die Mitglieder der Wahl- und Zählkommission, die Wahlzettel einzusammeln.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich korrigiere die ermittelte Zahl der stimmberechtigten Delegierten: Es sind nunmehr ganz aktuell 477 stimmberechtigte Delegierte plus 38 Delegierte gleich 515 stimmbere-

rechtigte Delegierte. Das heißt, die erforderliche Mehrheit beträgt 258 Stimmen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich frage, ob alle Delegierten ihre Stimmzettel abgegeben haben.

(Zurufe: Nein!)

– Dann bitte ich die Mitglieder der Zählkommission, im hinteren Bereich die restlichen Stimmzettel einzusammeln. Ich sehe, daß auch das Präsidium der Partei noch nicht vollständig gewählt hat.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich frage noch einmal: Haben alle Delegierten ihre Stimmkarte abgegeben? Dies ist offenbar der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung zur Wahl des Parteivorsitzenden und bitte die Mitglieder der Zählkommission, mit dem Auszählen dieses Wahlgangs zu beginnen.

Wahl des Bundesgeschäftsführers

Wir kommen nun unmittelbar zur Wahl des Bundesgeschäftsführers. Auch hier gibt es einen Vorschlag des Parteivorstandes: Vorgeschlagen ist Ottmar Schreiner. Weitere Vorschläge liegen nicht vor.

Nun ist der gelbe Stimmzettel zu verwenden. Ich bitte die Mitglieder der Zählkommission, jetzt die Stimmzettel für die Wahl des Bundesgeschäftsführers an die Delegierten zu verteilen.

Liebe Genossinnen und Genossen, für den gelben Wahlzettel für die Wahl des Bundesgeschäftsführers ist die Kontrollnummer 2 zu verwenden, damit die Wahl gültig ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, hat jeder Delegierte einen Stimmzettel erhalten? – Das ist offenbar nicht der Fall. Ich bitte, nicht zu vergessen, die Kontrollmarke Nr. 2 auf den Stimmzettel zu kleben. – Offenbar hat jetzt jeder Delegierte einen Stimmzettel.

Ich bitte nun die Mitglieder der Zählkommission, mit dem Einsammeln der Wahlzettel zu beginnen. – Haben alle Delegierten ihre Stimmzettel abgegeben? – Das ist offenbar noch nicht der Fall. Dann bitte ich die Zählkommission, weiter einzusammeln. – Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte um Äußerungen darüber, ob alle Wahlzettel zur Wahl des Bundesgeschäftsführers eingesammelt sind. – Dies ist offenbar der Fall. Dann schließe ich die Wahl zum Bundesgeschäftsführer und bitte die Wahl- und Zählkommission, mit der Auszählung zu beginnen.

Genossinnen und Genossen, ich muß euch noch um etwas Geduld bitten. Wir warten noch auf das Ergebnis zur Wahl des Parteivorsitzenden.

Liebe Genossinnen und Genossen, das Ergebnis der Wahl zum Parteivorsitzenden liegt vor. Ich erteile der Vorsitzenden der Zählkommission, der Genossin Petra Heß, das Wort. – Petra, du hast das Wort.

Petra Heß, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Abgegebene Stimmen: 493. Ungültig: 6. Gültig: 487. Enthaltungen: 15. Ja: 370. Nein: 102.

Dies bedeutet eine Zustimmung von 75,98 Prozent der gültigen abgegebenen Stimmen.

(Langanhaltender Beifall)

Vorsitzender Richard Dewes: Lieber Gerhard, ich frage dich nun: Nimmst du die Wahl zum Vorsitzenden der SPD an?

Gerhard Schröder, komm. Vorsitzender der SPD, Bundeskanzler: Liebe Genossinnen und Genossen! Natürlich nehme ich die Wahl an. Ich bedanke mich bei denjenigen, die mich gewählt haben. Ich will versuchen, euer Vertrauen zu verdienen und es von denen zu erwerben, die mich nicht gewählt haben.

(Beifall)

Insofern denke ich, daß es eine Menge zu tun gibt. Wir werden das miteinander versuchen. Ich bin ganz sicher, daß das gut werden wird. Noch einmal vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Richard Dewes: Lieber Gerhard, der Parteitag gratuliert dir und wünscht dir und uns einen gemeinsamen, langen und erfolgreichen politischen Weg im Parteivorsitz und im Kanzleramt – und dies in großer Geschlossenheit und Solidarität. Alles Gute, Gerhard!

(Beifall)

Das Wort hat nun Ottmar Schreiner.

Ottmar Schreiner, Bundesgeschäftsführer der SPD: Liebe Genossinnen und Genossen! Gerhard Schröder hat vor einigen Tagen seinen 55. Geburtstag gefeiert. Ich bin gebeten worden, gewissermaßen stellvertretend für die gesamte Partei und den Parteitag Gerhard Schröder im nachhinein dazu sehr herzlich zu gratulieren und ihm für die weitere Arbeit alles Gute zu wünschen. Auch persönlich wünsche ich alles Gute.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten mir angesichts der Frage, welches Geschenk sich am besten anbieten würde, empfohlen, ein paar Inline-Skater auszusuchen, offenkundig nach dem Motto: Dann kann Gerhard den Weg zwischen seiner bisherigen und zukünftigen Arbeitsstätte im Bundeskanzleramt und der weiteren Arbeitsstätte im Erich-



Ollenhauer-Haus möglichst rasch zurücklegen. Das muß nicht täglich mehrfach passieren; einmal reicht schon.

Gerhard, noch einmal herzlichen Glückwunsch und alles Gute.

(Beifall)

Gerhard Schröder, Vorsitzender der SPD, Bundeskanzler:

Vielen Dank, lieber Ottmar. Ich bin mir nicht ganz sicher, weswegen ihr Inline-Skater ausgesucht habt. Wenn ich richtig informiert bin, dann braucht man bei der Benutzung dieser Inline-Skater – vielleicht könnt ihr das nachliefern – zumindest Knie- und Armschützer.

(Heiterkeit)

Wie ich euch und die Art und Weise des reichlich versteckten Humors, der in der Baracke üblich ist, kenne, habt ihr euch wohl ausgerechnet, daß ich die Inline-Skater vielleicht nicht brauche, die Knie- und Armschützer aber schon.

(Heiterkeit)

WAHL DES BUNDESGESCHÄFTSFÜHRERS

In diesem Sinne bedanke ich mich ganz herzlich und ausdrücklich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Baracke und künftig in Berlin, im Willy-Brandt-Haus. Ich freue mich wirklich auf die Zusammenarbeit, und ich hoffe, ihr auch.

(Heiterkeit und Beifall)



Aussprache Resolution Europa

Vorsitzende Monika Wulf-Mathies: Gerhard, vielen Dank.

Liebe Genossinnen und Genossen! Am Ende dieses Parteitagess müssen wir nur noch die Voraussetzungen für einen Sieg bei den Europawahlen im Juni dieses Jahres schaffen und all unsere Mitglieder für diesen Wahlkampf mobilisieren.

Gerhard Schröder hat auf dem Gipfel in Berlin mit der Agenda 2000 und mit der Nominierung des Kommissionspräsidenten die Weichen für ein handlungsfähiges Europa gestellt. Jetzt müssen wir die Wahlen nur noch gewinnen, damit auch im Europäischen Parlament die Kräfte für Innovation und soziale Gerechtigkeit gestärkt werden.

Ich freue mich, daß Klaus Hänsch, ehemaliger erfolgreicher Präsident des Europäischen Parlaments und Spitzenkandidat unserer Partei, in die Resolution zur Europawahl einführen wird. Ich bin sicher: Wenn ihr jetzt sehr aufmerksam seid, wird er euch das Geheimnis verraten, wie

die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament noch stärker werden können. – Klaus, du hast das Wort.

Klaus Hänsch, Spitzenkandidat zur Europawahl: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich sehe es euch richtig an, wie ihr darauf wartet, jetzt auch noch über Europa sprechen zu können.

(Heiterkeit)

Aber zuerst will ich im Namen der SPD-Abgeordneten des Europäischen Parlaments und im Namen der ganzen sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament unserem neuen Parteivorsitzenden Gerhard Schröder sehr herzlich zu seiner Wahl gratulieren.

(Beifall)

In 62 Tagen, am 13. Juni 1999, hat unsere Partei eine Wahl zu bestehen, die erste bundesweite Wahl nach der Bundestagswahl am 27. September letzten Jahres. Genossinnen und Genossen, wir sollten daran denken: Eine Partei, die nicht jede Wahl ernst nimmt, gibt sich selbst auf. Wir müssen die Europawahl genauso ernst nehmen wie jede andere Wahl in Deutschland.

(Beifall)

Im Dezember letzten Jahres hat die Delegiertenkonferenz in Saarbrücken unser Programm zur Europawahl verabschiedet. Dabei bleibt es. Seither aber hat die Bundesregierung mit dem Gipfel in Berlin europapolitische Zeichen gesetzt. Genossinnen und Genossen, was hat es vor Berlin nicht alles an Warnungen, Unkenrufen und Katastrophenszenarien gegeben! Dann wurde innerhalb einer Stunde der Kandidat für den Präsidenten der EU-Kommission nominiert. Vor fünf Jahren, zu Kohls Zeiten, sind dafür noch zwei Gipfeltreffen verschlissen worden.

(Vereinzelt Beifall)

Dann wurde mit der Agenda 2000 – trotz aller Kompromisse – das seit Bestehen der EU größte Projekt im Hinblick auf Politikreformen auf den Weg gebracht. Der Gipfel von Berlin, Genossinnen und Genossen – daran sollten wir denken –, und sein Ergebnis sind ein großer Erfolg für den Bundeskanzler und die deutsche Ratspräsidentschaft.

(Beifall)

AUSSPRACHE RESOLUTION EUROPA

Jetzt hören wir, andere, die Vorgänger, hätten in Berlin die nationalen Interessen besser durchgesetzt. Wir hätten sie mal wieder auf dem Altar der europäischen Einigung geopfert. Welch ein Unsinn, Genossinnen und Genossen! Wer europäische Politik gut macht, der macht auch gute deutsche Politik.

(Beifall)

Natürlich kann jeder in der Kompromißsuppe von Berlin ein paar Haare finden. Aber wenn die CDU und die CSU nun daraus ein ganzes Haarknäuel drehen wollen, dann sollten wir uns nicht daran beteiligen.

Gewiß, die Agrarreform ist gestreckt worden und muß in einigen Jahren nachgebessert werden. Wer aber mehr will, der muß den Landwirten, auch den deutschen, mehr zumuten.

Die Reform der Strukturfonds ist ein Erfolg für Deutschland, und zwar nicht nur für Ostdeutschland. Auch die alten Bundesländer werden zusätzliche Mittel aus dem Strukturfonds erhalten. Daran hat Monika Wulf-Mathies nachhaltig mitgewirkt. Dafür danken wir dir, Monika.

(Beifall)

Am Finanzierungssystem der EU wurde so viel geändert, daß der Einstieg in die Entlastung Deutschlands als Nettozahler gelungen ist.

Die überzogenen Forderungen der Opposition hatten mit der europäischen Realität nie etwas zu tun. Und vor allen Dingen, Genossinnen und Genossen: Von denen, die in Europa und in der Welt jahrelang mit dem Scheckbuch Politik gemacht haben, lassen wir uns nicht vorschreiben, wie Gerechtigkeit in Europa aussieht.

(Beifall)

Im übrigen hören wir auf, Europa immer nur aus der Nettozahlerperspektive zu betrachten. Europäische Union, das ist Freiheit und Zusammenarbeit, das ist Vertrauen und Frieden. Das ist das oberste nationale Interesse Deutschlands, nicht, ob wir eine Milliarde mehr oder weniger zahlen.

Wir Sozialdemokraten – erinnern wir uns! – haben auch in der Opposition die Europapolitik der damaligen Bundesregierung im Grundsatz immer unterstützt, weil wir wußten: Europa ist unser gemeinsames Ziel. Es ist im deutschen Interesse gleichgültig, wer regiert. – Aber die

heutige Opposition verrät für billige Wahlkampfeffekte ihre Europapolitik von früher. Das ist nicht nur dumm, das ist auch gefährlich. Wer seine Wahlkampfsuppe auf den Balken des europäischen Hauses kochen will, der wird sich mehr verbrennen als nur seine Finger.

(Beifall)

Wir deutschen und europäischen Sozialdemokraten wollen wieder die stärkste Fraktion im Europäischen Parlament werden. Dafür kämpfen wir. Helft uns dabei, Genossinnen und Genossen! Wir als Abgeordnete können das nicht alleine. Wir brauchen euch, die Partei, dafür. Ihr müßt mitziehen und die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land überzeugen.

Seit September des vergangenen Jahres ist es unsere, die sozialdemokratische Bundesregierung, die Europapolitik macht. Und sie macht sie gut, gemeinsam mit den anderen zehn sozialdemokratischen Regierungschefs.

Wer einen europaskeptischen Wahlkampf führen will, der wird verlieren. Mit Skepsis, Genossinnen und Genossen, läßt sich kein Wähler überzeugen. Nörgeln, Maulen und Murren über Europa, das kann die Opposition allemal besser als die Regierungspartei. Wir müssen über unsere Erfolge reden, auch, aber nicht nur in Europa. Das gilt auch für uns im Europäischen Parlament.

(Vereinzelt Beifall)

Jahrelang sind wir für ein stärkeres Parlament eingetreten, für mehr Demokratie, für mehr Kontrolle der Bürokratie. Jetzt hat dieses Parlament seine neue Stärke genutzt, statt immer nur über fehlende Rechte zu jammern und zu klagen. Es hat, auch durch die Beharrlichkeit der SPD-Abgeordneten, die EU-Kommission zum Rücktritt gezwungen. Das war notwendig, weil ihr die Kontrolle über ihre eigene Verwaltung entglitten war.

Das Parlament hat sich durchgesetzt, und das ist neu in der Europäischen Union. Neu, Genossinnen und Genossen, ist aber auch, daß mit dem Rücktritt zum ersten Mal in der Geschichte der EU ein europäisches Organ für Mängel und Fehler die politische Verantwortung übernommen hat. Und das verdient unseren Respekt.

(Vereinzelt Beifall)

AUSSPRACHE RESOLUTION EUROPA

Rücktritt ist die Chance zu einem Neuanfang. Es geht nicht darum, daß alle Köpfe rollen oder ein paar Figuren ausgetauscht werden. Es geht um eine Reform der gesamten Verwaltungsstruktur der Europäischen Union, um eine neue Verwaltungskultur.

Aus dieser neuen Kommission muß eine europäische Regierung werden. Wir müssen dafür sorgen, daß sie die Mittel erhält, Verantwortung nicht nur zu übernehmen, sondern auch auszuüben, Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir brauchen die Einigung Europas immer noch, um die Schatten der Vergangenheit zu bannen, übrigens nicht nur der deutschen. Wir brauchen sie aber noch sehr viel mehr, um den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein. Die globalen Herausforderungen mit Selbstbewußtsein aufnehmen, ihre Folgen verkraften und gestalten, also wir selbst bleiben, das können wir nur mit Europa.

Das europäische Gesellschaftsmodell ist durch die Globalisierung nicht überholt. Es gehört nicht auf den Müll. Es gehört recycelt und rundernuert. Innovation und Gerechtigkeit, das sind unsere Markenzeichen auch für Europa.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen, daß die europäischen Staats- und Regierungschefs unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers auf dem Gipfel in Köln einen europäischen Beschäftigungspakt schließen können. Wo ein Stabilitätspakt für die Währung möglich ist, Genossinnen und Genossen, muß auch ein Beschäftigungspakt für die Menschen möglich sein.

(Beifall)

Natürlich wird die Hauptverantwortung für mehr Beschäftigung auch weiterhin bei den Mitgliedstaaten liegen und nicht in Brüssel. Wenn aber von den 2 Milliarden DM, die wir für das Programm der Bundesregierung „100 000 Jobs für Junge“ ausgeben, etwa 600 Millionen DM aus der EU-Kasse kommen, dann zeigt das die Richtung für die europäische Beschäftigungspolitik an, nämlich Orientierung und Koordination der nationalen Anstrengungen.

An der Koordinierung der nationalen Steuerpolitiken in der EU führt kein Weg vorbei. Das Kapital ist mobil; es kann vor der Steuer nach Luxemburg, auf die Kanalinseln oder in die Schweiz fliehen. Die Arbeit ist an den Standort gebunden; sie kann nicht fliehen. Deshalb wird der Ertrag der Arbeit immer höher besteuert und der Ertrag des Kapitals immer niedriger.

Sozialdemokratische Europapolitik muß ein Ende machen mit dieser schreienden Ungerechtigkeit. Zu einer gemeinsamen Währung passen kein Steuerdumping und keine Steueroasen – Lohndumping und Umweltdumping übrigens auch nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Die größte Herausforderung für die Europapolitik des nächsten Jahrzehnts ist nicht der Euro, sondern die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten. Die Politikergeneration der 50er Jahre hatte den Mut und die Weitsicht, den tausend Jahre alten Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland in einer Europäischen Union aufzuheben und mit der Einigung Europas im Westen zu beginnen. Unsere Generation hat zum ersten Mal seit tausend Jahren die Chance, ganz Europa auf der Grundlage des freien Willens der Völker zu einigen. Dafür brauchen wir den gleichen Mut und die gleiche Weitsicht wie die Gründergeneration. Und dazu brauchen wir auch eine Reform der Europäischen Union.

Mit einer Reform der Politik ist in Berlin begonnen worden. Wir begrüßen die Absicht der Bundesregierung, auf dem EU-Gipfel in Köln Anfang Juni nun auch den Prozeß der Reformen der Institutionen der EU in Gang zu setzen. Größere Handlungsfähigkeit von Rat und Kommission, stärkere demokratische parlamentarische Kontrolle und Mitwirkung, neue und klarere Aufgabenverteilung zwischen Union und Mitgliedstaaten unter Beachtung der Subsidiarität, eine Charta der europäischen Bürgerrechte, mit der sich die Bürgerinnen und Bürger identifizieren können – das sind die Stichworte für die Reform.

Die Europäische Union darf nicht beim Euro stehenbleiben. Wir wollen und werden sie zur politischen Union entwickeln, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

AUSSPRACHE RESOLUTION EUROPA

Eines Tages wird sie auch eine europäische Verfassung bekommen – wenn die Völker es wollen.

Europa ist eine Wertegemeinschaft, nicht nur ein Wirtschaftsstandort. Der Generation unserer Väter und Großväter haben wir vorgeworfen, daß sie weggeschaut hat, als in Deutschland und im übrigen Europa Juden geschlagen, vertrieben, ermordet wurden. Das war vor allem an uns Deutsche gerichtet. Es war aber auch ein Vorwurf an das andere Europa. Wenn dieses Europa dem Völkermord im Kosovo über das Fernsehen sogar zusehen sollte, ohne den Verbrechern in den Arm zu fallen, dann sind wir schlimmer als unsere Vorfahren.

Die hätten es wissen können. Aber wir, Genossinnen und Genossen, wissen, daß wir wissen, was dort geschieht. Das Völkerrecht baut auf nationale Souveränität und territoriale Integrität der Staaten. Das sind hohe Güter. Aber nationale Souveränität und territoriale Integrität dürfen für keinen Staat in Europa die Lizenz sein zur Unterdrückung, zur Vertreibung und zum Völkermord. Nationalismus und Rassismus dürfen keine Chance mehr haben, in unserem Land nicht und auch nirgendwo sonst in Europa, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die Völker auf dem Balkan – darüber ist heute nachmittag mehrfach gesprochen worden, und ich unterstreiche das – werden ihren Frieden nur in einer europäischen Perspektive finden. Und die Zukunft Europas entscheidet sich in Deutschland. Anderen Europäern ist das klarer als uns selbst.

Am 27. September vorigen Jahres haben wir Sozialdemokraten Verantwortung nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa übernommen. Verantwortung für Deutschland tragen heißt: Europa voranbringen, gemeinsam mit unseren Partnern, in Frieden, in Freiheit und in Gerechtigkeit.

Glückauf, Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Vorsitzende Monika Wulf-Mathies: Danke schön, Klaus.

Bevor wir zur Aussprache kommen, gebe ich jetzt Petra Heß das Wort zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses für den Bundesgeschäftsführer.

Bitte schön.



Wahl des Bundesgeschäftsführers

Petra Heß, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Abgegebene Stimmen: 486, 9 ungültig, 477 gültig. Enthaltungen: 35. Ja: 386. Nein: 56. Das bedeutet eine Zustimmung von 80,92 Prozent der gültigen abgegebenen Stimmen.

(Beifall)

Vorsitzende Monika Wulf-Mathies: Der Parteitag gratuliert dem neugebackenen Bundesgeschäftsführer. Ottmar, wir wünschen dir eine glückliche Hand. Wir werden dich alle dabei unterstützen, daß die SPD auch in Zukunft ihre Aufgaben wahrnehmen kann.

Ich frage dich: Nimmst du die Wahl an?

(Ottmar Schreiner, komm. Bundesgeschäftsführer:
Ich nehme die Wahl an!)

WAHL DES BUNDESGESCHÄFTSFÜHRERS

Nochmals herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Die Partei wird euch beide, den neuen Parteivorsitzenden und den neuen Bundesgeschäftsführer, geschlossen unterstützen.

Darf ich fragen, ob es Wortmeldungen gibt? Bei mir sind keine eingegangen. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Wenn ich nach dem Diskussionsbedürfnis gehe, sieht es so aus, Klaus, als hättest du alle Delegierten überzeugt und als ob sich dieses im Wahlergebnis am 13. Juni ganz deutlich widerspiegeln wird. Ich wünsche uns allen die Kraft und den Erfolg, die dazu notwendig sind.

Ich gebe jetzt unserem neuen Parteivorsitzenden das Wort. – Entschuldigung, ich habe die Resolution vergessen. Zur Resolution nur einen Hinweis: Es gibt den Änderungsantrag 2, der einige Korrekturen vorsieht. Ansonsten bitte ich um Zustimmung für die vorgelegte Resolution. Wer ihr zustimmt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Einige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Mit überwältigender Mehrheit so beschlossen.

Gerhard, du hast das Wort zum Schlußwort.

Schlußwort

Gerhard Schröder, Vorsitzender der SPD, Bundeskanzler:

Liebe Genossinnen und liebe Genossen! Ich bin noch schlußwortungeübt. Deswegen nur drei kurze Bemerkungen.

Erstens: Ich glaube, daß der Parteitag entgegen dem, was gelegentlich gemunkelt wurde, bewiesen hat, daß er verantwortungsbewußt entscheidet.

Er hat zum zweiten bewiesen, daß sich die Bundesregierung auf die SPD verlassen kann, dies auch und gerade in schwierigen Zeiten, dies auch und gerade dann, wenn es darum geht, Krisen in den Griff zu bekommen und Krisen zu bewältigen.

Drittens ist auch deutlich geworden, daß diese SPD, unsere SPD, auch und gerade in schwierigen Zeiten bereit und in der Lage ist, Probleme grundsätzlich zu diskutieren, sie aber nicht zu zerreden. Das ist die Gewähr dafür, daß Hoffnungen, die auf uns gerichtet sind, daß das Vertrauen, das im Innern wie im Äußeren auf uns gesetzt wird, nicht enttäuscht werden.

Ich danke allen Delegierten, die daran mitgeholfen haben. Ich äußere meinen Respekt noch einmal vor denjenigen, die anderer Meinung gewesen sind. Das wird immer und das muß auch ein gutes Stück weit in der SPD so bleiben.

Ich wünsche euch, daß wir miteinander die Kraft aufbringen, unsere Partei in den kommenden Wahlauseinandersetzungen nach vorne zu bringen. Ich bin auch sicher, daß wir das miteinander schaffen.

Im übrigen wünsche ich euch einen guten Nachhauseweg. Vielen Dank für die Arbeit, die ihr verrichtet habt.

(Beifall)

Vorsitzende Monika Wulf-Mathies: Der Parteitag ist geschlossen. Wir wünschen allen eine gute Heimreise.

(Schluß: 16.56 Uhr)

Anhang

Grußwort Hans Koschnick

Liebe Freunde, da ich in Sarajevo meinen Aufgaben als Beauftragter für die Flüchtlingsrückkehr aus „Bosnien und Herzegovina“ nachzukommen habe, ist es mir leider nicht möglich, an dem so wichtig gewordenen Sonderparteitag teilzunehmen. Ich grüße Euch deshalb auf diesem Wege aus einer immer noch krisengeschüttelten Region. Aggression und Bürgerkrieg in den Jahren 1992 bis 1995 haben für mehr als fünfzig (50!) Prozent der damaligen Bevölkerung Flucht und Vertreibung bedeutet. Damit haben mehr als 2 Millionen Menschen ihre ursprüngliche Heimat verloren, von den hunderttausend Toten und Kriegsverstümmelten ganz zu schweigen. Das vor Augen – und täglich mit den Fragen einer möglichst humanitären Intervention konfrontiert, haben die heutigen Entwicklungen in Serbien für die Frauen, Kinder und Männer im Kosovo – aber auch in den zerbombten Städten Serbiens – ihr ganz eigenes Gewicht.

Ich habe nur einen Wunsch, mögen alle, die heute in Verantwortung stehen, das Leid und das Elend der gejagten und verjagten Bevölkerung aus dem Kosovo vor Augen haben. Eine Politik, die versucht, Gewalttättern und Mordbrennern in den Arm zu fallen, ist die notwendige Konsequenz aus dem Versagen der internationalen Gemeinschaft in den frühen 90er Jahren. Es gilt zudem die Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen in ihre Heimat zu ermöglichen. Eine neue Vertreibungsorgie in Europa darf nicht mehr hingenommen werden.

In Verbundenheit

Euer

Hans Koschnick

Leitantrag zum Kosovo-Konflikt

1. Der außerordentliche Parteitag der SPD unterstützt die Politik der Bundesregierung zur Lösung der Kosovo-Krise. Er stimmt mit dem Ziel der Bundesregierung überein, ein friedliches und demokratisches Kosovo zu schaffen, in dem alle Bewohner in Frieden und Sicherheit leben können.

Darüber hinaus gilt es, eine verlässliche politische Perspektive für die gesamte Region zu entwickeln. Wollen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik sich nicht in ständig neuem Krisenmanagement erschöpfen, muß ein umfassender Ansatz präventiver und nachhaltiger Konfliktlösung in der Region verfolgt werden. Ziel ist die mittel- und langfristige Stabilisierung ganz Südosteuropas und die Einbeziehung in die europäischen Integrationsprozesse.

2. Der Parteitag stellt fest:

2.1. Der jugoslawische Präsident Milosevic führt im Kosovo einen erbarmungslosen Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Die jugoslawischen militärischen und paramilitärischen Kräfte sowie die Sonderpolizei haben ihren Terror gegen die Bevölkerungsmehrheit im Kosovo allen Warnungen und den laufenden Verhandlungen zum Trotz schon im Januar 1999 neu begonnen und systematisch verstärkt. Vertreibung, Flüchtlingselend, bestialische Greuelthaten – das ist die Realität im Kosovo. Das Regime in Belgrad hat die Deportationen von langer Hand geplant und noch während der Friedensverhandlungen begonnen. Der Vertreibung und teilweise physischen Vernichtung der Bevölkerungsmehrheit im Kosovo konnte die Internationale Staatengemeinschaft nicht tatenlos zusehen.

2.2. Unser Ziel ist und bleibt, eine friedliche Lösung für das Kosovo durchzusetzen. Mit der gemeinsamen, von allen Bündnispartnern getragenen Aktion verteidigen wir unsere grundlegenden Werte von Freiheit, Demokratie, Humanität und Menschenrechten.

2.3. Deshalb handeln wir gemeinsam mit unseren Partnern in der Europäischen Union und in der Atlantischen Allianz mit dem Ziel, das Morden im Kosovo zu beenden und eine politische Lösung möglich zu

LEITANTRAG ZUM KOSOVO-KONFLIKT

machen. Dafür ist die Geschlossenheit der Bündnispartner eine unerläßliche Voraussetzung.

3. Der Parteitag begrüßt die politischen Bemühungen von Bundeskanzler Gerhard Schröder, Außenminister Joschka Fischer und Verteidigungsminister Rudolf Scharping.

Er fordert die jugoslawische Regierung in Übereinstimmung mit der EU, der NATO und dem VN-Generalsekretär auf

3.1. alle Kampfhandlungen sofort und überprüfbar einzustellen;

3.2. alle militärischen und paramilitärische Kräfte sowie die Sonderpolizei nachprüfbar aus dem Kosovo abzuziehen;

3.3. der Stationierung internationaler Sicherheitskräfte zuzustimmen;

3.4. die Rückkehr aller Deportierten bedingungslos zu ermöglichen und den Hilfsorganisationen einen ungehinderten Zugang zu den Opfern freizumachen;

3.5. bei einem politischen Rahmenabkommen für das Kosovo auf der Basis der Abmachungen von Rambouillet mitzuwirken.

Sobald Belgrad diese Bedingungen akzeptiert und implementiert, können die militärischen Maßnahmen suspendiert werden.

Deshalb unterstützt der Parteitag auch mit allem Nachdruck die Erklärung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Kofi Annan, vom 9. April 1999. Es liegt jetzt an den jugoslawischen Behörden, die Forderungen der internationalen Gemeinschaft ohne Abstriche anzunehmen und umgehend umzusetzen. Dadurch würde der Weg zu einer politischen Lösung des Konflikts eröffnet.

Der Parteitag unterstützt die Initiative zu einem Stabilitätspakt für den Balkan. Der Balkan braucht Europa, um wirtschaftlichen Aufbau, Stabilität und Demokratisierung in der Region zu ermöglichen. Die tragenden Prinzipien der europäischen Integration sowie der Schlußakte von Helsinki müssen der Entwicklung auch dieser europäischen Region zugute kommen. Die Menschen in der Region, besonders die vom aktuellen Konflikt besonders heimgesuchten Serben, Albaner, Kroaten, Bos-

nier und Mazedonier, brauchen eine Perspektive: Sie gehören nach Europa. Deswegen hat die deutsche Präsidentschaft die Initiative dafür ergriffen, daß die EU, im Rahmen einer umfassenden Südosteuropa-Strategie und eines Stabilitätspaktes, den Ländern der Region eine europäische Perspektive eröffnet.

Der Stabilitätspakt für Südosteuropa bedarf der politischen Initialzündung in Form einer hochrangigen Eröffnungskonferenz. Diese „Startkonferenz“ muß in der öffentlichen Wahrnehmung die Zäsur zwischen realistischem Krisenmanagement und der Eröffnung eines Prozesses zur aktiven mittel- und langfristigen Stabilisierung Südosteuropas markieren. Das Dach dieses Prozesses sollte die OSZE bilden. Zentrale Themen müssen sein:

- Minderheiten und Grenzfragen
- Flüchtlings- und Vertriebenenrückkehr
- Wirtschaftliche Entwicklung
- Förderung der demokratischen Strukturen und zivilgesellschaftlichen Prozesse
- Rüstungsverminderung und Rüstungskontrolle
- Regionale politische und ökonomische Kooperation
- Aufbau unabhängiger Medien und Nichtregierungsorganisationen

4. Der Parteitag erwartet von der Bundesregierung,

4.1. die humanitäre Hilfe für die bedrängten Menschen in der Region, wo immer möglich, weiter zu verstärken und bereit zu bleiben, zusammen mit unseren europäischen Partnern, Flüchtlinge auch in Deutschland aufzunehmen. In diesem Zusammenhang begrüßt die SPD die Hilfsbereitschaft der deutschen Bevölkerung und das Engagement der privaten Hilfsorganisationen;

4.2. das gute Verhältnis zu Rußland weiter zu nutzen, um Rußlands unverzichtbare Teilhabe an einer Friedensregelung für den Balkan möglich zu machen, und damit zu unterstreichen, daß Rußland wesentlicher Eckpfeiler einer europäischen Sicherheitsstruktur ist;

4.3. innerhalb der Europäischen Union und in der Atlantischen Allianz mit der Fortsetzung ihrer politischen Initiativen dem Kosovo zu einer friedlichen Perspektive zu verhelfen und an ihrer Linie hinsichtlich des Einsatzes von Bodentruppen festzuhalten.

5. Der Parteitag fordert die SPE und alle sozialdemokratischen Parteien in Europa auf, ein gemeinsames Programm zur Förderung und Stärkung demokratischer Kräfte in Jugoslawien zu entwickeln. Die sicherste Garantie für langfristigen Frieden in der Region sind stabile demokratische Strukturen.

Resolution zur Europawahl

Mit dem Sieg bei der Bundestagswahl am 27. September 1998 hat die SPD nicht nur Verantwortung für Deutschland, sondern auch in Europa übernommen. Das ist durch die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 besonders deutlich geworden.

Selten hat ein EU-Gipfel wichtigere Entscheidungen für die europäische Politik getroffen als am 24./25. März 1999 in Berlin unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Gerhard Schröder. Die Europäische Union hat sich als handlungsfähig erwiesen. Das ist ein großer Erfolg für den Bundeskanzler und die deutsche Ratspräsidentschaft.

– Mit Romano Prodi wurde sehr rasch ein überzeugender Kandidat als künftiger Präsident der neuen EU-Kommission nominiert: Jetzt kommt es darauf an, ihn bei der unerläßlichen Reform der Kommission zu unterstützen.

– Mit dem Beschluß der Agenda 2000 wurde ein Verhandlungsergebnis erreicht, das gleichermaßen im deutschen wie im europäischen Interesse ist. Damit wurde das größte Reformprojekt seit Bestehen der Europäischen Union auf den Weg gebracht und ein großer Schritt in Richtung auf den Beitritt mittel- und osteuropäischer Staaten zur EU getan.

Der Beschluß des Europäischen Rates zur Agenda 2000 birgt wie jeder Kompromiß für jeden Verhandlungspartner zufriedenstellende und weniger befriedigende Ergebnisse. Daß die Agrarreform zeitlich gestreckt worden ist und in einigen Jahren weiter reformiert werden muß, ist angesichts des Gesamtergebnisses erträglich. Bei der künftigen Förderung aus den europäischen Strukturfonds wurden ein ausgewogenes Ergebnis erzielt und die besonderen Interessen Ostdeutschlands gewahrt. Das Finanzierungssystem der EU wird so geändert, daß die Belastung Deutschlands in Zukunft nicht weiter steigen kann. Das ist der Einstieg in die Entlastung als Nettozahler. Die überzogenen Forderungen der Opposition hatten mit der europäischen Realität nie etwas zu tun.

Die Oppositionsparteien in Deutschland erweisen sich zunehmend als europapolitisch unzuverlässig. CDU/CSU und FDP verraten heute die

RESOLUTION ZUR EUROPAWAHL

einst von ihnen selbst betriebene Europapolitik, weil sie glauben, aus ihrer Verweigerungspolitik bei der Europawahl am Wahltag Kapital schlagen zu können. Die SPD wird dafür sorgen, daß diese Rechnung nicht aufgeht. Wir unterstützen die Bundesregierung, für die deutsche Interessen und europäische Einheit die zwei Seiten derselben Medaille sind. Sie hat die Weichen für einen erfolgreichen Ausgang des Gipfels Anfang Juni in Köln gestellt, der mit einem europäischen Beschäftigungspakt die Richtung für eine erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Europa vorgeben wird.

Erfolgreiche Politik in Europa braucht die Unterstützung und Absicherung durch das gestärkte Europäische Parlament. Dort muß die sozialdemokratische Fraktion Motor für Erneuerung und Beschäftigung, soziale Gerechtigkeit und grenzüberschreitenden Schutz der Umwelt, Reform der Institutionen und Stärkung der Demokratie in der Europäischen Union sein. Wir kämpfen in der Europawahl dafür, daß Deutschland durch mehr SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament vertreten ist und die Stellung der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas als stärkste Fraktion im Europäischen Parlament noch ausgebaut wird.

Die SPD begrüßt es, daß die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament sich unbeirrt dafür einsetzen, daß das Europäische Parlament die demokratische Kontrolle über die EU-Kommission verstärkt. Gedrängt durch das Parlament hat die EU-Kommission die politische Verantwortung für Mängel und Fehler in ihrem Bereich übernommen und ist zurückgetreten. Die Wahl eines neuen Kommissionspräsidenten und die Einsetzung einer neuen Kommission müssen für einen Neuanfang genutzt werden. Dabei geht es weniger um den Austausch von Personen als um eine strukturelle Reform der EU-Administration in Brüssel und der Arbeitsweise der Kommission.

Die EU-Reform fortsetzen

Wir begrüßen die Absicht der Bundesregierung, auf dem EU-Gipfel in Köln am 3./4. Juni den Prozeß der Reform der EU-Institutionen in Gang zu setzen. Ziel muß es sein, noch vor dem ersten Beitritt eines mittel- und osteuropäischen Staates die EU in die Lage zu versetzen, auch mit mehr als 15 Mitgliedstaaten handlungsfähig zu sein, ihre Politik

transparenter und bürgernäher zu gestalten und die parlamentarische Kontrolle der Brüsseler Institutionen zu verstärken.

Die EU-Kommission muß in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben besser zu erfüllen. Der Ministerrat muß seine Arbeitsweise straffen und künftig mehr europäische Entscheidungen mit Mehrheit treffen können. Dazu ist auch eine Neugewichtung der Stimmen im Rat notwendig. Das Europäische Parlament muß bei der gesamten EU-Gesetzgebung gleichberechtigt mit dem Ministerrat entscheiden und seine Kontrollrechte gegenüber der Brüsseler Bürokratie nachhaltig wahrnehmen können.

Der Erweiterungs- und Erneuerungsprozeß der EU, der in Köln in Gang gesetzt werden soll, muß über die institutionellen Reformen hinausweisen. Die Europäische Union kann nur funktionieren, wenn ihre Bürgerinnen und Bürger sich für sie auch verantwortlich fühlen. Wir wollen mit einer Charta der europäischen Bürgerrechte den Kern einer europäischen Verfassung schaffen und die Identifikationen der Menschen mit der Europäischen Union stärken. An der Diskussion über eine solche Charta sollen alle Teile unserer Gesellschaft beteiligt werden.

Wir erwarten, daß das neugewählte Europäische Parlament den Reformprozeß im Zusammenwirken mit den Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten auf parlamentarische Ebene vorantreibt.

Der Europäische Beschäftigungspakt: Ein Kernpunkt sozialdemokratischer Europapolitik

Die neue Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder hat die Schaffung von Beschäftigung in den Mittelpunkt ihres Handelns gerückt. Nach Jahren der Blockade durch die Kohl-Regierung ordnet sich Deutschland endlich ein in die Bemühungen der sozialdemokratischen Parteien und sozialdemokratisch geführten Regierungen, die beschäftigungspolitische Rolle der Europäischen Union zu stärken.

Für uns ist die Europäische Union nicht nur eine Wirtschafts- und Währungsunion. Die europäischen Sozialdemokraten haben wesentlich dazu beigetragen, daß diese durch den Vertrag von Amsterdam und die Luxemburger Leitlinien für eine europäische Beschäftigungspolitik ergänzt wurde.

RESOLUTION ZUR EUROPAWAHL

Im Mailänder Manifest vom 1. März hat sich die europäische Sozialdemokratie verpflichtet, neue Ideen und Initiativen europaweit für die Schaffung von Arbeitsplätzen einzubringen. Wir wollen durch die Koordinierung der Steuerpolitiken, die Modernisierung der Sozialsysteme, die Förderung von Existenzgrundlagen sowie durch Aus- und Weiterbildung bestehende Arbeitsplätze sichern und neue schaffen helfen. Durch nationale Beschäftigungsprogramme wollen wir dafür sorgen, daß insbesondere Jugendliche und langzeitarbeitslose Frauen und Männer in das Arbeitsleben eingegliedert werden und ihnen die Möglichkeit gegeben wird, für sich selbst zu sorgen.

In Deutschland werden mit dem Programm der Bundesregierung „100 000 Jobs für Junge“ erste Erfolge erzielt. Zu den zwei Milliarden Mark dieses Programms trägt die EU etwa 700 Millionen Mark bei. Die europäische Beschäftigungspolitik muß sich an den Staaten in Europa orientieren, deren Beschäftigungspolitik bisher am erfolgreichsten war. Unter sozialdemokratischer Führung haben sich in vielen Ländern der Union sozialer Dialog, Beschäftigungspakte und Bündnisse für Arbeit als ein erfolgreicher Weg zu mehr Beschäftigung erwiesen. Wir begrüßen und unterstützen die Absicht der Bundesregierung, auf dem EU-Gipfel in Köln einen europaweiten Beschäftigungspakt zu schließen. Dabei sind die Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und die Wahrung der sozialen Gerechtigkeit nicht Gegensätze, sondern die Grundlagen für die Behauptung Europas in der globalisierten Wirtschaft. Für Deutschland und für Europa setzt die SPD auf Innovation und Gerechtigkeit.

Delegiertenliste

Parteivorstand

Bergmann, Christine	Mikfeld, Benjamin
Bulmahn, Edelgard	Rau, Johannes
Catenhusen, Wolf-Michael	Rothe, Mechthild
Clement, Wolfgang	Schäfer, Liesel
Däubler-Gmelin, Herta	Scharping, Rudolf
Dreßler, Rudolf	Scheer, Herrmann
Eichel, Hans	Scherf, Henning
Engelen-Kefer, Ursula	Schleußer, Heinz
Fuchs, Anke	Schmidt, Renate
Griese, Kerstin	Schröder, Gerhard
Haug, Jutta	Schröter, Gisela
Hildebrandt, Regine	Skarpelis-Sperk, Sigrid
Höppner, Reinhard	Stolpe, Manfred
Junker, Karin	Thierse, Wolfgang
Kampmeyer, Eva	Timm, Gottfried
Klimmt, Reinhard	Verheugen, Günter
Kunckel, Karl-Heinz	Voscherau, Henning
Matthäus-Maier, Ingrid	Wettig-Danielmeier, Inge
Maurer, Ulrich	Wieczorek-Zeul, Heidemarie

Landesverbände und Bezirke

Landesverband Berlin

Benneter, Klaus Uwe	Leyk, Ursula
Borghorst, Hermann	Linnekugel, Matthias
Dunger-Löper, Hella	Merkel, Petra
Fechner, Helmut	Michael, Peter
Fischer, Heidemarie	Mießner, Brigitte
Junge-Reyer, Ingeborg	Schulz, Swen
Kujath, Rudolf	

DELEGIERTENLISTE

Landesverband Schleswig-Holstein

Andresen, Volker
Baasch, Wolfgang
Beuster, Gundula
Birke, Hans-Helmut
Dolgner, Kai
Hänsler, Peter
Hensel, Ulrike
Kähler, Ursula
Kuhlwein, Eckart
Kuhlwein, Sigrid

Mangold, Ellen
Nicolaisen, Jens
Opel, Manfred
Rohwer, Maike
Schulz, Alfred
Sievers, Marco
Terwitte, Heinrich
Weber, Jürgen
Wetzel, Jörg

Landesorganisation Hamburg

Bartels, Bärbel
Brinkmann, Petra
Kleist, Ingo
Kuhbier, Jörg
Riedel, Jörn

Scheunemann, Hermann
Scholz, Olaf
Stöckl, Ingrid
Stapelfeldt, Dorothee
Zumkley, Peter

Landesorganisation Bremen

Böhrnsen, Jens
Marken, Marlies
Matuschewski, Barbara

Schwarz, Gisela
Wenger, Klaus-Dieter

Bezirk Nord-Niedersachsen

Lengemann, Heinz
Lochte, Sebastian
Neumann, Dörte

Schnakenberg, Elke
Stapelfeld, Ursula
Winkler, Hans

Bezirk Weser-Ems

Akkermann, Hermann
 Bartels, Uwe
 Bräutigam, Thomas
 Determann, Leonore
 Geuter, Renate
 Haferkamp, Silvia
 Jahnke, Horst
 Kleinert, Ingeborg

Mahr, Hermine
 Neumann, Martin
 Pickel, Sascha
 Robbe, Reinhold
 Schäfftlein, Alfred
 Schmidt, Norbert
 Sündermann, Dieter
 Thomas, Erika

Bezirk Hannover

Bebhani, Helmi
 Beckmann, Karin
 Brandt, Arno
 Ceysens, Antje
 Friedemann, Waltraud
 Fuhrmann, Arne
 Jüttner, Wolfgang
 Knabe, Sebastian
 Kutzer, Wolf
 Langridge, Birgitt
 Lösekrug-Möller, Gabriele
 Merk, Heidrun
 Niehuis, Edith

Nolting, Miriam
 Poßin, Simone
 Reymann, Daniel
 Ruffer, Manfred
 Schostok, Stefan
 Stadie, Dietmar
 Uhde, Meike
 Watermann, Ulrich
 Wegener, Hedi
 Wettschereck, Ernst
 Wieduwilt, Sven Björn
 Wiese, Heino

Bezirk Braunschweig

Block-von Schwartz, Ulrike
 Brandt, Hans-Dieter
 Ebeling, Helga
 Heinisch, Dieter
 Hensel, Falk

Körner, Detlef
 Reissig, Jenny-Kornelia
 Sibilis, Dieter
 Wehrmeyer, Matthias
 Werner, Rosemarie

Bezirk Ostwestfalen-Lippe

Arning, Erhard
Bauer, Gerhard
Behler, Gabriele
Flume, Gunnar
Graf, Sabine
Hibbeler, Hermann
Langenbruch, Doris

Meise-Laukamp, Ina
Merten, Ulrike
Rehbock, Ursula
Rosenbohm, Veronika
Schepsmeier, Friedrich
Schwarzer, Renate
Wend, Rainer

Bezirk Westliches Westfalen

Albrecht-Winterhoff, Inge
Ansorge, Ursula
Arndt-Brauer, Ingrid
Büdenbender, Petra
Bülow, Marco
Bartlewski, Kurt
Brülle, Karl-Heinz
Dianin, Rafaele
Drabig, Franz-Josef
Drescher, Dieter
Faulenbach, Bernd
Fischer, Birgit
Franke, Ferdi
Fronczek, Mirco
Gebhard, Heike
Grasedieck, Dieter
Hamann, Susanne
Humme, Christel
Junge, Wolfram
Kirschenbaum, Erwin
Klappert, MdB, Marianne
Klimek, Petra
Kröger, Thorsten
Kurz, Kl.-Dietmar
Löhr, Karin
Lübbermann, Ullrich

Lenz, Ralf-Diet.
Liebl, Karin
Lungenhausen, Ursula
Mönning, Gabriele
Neuhaus, Karl-Joachim
Oldenburg, Petra
Römer, Norbert
Rohr, Elke
Sauerland, Rolf
Schäfer, Axel
Scheffler, Michael
Scheunemann, Ute
Schultz, Reinhard
Schwabe, Frank
Sichau, Frank
Sigges, Manfred
Stöckel, Rolf
Strässer, Christoph
Streit, Stefan
Tanjsek, Gerti
Urbaniak, Hans
Vogtländer, Karin
Wölm, Ferdinand
Walde, Wendel, vorm,
Wassyl, Martin
Weigmann-Hellmich, Monika

Wiefelspütz, MdB, Dieter
 Wippich, Gerhard
 Wirtz, Heinz
 Wolf, Karl-Heinz

Zabel, Manfred
 Zimmermann, Wolfgang
 Zupfer, Gertrud

Bezirk Niederrhein

Abel, Rosemarie
 Albrecht-Mainz, Elia
 Altenkamp-Nowicki, Britta
 Ambrosius, Siegfried
 Banning, Wilhelm
 Beine, Lothar
 Bertl, Hans-Werner
 Besmehn, Volker
 Bodewig, Kurt
 Brandt-Elsweier, MdB, Anni,
 Bruckmann, Hans-Günter
 Dratz, Inge
 Ebert, Wolfgang
 Fenderl, Beate
 Fingerhut, Reinhard
 Floeth, Monika
 Gasse, Heinz-Peter

Gawlik, Oda-Gerlind
 Goebels, Karl-Heinz
 Hornemann, Ulla
 Janssen, Winfried
 Kucharczyk, Jürgen
 Leitermann, Frank
 Müller, Gerd
 Müller, Michael
 Nowack, Wilhelm
 Pfeffer, Christa
 Rust, Birgit
 Schluckebier, Günter
 Schmidt-Zadel, Regina
 Schwarz, Ulrike
 Speth, Brigitte
 Tsalastras, Apostolos
 Ünlüdag, Tania

Bezirk Mittelrhein

Becker, Christa
 Beucher, Friedhelm Julius
 Bornes, Werner
 Coracino, Renate
 Dohmen, Rosemarie
 Dünwald, Maria
 Frage-Münc, Annemarie
 Frechen, Gabriele
 Gebauer-Nehring, Gisela
 Gilges, Konrad

Göllner, Uwe
 Großmann, Achim
 Haug, Josephine
 Heidemann, Gerd
 Henseler, Andreas
 Isakeit, Peter
 Jansen, Josef
 Kings, Josef
 Kohlrausch, Bettina
 Kühn-Menge, Helga

DELEGIERTENLISTE

Ladwig, Thomas
Menges, Hiltrud
Nietan, Dietmar
Schultheis, Karl

Singer, Johannes
Tanzer, Erika
Wischmeier, Jessika

Bezirk Hessen-Nord

Appell, Barbara
Baumann, Dieter
Blau, Helmut
Brosey, Dagmar
Dettlaff, Andrea
Jakob, Jutta
Laubach, Uwe
Möller, Winfried
Müller, Regine

Milas, Anette
Otto, Wilfried
Pfannkuche, Ralf
Quast, Karin
Reuber, Vera
Rudolph, Christa
Schmadel, Ernst
Schmidt, Susanne
Wicke, Armin

Bezirk Hessen-Süd

Arndt, Rudi
Bayer, Bardo
Benner, Hans
Clauss, Armin
Dittmar, Ansgar
Dralle, Silke
Golz, Manuel
Hartmann, Karin
Hauer, Nina
Hofmann, Norbert
Hohmann, Eckart
Jordan, Jörg
Klär, Hildegard
Kollatz-Ahnen, Matthias
Kurth, Matthias
Less, Daniela
Lotz, Erika

Nolte, Dieter
Pauly-Bender, Judith
Pipa, Erich
Pörtner, Benno
Pwalik, Sieghard
Schäfer-Gümbel, Thorsten
Schaich-Walch, Gudrun
Schmidt, Dagmar
Schmidt, Frank
Serfling, Oliver
Starzacher, Karl
Streb-Hesse, Rita
Thiel, Ilse
Voigt, Karin
Wansner, Elke
Wiesehügel, Klaus
Wildhirt, Stephan

Landesverband Baden-Württemberg

Amberg, Holger
 Arnold, Rainer
 Bade, Nicole
 Birzele, MdL, Frieder
 Boll, Andrea
 Cuntz, Julia
 Dreßen, Peter
 Drexler, Wolfgang
 Drobinski-Weiá, Elvira
 Elchlepp, Dietrich
 Fitz, Anita
 Friese, Harald
 Gebhardt, Evelyne
 Gilbert, Carsten
 Grünstein, Rosa
 Haller-Haid, Rita
 Hartenstein, Liesel
 Hirth, Ulrike
 Hofelich, Peter
 Juratovic, Josip

Kaufmann, Muriel
 Knauss, Renate
 Kumpf, Ute
 Lange, Christian
 Mattheis, Hildegard
 Mohn, Irene
 Moos, Hans-Jürgen
 Mosdorf, Siegmar
 Pohlmann, Matthias
 Raupp, Erika
 Reible, Benjamin
 Rollwagen, Christa
 Saurer, Johannes
 Schaible, Stefan
 Schairer, Christel
 Seltenreich, Rolf
 Tauss, Joerg
 Templ, Karl-Ulrich
 Weisheit, Matthias

Landesverband Bayern

Albrecht, Uwe
 Amann, Ludmilla
 Anker, Ingrid
 Bieber, Elisabeth
 Biedefeld, MdL, Susann
 Blankenburg, Kay
 Burger, Simone
 Bystry, Tobias
 Gräbner, Hannes
 Graemer, Axel
 Gröner, Gerhard
 Groth, Gisela

Grützinger, Nicole
 Güller, Harald
 Hahnzog, MdL, Klaus
 Hebertinger, Renate
 Heinrich, Gabriela
 Hikschi, MdB, Uwe
 Hillebrecht, Martin
 Hoderlein, MdL, Wolfgang
 Hufe, MdL, Peter
 Irber, Brunhilde
 Kaiser, MdL, Heinz
 Klaffki, Marianne

DELEGIERTENLISTE

Kolbow, MdB, Walter
Leidinger, MdB, Robert
Linsnbreder, Eva-Maria
Lothes, Karl
Mascher, MdB, Ulrike
Mattes, Ralf
Miosga, Manfred
Müller-Wilfing, Christa
Neubecker, Renate
Olbrich, Gerhard
Pauli, Klaus
Peffgen-Dreikorn, Anita
Peters, MdL, Gudrun
Pfister, Peter
Ruhland, Manfred
Sauvant, Olivia
Schaller, Marcel
Scherzer, Axel
Schieder, MdL, Werner

Schmid, Albert
Schmidbauer, MdB, Horst
Schrenk, Hartmut
Schroeter, Gunthild
Schunk, Heidi
Schurer, Ewald
Schweinfest, Herbert
Simm, MdB, Erika
Sonnenholzner, Kathrin
Stiegler, MdB, Ludwig
Strobl, Reinhold
Tausend, Claudia
Teuchner, Jella
Vahle, Theresia
Vornberger, Ingrid
Wild, Sonja
Wohlleben, MdB, Verena
Wutz, Roland

Bezirk Rheinland/Hessen-Nassau

Breuer, Tanja
Bruch, Karl Peter
Elsner, MdL, Petra
Grimm, Christoph
Hütten, Oberbgm., Achim,
Kerz, Inge
Mertes, Joachim
Nahles, Andrea

Pörksen, MdL, Carsten
Rösch, Günter
Reich, Beate
Schweitzer, Harald
Steinebach, Christa
Weyel, Gudrun
Zoller, Peter

Bezirk Rheinhessen

Ahnen, Doris
Brinkmann, Ernst-Günter
Dexheimer, Jutta

Grabowski, Anette
Schick, Claus
Walldorf, Mechthild

Bezirk Pfalz

Barnett, Doris
 Beck, MdL, Kurt
 Conrad, Jürgen
 Goette, Rose
 Härtel, Roland
 Herzog, Gustav
 Itzek, Gerd

Klamm, Hannelore
 Ramsauer, Guenther
 Schmidt, Gerhard
 Schweitzer, Alexander
 Siegrist, Hildrun
 Westrich, Lydia

Landesverband Saar

Braun, Reiner
 Ferner, Elke
 Hamm, Silke
 Jost, Reinhold
 Lang, MdL, Armin
 Lang, Marco
 Lawall, Karin
 Leinen, Josef
 Müller, Jutta

Maas, Heiko-Josef
 Morschette, Anita
 Moser, Horst
 Petry, Christian
 Scherer, Petra
 Schreiner, Ottmar
 Staudt, Alfred
 Stritter, Hans Georg
 Wagner, Hans Georg

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Dankert, Reinhard
 Deichmann, Christel

Enkelmann, Jürgen
 Reinke, Christian

Landesverband Brandenburg

Böttcher, Karl-Ludwig
 Bahr, Ernst
 Malinowski, Gesine
 Melior, Susanne

Neubauer, Kristin
 Schauer, Peter
 Seidel, Elke
 Zalenga, Manfred

DELEGIERTENLISTE

Landesverband Sachsen-Anhalt

Eichler, Wolfgang
Küster, Uwe
Kaspereit, Sabine
Klenke, Dieter

Mittendorf, Madeleine-Rita
Schmidt, Claudia
Weis, Reinhard

Landesverband Thüringen

Auer, Roberto
Erdtmann, Roland
Fracke, Heinz
Goedecke, Klaus

Heß, Petra
Loesser, Monika
Matschie, Christoph

Landesverband Sachsen

Dulig, Martin
Görke, Otto
Liepelt, Renate
Schwanitz, Rolf
Schwarz, Gisela

Thiele, Karin
Volkmer, Marlies
Weißgerber, Gunter
Weigel, Andreas

Delegierte mit beratender Stimme

Kontrollkommission

Blunck, Lieselott
 Ganseforth, Monika
 Hoffmann, Petra

Randzio-Plath, Christa
 Uthe, Friedel
 Weisskirchen, Gert

Parteirat

Adler, Hans-Peter
 Adolf, Hilde
 Albers, Detlev
 Andretta, Gabriele
 Bachmaier, Hermann
 Backhauß, Rolf-Dieter
 Baumgarten, Heino
 Berendsen, Jens
 Birthler, Wolfgang
 Block-von Schwartz, Ulrike
 Böger, Klaus
 Böhme, Rolf
 Börner, Holger
 Breidenbach, Georg
 Bührmann, Christina
 Burchardt, Ulla
 Burckhardt, Jürgen
 Bürsmeier-Nauert, Mechthild
 Christier, Holger
 Conrad, Margit
 Crone, Petra
 Dammeyer, Manfred
 Debus, Jürgen
 Dieckmann, Bärbel
 Dziallas, Kathrin
 Fahning, Hans

Falk, Georg-Dietrich
 Faße, Annette
 Fikentscher, Rüdiger
 Flemming, Bert
 Forster, Hans
 Friese, Dieter
 Fritz, Doris
 Frombach, Adele
 Fuhrmann, Petra
 Gabriel, Sigmar
 Gansel, Norbert
 Geis, Manfred
 Gerster, Florian
 Glock, Werner
 Grotheer, Wolfgang
 Grumbach, Gernot
 Haase, Hans-Dieter
 Halsch, Volker
 Hartenbach, Manfred
 Hendricks, Barbara
 Henke, Ulrich
 Heugel, Klaus
 Hohmann, Silvia
 Höhn, Uwe
 Hollinger, Roswitha
 Howe, Inge

DELEGIERTE MIT BERATENDER STIMME

Huber, Antje
Hunger, Heinz
Jabs, Manfred
Jahns, Eda
Kaspereit, Sabine
Kätzel, Lutz
Kipp, Anne
Kipp, Hans-Peter
Koch, Regine
Köhler, Jochen
Kraus, Hans Bernd
Kraus, Ursula
Kröning, Christian
Künzel, Lilly
Larcher, Detlev von
Lehmann, Christoph
Lehwald, Gisela
Lemmermann, Inge
Lewentz, Roger
Lippmann, Frieder
Loewe, Werner
Lörcher, Christa
Mann, Hans-Joachim
Marx, Dorothea
Matthiesen, Klaus
Meinhold, Walter
Meisner, Norbert
Mernizka, Loke
Miller, Susanne
Mogg, Ursula
Möhrmann, Dieter
Myrda, Elfi
Naser, Volker
Ness, Klaus
Nothelle, Andreas
Otten, Karl-Heinz
Pennigsdorf, Wolfgang
Pepper, Renate

Peter, Brunhilde
Petry, Leo
Pfaff, Martin
Pffannenstein, Georg
Poß, Joachim
Ragati, Manfred
Rapkay, Bernhard
Rath, Wolfgang
Redmer, Axel
Ringstorff, Harald
Rodust, Ulrike
Rohde, Jürgen
Rudolph, Karsten
Rupprecht, Marlene
Samland, Detlev
Saxe, Bernd
Schafar, Manuela
Schäfer, Hansjoerg
Schäfer, Ute
Scharf, Helmut
Schiffmann, Dieter
Schmarsow, Christine
Schmid, Albert
Schmidt, Ulla
Schmidt, Wilhelm
Schneekloth, Kira
Schneider, Angelika
Schreier, Wilhelm
Schuchardt, Gerd
Schulte, Dieter
Schulz, Martin
Schumacher, Klaus
Schwarzenberger, Ute
Seitz, Norbert
Senff, Wolfgang
Sippel, Birgit
Spanier, Wolfgang
Speth, Brigitte

DELEGIERTE MIT BERATENDER STIMME

Strang, Hans-Rainer
Strieder, Peter
Strumm, Rudi
Tabillion, Rainer
Talhorst, Elke
Tautz, Lothar
Teuchner, Jella
Uhlenbruch, Kurt
Vogel, Hans-Jochen
Vollert, Michael
Voss, Nikolaus

Weber, Beate
Weber, Christian
Wehrhöfer, Ulrich
Weis, Petra
Welt, Jochen
Wieczorek, Norbert
Wiedemann, Leo
Wiese, Heino
Wimmer, Brigitte
Wörl, Beate
Xylander, Fabian von

Bundestagsfraktion

Andres, Gerd
Bindig, Rudolf
Ernstberger, Petra
Gleicke, Iris
Gloser, Günter
Graf, Günter
Haack, Hermann
Hanewinkel, Christel
Hartenstein, Liesel
Jäger, Renate
Janz, Ilse

Kolbow, Walter
Mattischeck, Heide
Rennebach, Renate
Rixe, Günter
Schumann, Ilse
Schuster, Werner
Schwall-Düren, Angelica
Sonntag-Wolgast, Cornelia
Vogt, Ute
Wodarg, Wolfgang
Wright, Heidi

Bundesschiedskommission

Bull, Hans-Peter
Gaertner, Alfred
Kohl, Hannelore
Pfeiffer, Helmut

Posser, Diether
Teichmüller, Ingrid
Westerhof, Heide-Urte

Mitglieder des Europäischen Parlaments

Hänsch, Klaus
Hoff, Magdalene

Krehl, Constanze
Schmid, Gerhard

Gewerkschaftsrat

Arens, Willi
Berger, Hans
Buß, Klaus
Dickhausen, Günter
Fuchs, Katrin
Haaren, Kurt van
Hensche, Detlef
Horzetzky, Günther
Issen, Roland
Küster, Uwe
Mai, Herbert
Möllenberg, Franz-Josef
Mönig-Raane, Margret

Piethan, Ulrich
Schäfer, Rudi
Schily, Otto
Schlemmer, Gisbert
Schmoldt, Hubertus
Schwanhold, Ernst
Schwanitz, Rolf
Spinrath, Norbert
Steffen, Erich
Struck, Peter
Wiesehügel, Klaus
Zwickel, Klaus

Rednerverzeichnis

Redner	Seite	Redner	Seite
Albers, Detlev	85	Momper, Walter	54, 57 f., 116 f.
Clement, Wolfgang	98	Müntefering, Franz	75
Däubler-Gmelin, Herta	103	Nahles, Andrea	78
Dewes, Richard	122 f.	Schäfer, Axel	113
Dieckmann, Bärbel	13, 27	Scharping, Rudolf	58, 114, 119
Eppler, Erhard	110	Scheer, Hermann	68
Erler, Gernot	87	Scherf, Henning	33, 70
Fikentscher, Rüdiger	9, 12	Schreiner, Ottmar	15, 125
Gilges, Konrad	117	Schröder, Gerhard	34, 126, 137
Hänsch, Klaus	128	Skarpelis-Sperk, Sigrid	72
Heß, Petra	56, 124, 135	Stolpe, Manfred	92
Horn, Gyula	28	Struck, Peter	80
Jordan, Jörg	117	Vidishiqi, Arbana	81
Klimmt, Reinhard	96	Voscherau, Henning	90
Larcher, von, Detlev	94	Wieczorek-Zeul, Heidemarie	105
Maurer, Ulrich	102	Wulf-Mathies, Monika	128 f.
Mikfeld, Benjamin	108		

Personen- und Sachregister

Stichwort	Seite	Stichwort	Seite
Agenda 2000	32, 46, 145	Europäische Sozialdemokratie	31
Agrarreform	130	Europäische Union	32
Albanien	106	Europäisches Parlament	131, 146
Andric, Ivo	58	Europapolitik	128 f., 145 f.
Annan, Kofi	43, 71	Extremismus	30
Arbeitslosigkeit	17	Familienlastenausgleich	18
Arens, Willi	10	Feuerpause	s. Waffenstillstand
Aufbau	45	Flüchtlinge	41, 81 f.
Außen- und Verteidigungspolitik	58 f.	Friedensbewegung	110
Außenpolitik	30 f., 34 f.	Geschäftsordnung	5
Baasch, Wolfgang	14	Gewerkschaften	10, 48
Beschäftigungspakt	132	Geyer, Erhard	10
Blair, Tony	24	Globalisierung	132
Blüm, Norbert	17	Grundwerte	24
Bodentruppen	95 f., 117 f.	Grußwort Hans Koschnick	140
Börner, Holger	10	Hauff, Volker	10
Bosnien	99	Haushalt	17
Brandt, Willy	19, 23	Hensche, Detlef	10
Bündnis für Arbeit	50	Hilfsmaßnahmen	41
Buschfort, Hermann	10	Hohmann-Dennhardt, Christine	10
Dickhausen, Günter	10	Hildebrandt, Regine	49
EU-Finanzierung	130	Horn, Gyula	9, 46
EU-Kommission	129, 145	Huber, Antje	10
EU-Osterweiterung	32, 47	Humanitärer Korridor	74, 79
EU-Präsidentschaft	19	Issen, Roland	10
EU-Steuerpolitik	133	Jugendarbeitslosigkeit	18, 49
Ehmke, Horst	10	Jugoslawien	s. Kosovo
Ehrenberg, Herbert	10	Kampagne	22
Eppler, Erhard	10	Kindergeld	18
Erblast	17	Koschnick, Hans	11, 26, 140
Eröffnung	9	Kosovo	9 f., 26, 34 f., 58 f., 140
Ethnische Säuberung	38 f.	Lafontaine, Oskar	15, 53
Europa	28 f.	Landtagswahlen	21

Stichwort	Seite	Stichwort	Seite
Leitantrag zum Kosovo-Konflikt	141	Rußland	43, 69, 93
Lobbyismus	20	Scharping, Rudolf	36
Lohnnebenkosten	19	Schatter, Jürgen	10
Luftschläge	39	Scherer, Petra	14
Mai, Herbert	10	Schriftführer	12
Menschenrechtsverletzungen	36, 58 f.	Schröder, Gerhard	66
Menschenwürde	61	Schulte, Dieter	10, 47
Milosevic	36 f., 103	Skarpelis-Sperk, Sigrid	14
Möllenberg, Franz-Josef	10	Soldaten	45
Mönig-Raane, Margret	10	Soziale Gerechtigkeit	17
Müller, Werner	20	Sozialpolitik	16
NATO	29, 35 f., 108	Spinrath, Norbert	10
OSZE	38, 96 f.	Staatsangehörigkeitsrecht	19
Ökosteuer	19	Staatsverschuldung	17
Organisation	22	Steuerpolitik	18
Ostdeutschland	49, 93	Stolpe, Manfred	50
Pazifismus	35	Strukturfonds	130
Präsidium	12	Tagesordnung	132, 147
Programmatis	23	UNO	43, 65, 96, 112
Projektgruppen	23	Uhde, Meike	56
Rambouillet-Abkommen	37, 62	Ungarn	28
Rau, Johannes	51	Vertreibung	64
Ravens, Karl	10	Völkerrecht	72, 97 f., 105, 134
Reformen	47	Waffenstillstand	74, 78, 95 f.
Renger, Annemarie	27	Wahlkampf	21
Resolution zur Europawahl	145	Wiesehügel, Klaus	10
Rohde, Helmut	10	Wirtschaftspolitik	16
		Wischnewski, Hans-Jürgen	10
		Wolf, Karl-Heinz	56